Würzburger Volksausgabe. 2.–3. Bd.

Polizeistrafgesetzbuch

für das

Königreich Bayern.

Fünfte

mit

Anmerkungen und sämmtlichen bis jetzt zu demselben erschienenen oberstrichterlichen Präjudizien

vermehrte Auflage.

Nebst ausführlichem Sachregister

herausgegeben

von einem Juristen.

Würzburg.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.
1869.

Preis 36 kr.

Das Strafgesetzbuch folgt in gleicher Bearbeitung binnen Kurzem nach.

Inhalts-Verzeichniß
der
Würzb. Volksausgabe bayerischer Gesetze.

---

1. Bändchen. **Verjährungsgesetz.** Nebst Briefen zu Zahlungsaufforderungen und Schuldschein-Formularien. — 9 kr.

2. u. 3. Bdchn. **Polizeistrafgesetzbuch. 5.** mit sämmtlichen oberstrichterlichen Präjudizien vermehrte Auflage und Sachregister. (Das 4., 5. u. 26. Bändchen dieser Sammlung ist zum Polizeistrafgesetzbuch nicht gut zu entbehren.) — 36 kr.

4. Bdchn. **Das Strafgesetzbuch** (s. auch 26. Bdchn.). — 30 kr.

5. Bdchn. **Das Einführungsgesetz** zum Strafgesetzbuch und Polizeistrafgesetzbuch; Gesetz u. Verordn. über **Strafsfolgen** u. Verordnung über **Geschwornen- u. Zeugenentschädigung** 2c. — 18 kr.

6. Bdchn. **Das Notariatswesen in Bayern. 1.** Heft: Notariatsgesetz mit Gebührenordnung, Verordnung über Notariatssitze nebst Verzeichniß derselben. (Das **2.** Heft hierzu bildet das **14.** Bändchen dieser Sammlung.) — 18 kr.

7. Bdchn. **Das Handelsgesetzbuch. Authentische** Ausgabe von J. v. Lutz, mit bayer. Einf.-Ges. **ohne** Seerecht. Preis **24** kr.

8. Bdchn. Gesetze und Verordnungen über **Gerichtsorganisation** und Gesetz über **Competenzconflicte.** — 12 kr.

9. Bdchn. **Allgemeines deutsches Wechselrecht** mit Präjudizien und den in Nürnberg von der Handelsgesetzgebungs-Commission beschlossenen Abänderungen. — 36 kr.

10. Bdchn. (in 4 Abthlgn.) **Die landwirthschaftlichen Gesetze:**
I. Abth.: Grundlasten-Ablösungs-, Weide-, Wasser-, Be- u. Entwässerungs-Gesetz. Bäuerliche Erbgüter. Arrondirungs-, Zwangsabtretungs-, Viehgewährschafts-Gesetz. Vdg. über Hebung der Rindviehzucht. — **30** kr. **II. Abth.:** Vdgn. über Vieheigenthumsentschädigung u. gegen ansteckende Viehkrankheiten. — **18** kr.
III. Abth.: Gesetz über die Vermarkung der Grundstücke. — **6** kr.
IV. Abth.: Ablösbarkeit der Ehehaften. — **6** kr.

11. Bdchn. (in 4 Abthlgn.) **I. Abth.: Gewerbsgesetz.** — **6** kr.
II. Abth.: Vollzugs-Instruktion; Verordnungen über Trödlergewerbe, Commissions- und Aufrage-Bureaus, Gast- und Schenkwirthschaften, Kleinhandel mit geistigen Getränken, Gewerbsbetrieb im Umherziehen, Hausirhandel; Vollzugsverordnung der Art. 6 u. 25 Abs. 2. — **9** kr. **III. Abth.:** Handel mit Landesprodukten im Umherziehen; Marktverkehr; Schau- u. Vorstellungen 2c. — **6** kr.
IV. Abth.: Vertilgung v. Ungeziefer; Gold- u. Silberwaarenprobe; Herbeiführung gegenseitigen Schutzes der Waarenbezeichnungen; Handels- u. Gewerbekammern; Spielkartenverkehr. — **6** kr.

12. Bdchn. (in 2 Abtheilungen). Die sämmtlichen **kleineren strafrechtlichen Bestimmungen,** nebst **General-Sachregister** über das ganze bayerische Strafrecht. — **fl. 1. 48** kr.

13. Bdchn. (in 2 Abtheilungen). **Strafprozeß** (Schwurgerichtshof u. s. w.) mit Anmerkungen u. Register. — **fl. 1. 3** kr.

Polizeistrafgesetzbuch

für das

Königreich Bayern.

Fünfte

mit

Anmerkungen und sämmtlichen bis jetzt zu demselben erschienenen oberstrichterlichen Präjudizien

vermehrte Auflage.

Nebst ausführlichem Sachregister

herausgegeben von

einem Juristen.

Würzburg.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.
1869.

Erklärung der Abkürzungen.

Z. f. G. = Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege.

S. w. E. = Sammlung wichtiger Entscheidungen des k. bayer. Cassationshofes.

St. Z. = Stenglein's Zeitschrift für Gerichtspraxis und Rechtswissenschaften in Bayern.

Vorwort.

Seit dem Erscheinen des Polizeistrafgesetzbuches haben die Entscheidungen der Gerichte ein reiches Material für das Verständniß und die Handhabung des Gesetzbuchs geliefert. Hauptsächlich sind es die Entscheidungen des obersten Gerichtshofes des Königreichs, deren Kenntniß für den Privatmann nützlich und wünschenswerth, für den Praktiker — Richter, Staatsanwalt und Vertheidiger — absolut unentbehrlich erscheint.

Nachdem bereits die vierte Auflage des in der „Würzburger Volksausgabe" erschienenen Polizeistrafgesetzbuches vergriffen ist, hat die Verlagsbuchhandlung es unternommen, eine neue Auflage desselben zu veranstalten, in welcher alle bis jetzt erschienenen oberstrichterlichen Präjudizien zu den einzelnen Artikeln unmittelbar unter dem Gesetzestext zusammengestellt sind, indem sie hiebei von der Erwägung ausging, daß gerade für den Praktiker die Möglichkeit, in jedem Falle der Gesetzesanwendung sofort und augenblicklich die Reihe der zu jedem einzelnen Art. vorhandenen oberstrichterlichen Präjudizien überblicken zu können, ohne erst der zeitraubenden Mühe des Nachschlagens in den ihm vielleicht nicht immer zu Gebote stehenden juristischen Zeitschriften sich unterziehen zu müssen, von besonderem Werthe sein dürfte.

Bei jedem Erkenntnisse ist dessen Inhalt kurz bezeichnet und zugleich Band und Seite der betreffenden Zeitschrift, in welcher sich dasselbe abgedruckt findet, angegeben.

Diese Zeitschriften sind:

Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege für das Königreich Bayern, Bd. X, XI, XII, XIII.

Sammlung wichtiger Entscheidungen des kgl. bayerischen Cassationshofes Bd. I und II, soweit letzterer bereits erschienen ist.

Zeitschrift für Gerichtspraxis und Rechtswissenschaft in Bayern von M. Stenglein.

Ferner sind in dieser neuen Auflage des Polizeistrafgesetzbuchs auch die wichtigsten der seit dem 1. Juli 1862 zu demselben erschienenen Verordnungen, sowie diejenigen älteren Verordnungen angeführt, welche bei einzelnen der oberstrichterlichen Entscheidungen mit zu Grunde gelegt sind.

Soweit durch die neueren Gesetze des Jahres 1868, nämlich durch das Gesetz, die Abänderungen des Straf- und Polizeistrafgesetzbuches betr., vom 16. Mai 1868, das Gesetz über Heimath, Aufenthalt und Verehelichung vom 16. April 1868, das Gewerbsgesetz vom 30. Janvar 1868, Abänderungen in Bezug auf einzelne Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuchs erfolgt sind, ist dies entweder im Gesetzestexte selbst oder unter den Anmerkungen zu demselben ausdrücklich hervorgehoben.

So möge denn diese weitere Auflage unseres Polizeistrafgesetzbuches sowohl mit Rücksicht auf Zweckmäßigkeit der Ausstattung als Billigkeit des Preises bestens empfohlen sein.

Würzburg im Februar 1869.

Die Verlagsbuchhandlung.

Erste Abtheilung.

Allgemeine Bestimmungen.

I. Anwendung des Gesetzbuches.

Art. 1. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzbuches sind nur auf jene Uebertretungen anwendbar, welche in diesem Gesetzbuche behandelt oder welche nach einem besonderen Gesetze als Polizeiübertretungen zu betrachten sind.

2. Als Polizeiübertretungen können nur solche Handlungen oder Unterlassungen gestraft werden, welche zur Zeit der That durch die Gesetze oder durch eine nach Maßgabe derselben giltige Verordnung oder polizeiliche Vorschrift unter Polizeistrafe verboten waren.

3. Im Auslande verübte Polizei-Uebertretungen werden nur dann gestraft, wenn dies durch Gesetze oder durch Staatsverträge auf Grund zugestandener Gegenseitigkeit angeordnet ist.

II. Polizeistrafen.

4. Die Polizeistrafen sind: 1) Arrest, 2) Geldstrafe.

5. Die Arreststrafe kann nicht auf mehr als 42 Tage und nicht auf weniger als 12 Stunden zuerkannt werden.

Hinsichtlich des Vollzuges und der Schärfung der Arreststrafe gelten die in den Art. 20., 21., 23., 24. und 40. Abs. 3. des Strafgesetzbuches enthaltenen Bestimmungen.

Während der Nacht findet eine Entlassung aus dem Arreste, auch wenn die Strafzeit abgelaufen sein sollte, gegen den Willen des Arrestanten nicht statt.

6. Geldstrafe kann vorbehaltlich besonderer gesetzlicher Bestimmungen nicht in höherem Betrage als zu 150 fl. zuerkannt werden.

Die Geldstrafen fließen, wo nicht das Gesetz [1]) ein Anderes bestimmt, in die Staatskasse.

---

[1]) Unter „Gesetz" sind hier auch Spezialgesetze und Verordnungen begriffen.

7. Die Geldstrafe ist ohne Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit des Schuldigen auszusprechen.

Wird die gänzliche oder theilweise Uneinbringlichkeit der Geldstrafe durch ein Zeugniß des Erhebungsbeamten festgestellt, so soll dieselbe in Arreststrafe umgewandelt werden.

Die Umwandlung wird auf staatsanwaltschaftlichen Antrag ohne weiteres Verfahren durch den Polizeirichter nach folgendem Maßstabe verfügt. [2])

1) an die Stelle von Geldstrafen bis zu 1 fl. tritt 12stündiger Arrest;

2) an die Stelle von Geldstrafen von mehr als 1 fl. bis zu 3 fl. tritt 24stündiger Arrest;

3) bei höheren Strafbeträgen werden 3 fl. einem eintägigen Arreste gleichgeachtet und hiebei die sich allenfalls ergebenden Bruchtheile eines Tages außer Ansatz gelassen.

Die an die Stelle einer Geldstrafe tretende Arreststrafe darf in den Fällen der Art. 177., 179., 208. Abs. 4. und 230. die Dauer von 90 Tagen, außerdem die Dauer von 42 Tagen einfachen Arrestes nicht übersteigen. [3])

8. In Fällen gerichtsbekannter Zahlungsunfähigkeit des Schuldigen ist die verwirkte Geldstrafe in dem Strafurtheile zwar auszusprechen, dem Polizeirichter bleibt jedoch überlassen, die Umwandlung derselben in die nach Maßgabe des Art. 7 entsprechende Arreststrafe sogleich zu verfügen, ohne daß zuvor die Zahlungsunfähigkeit förmlich festgestellt ist.

9. Dem Verurtheilten bleibt im Falle einer in Gemäßheit der Art. 7. und 8. erfolgten Strafumwandlung jederzeit die Befugniß, sich durch Erlegung des Strafbetrags, soweit derselbe durch die erstandene Arreststrafe noch nicht getilgt ist, von der letzteren frei zu machen.

---

[2]) **Zu Art. 7 Abs. 3.** Gegen die von den Einzelrichtern in der Pfalz über Umwandlung der Geldstrafen für Uebertretung erlassenen Verfügungen ist keine Berufung zulässig. (O.-A. E. v. 12. Juni 1863. Z. f. G. X S. 660.)

[3]) **Zu Art. 7 Abs. 4.** Die für Forstpolizeiübertretungen erkannten uneinbringlichen Geldstrafen sind nach dem im Polizeistrafgesetzbuche festgesetzten Umwandlungsmaßstabe in Arreststrafe umzuwandeln. Die an die Stelle tretende Arreststrafe darf selbst dann, wenn die für mehrere konkurrirende Forstpolizeiübertretungen erkannten Geldstrafen umzuwandeln sind, die Dauer von 90 Tagen nicht übersteigen (O.-A. E. v. 6. Juni 1868. S. w. E. II S. 253.)

III. Folgen der Strafen.

A. Konfiskation.

10. Auf Konfiskation[4]) einzelner Sachen als Folge einer Polizeiübertretung kann nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und nur insoweit erkannt werden, als solches ohne Verletzung dritter nicht schuldiger Personen möglich ist.

Die Konfiskation tritt nur dann ein, wenn dieselbe im Strafurtheile ausdrücklich ausgesprochen ist.

Ist bei geringfügigen Uebertretungen die Konfiskation einzelner Sachen zu verhängen, so ist der Polizeirichter ermächtigt, nach den Umständen dieselbe als Strafe auszusprechen und von Beifügung weiterer Strafe Umgang zu nehmen.

Werden konfiszirte Gegenstände veräußert, so fließt der Erlös, insoferne nicht für besondere Fälle das Gesetz ein Anderes verordnet, in die Staatskasse.

B. Polizeiaufsicht.

11. Die wegen einer Polizeiübertretung Verurtheilten können nur dann unter Polizeiaufsicht gestellt werden, wenn der Polizeirichter in dem verurtheilenden Erkenntnisse die Zulässigkeit dieser Maßregel ausdrücklich ausgesprochen hat.

Dieser Ausspruch ist nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen zulässig.

Liegt ein solcher Ausspruch des Polizeirichters vor, so kann die Distriktspolizeibehörde der Heimath des Verurtheilten, wenn sie es den Verhältnissen angemessen erachtet, die Stellung desselben unter Polizeiaufsicht verhängen. Sie bestimmt in diesem Falle zugleich deren Dauer, welche jedoch 2 Jahre nicht übersteigen darf. Die Zeit der Polizeiaufsicht wird von dem Tage an gerechnet, an welchem der Verurtheilte die gegen ihn erkannte Arreststrafe erstanden hat.

12. Die Polizeiaufsicht hat die in dem Strafgesetzbuche Art. 38. Abs. 1 u. 2. bestimmten Folgen.[5])

Gegen diejenigen, welche auf den Grund des Art. 90. oder 97.

---

[4]) **Zu Art. 10.** Die hier enthaltenen Bestimmungen über Konfiskation sind auch maßgebend bei den durch die Presse begangenen Polizeiübertretungen und findet überhaupt der Art. 35 des Str.-G.-B., wenn nicht besondere gesetzliche Bestimmungen bestehen, auf Polizeiübertretungen keine Anwendung. (O.-A. E. v. 30. Sept. 1864. Z. f. G. XI S. 377.) Siehe auch zu Art. 103.

[5]) **Zu Art. 12.** a. Die Uebertretung des im Vollzuge zulässig erklärter Polizeiaufsicht einer Person ertheilten Verbotes, ihre Heimathsgemeinde ohne Erlaubniß zu verlassen, kann nicht als strafbar erkannt werden, da ein solches Verbot mit den in Art. 38 des Str.-G.-B. gegebenen Vorschriften

unter Polizeiaufsicht gestellt worden sind, kann die Distriktspolizeibehörde die Aufsicht dahin erweitern, daß dieselben während der Nachtzeit ihren Wohnort und selbst ihre Wohnung ohne Erlaubniß nicht verlassen dürfen.

13. Die betreffende Distrikts-Polizeibehörde ist befugt, die Dauer der Polizeiaufsicht abzukürzen, wenn der Beaufsichtigte befriedigende Proben von Besserung gegeben hat.

C. Verwahrung in einer Polizeianstalt.

14. Verwahrung in einer Polizeianstalt als Straffolge einer Polizeiübertretung kann nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und nur insoferne verfügt werden, als im Strafurtheile die Zuläſſigkeit dieser Maßregel ausdrücklich ausgesprochen ist.

Liegt ein solcher Ausspruch des Polizeirichters vor, so kann die Distriktspolizeibehörde der Heimath des Verurtheilten, wenn sie es den Verhältnissen angemessen erachtet, auf Verwahrung erkennen. Sie bestimmt in diesem Falle zugleich deren Dauer, welche jedoch ein Jahr nicht übersteigen darf.

Die Behandlung der in einer Polizeianstalt Verwahrten richtet sich nach Art. 41. des Strafgesetzbuches.

Die betreffende Kreisverwaltungsstelle hat bezüglich der Abkürzung und Verlängerung der Verwahrungsdauer die in dem Art. 42. des Strafgesetzbuches angeführten Befugnisse.

D. Ausweisung der Ausländer.

15. Gegen Ausländer ist anstatt der Polizeiaufsicht oder Verwahrung in einer Polizeianstalt die Landesverweisung in dem Strafurtheile auszusprechen.

Ist die Vollziehung der Landesverweisung nicht möglich, so kann die Distriktspolizeibehörde anstatt derselben Polizeiaufsicht oder Verwahrung in einer Polizeianstalt verhängen.

E. Sonstige Bestimmungen über Straffolgen.

16. Andere als die in den vorhergehenden Artikeln bezeichneten Straffolgen einer Polizeiübertretung treten nur dann

---

nicht im Einklang steht. (O.-A. E. v. 11. März 1867. S. w. E. I S. 98).

b. Die Zuwiderhandlung gegen das einer Person im Vollzuge der Polizeiaufsicht ertheilte Verbot des Betretens sämmtlicher Gemeinden des Bezirksamts mit Ausnahme der Heimathsgemeinde ist strafbar, sofern mit diesem Verbote eine thatsächliche Confinirung in der Heimathsgemeinde nicht verbunden ist. (O.-A. E. v. 19. Juni 1868. S. w. E. II S. 281.)

ein, wenn sie auf Grund einer besonderen Gesetzesbestimmung im Strafurtheile ausdrücklich ausgesprochen sind.

Die gesetzlichen Bestimmungen über Einstellung und Einziehung von Gewerben bleiben vorbehalten.[6])

IV. Versuch.

17. Der Versuch einer Polizeiübertretung ist straflos.

V. Theilnahme und Begünstigung.

18. Die auf die Polizeiübertretung gesetzte Strafe trifft nicht nur den Thäter, sondern auch den Anstifter (Strafgesetzb. Art. 54. Ziff. 1.)[7])

Haben mehrere Personen als Thäter oder Anstifter an einer Polizeiübertretung Theil genommen, so verwirkt jeder Mitschuldige die gesetzliche Strafe.[8])

Für Schadensersatz und Kosten haften die sämmtlichen Mitschuldigen unter solidarischer Verbindlichkeit.[9])

Ist jedoch der Thäter eine unzurechnungsfähige Person oder ein Untergebener, welcher dem Befehle eines Dienstvorgesetzten

---

[6]) Anmerk. Ueber Einstellung u. Entziehung von Gewerben entscheiden Art. 29 u. 33 Abs. 2 des Gewerbsgesetzes v. 30. Januar 1868 und Art. 51 des Gesetzes v. 17. März 1850 zum Schutz gegen den Mißbrauch der Presse.

[7]) **Zu Art. 18 Abs. 1.** a. Als Anstifter kann auch derjenige gestraft werden, welcher die angestiftete That selbst nicht begehen konnte. (O.-A. E. vom 13. Juni 1866. Z. f. G. XIII S. 362.)

b. Der Wirth kann wegen der in seinem in der Nähe der Kirche gelegenen Wirthshause durch lärmendes Zechen während des Gottesdienstes verübten Störung der Sonntagsfeier nur dann bestraft werden, wenn er an dem lärmenden Zechen selbst Theil genommen oder solches in schuldhafter Weise veranlaßt hat. (O.-A. E. v. 28. April 1868. S. w. E. II S. 201.) VO. v. 30. Juli 1862, die Feier der Sonn- und Festtage betr., § 4 — siehe auch Art. 105 u. Art. 55. a.

[8]) **Zu Art. 18 Abs. 2.** Gegen eine zum Betriebe eines industriellen Unternehmens gebildete Gesellschaft kann ein Schuld- und Strafausspruch nicht erlassen werden. Nur physische Personen können Subjekte von strafbaren Handlungen sein. (O.-A. E. v. 27. Sept. 1867. S. w. E. I S. 368.)

[9]) **Zu Art. 18 Absatz 3.** a. Die solidarische Haftung der Complicen für Kosten erstreckt sich auch auf die Kosten der höheren Instanzen. (O.-A. E. v. 13. Juni 1863. Z. f. G. X 667.)

b. Die gemeinschaftliche Aburtheilung Mehrerer wegen Gleichartigkeit der gegen sie erhobenen Anschuldigungen rechtfertigt

innerhalb seiner dienstlichen Verpflichtung Folge geleistet hat, so ist nur derjenige verantwortlich, durch dessen Anstiftung oder Befehl die Polizeiübertretung verursacht worden ist.

Werden polizeiliche Vorschriften, für deren Beobachtung im Sinne des Gesetzes das Familienhaupt, der Hausherr oder Hausbesitzer, der Dienstherr, Lehrherr, Gewerbsinhaber oder Unternehmer zu sorgen hat, auf dessen Anordnung oder Befehl durch Hauskinder, Mündel oder Pflegbefohlene, Dienstboten, Lehrlinge, Lohnarbeiter oder sonstige Hilfsarbeiter verletzt, so haftet nur derjenige, auf dessen Anordnung oder Befehl die Polizeiübertretung verübt worden ist, sofern nicht der Thäter besonderer polizeilicher Abmahnung oder Aufforderung zuwider gehandelt hat.[10])

Sonstige Theilnahmshandlungen sowie die Begünstigung werden nur dann gestraft, wenn das Gesetz es ausdrücklich vorschreibt.

VI. Vorsatz und Fahrlässigkeit.

19. Soweit nicht aus den Worten oder aus dem Sinne des Gesetzes hervorgeht, daß lediglich die vorsätzliche Polizeiübertretung als strafbar zu erachten ist, sind auch die aus Fahrlässigkeit bewirkten Polizeiübertretungen strafbar.[11])

VII. Strafmilderung.

20. Liegt einer der im Art. 68. des Strafgesetzbuches bezeichneten Milderungsgründe vor, so ist die gesetzliche Strafe zu mildern.

---

nicht ihre solidarische Verurtheilung in die Kosten (O.-A. E. v. 23. Aug. 1867. S. w. E. I. S. 355.)

[10]) **Zu Art. 18 Abs. 5.** Für Einhaltung der Polizeistunde ist zunächst der Wirth, aber es sind auch die Bediensteten und Familienangehörigen haftbar, wenn sie gegen die Aufforderung eines Polizeiorgans handeln. (O.-A. E. v. 17. Juni 1865. Z. f. G. XII S. 269.) Siehe auch zu Art. 62. c.

[11]) **Zu Art. 19.** a. Die irrthümliche Meinung, zum Betriebe eines Gewerbes berechtigt zu sein, kann gegen die Bestrafung wegen unbefugter Gewerbsausübung keinen Schutz gewähren. (O.-A. E. v. 3. Juni 1864. Z. f. G. XI S. 169), siehe auch zu Art. 208.

b. Ein Fuhrmann ist für Entrichtung des Lokalaufschlags aus den von ihm in verschlossenen, mit der Inhaltsangabe nicht bezeichneten Packeten transportirten Waaren nicht verantwortlich. (O.-A. E. v. 21. Juli 1865. Z. f. G. XII S. 356.)

c. Die Erlegung einer Rehgeis oder eines Rehkitzes kann nicht darum für straflos erachtet werden, weil der Schütze das Thier für ein jagdbares gehalten hatte. (O.-A. E. v. 2. Juni 1865. Z. f. G. XII S. 254), siehe auch zu Art. 229.

Die gemilderte Strafe darf auf keinen Fall die Hälfte des höchsten gesetzlichen Strafmaßes übersteigen, kann jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 5. Abs. 1. unter das geringste Maß der im Gesetze angedrohten Strafe herabgesetzt, auch darf gesetzlich angedrohte Arreststrafe in Geldstrafe umgewandelt werden.

Diese Strafmilderung findet auch dann statt, wenn der Uebertreter zur Zeit der That noch nicht das sechzehnte Lebensjahr zurückgelegt hatte, derselbe aber die zur Unterscheidung der Strafbarkeit seiner Handlung erforderliche Ausbildung gehabt hat. In diesem Falle darf auch auf Arrest unter 12 Stunden erkannt oder die Strafe unter angemessener Verwarnung ganz erlassen werden.

21. Unkunde von Polizeivorschriften begründet im Allgemeinen weder Ausschließung noch Minderung der Strafbarkeit. Ergibt sich jedoch aus den Umständen, daß die Uebertretung einer nicht allgemein bekannten orts-, distrikts- oder oberpolizeilichen Vorschrift verübt worden ist, weil der Uebertreter diese Vorschrift nicht gekannt hat, so ist der Polizeirichter ermächtigt, auf eine geringe Geldstrafe zu erkennen oder, soferne der Thäter die übertretene Vorschrift nicht leicht in Erfahrung bringen konnte, denselben loszusprechen.

VIII. Anrechnung der Untersuchungshaft.

22. Jede wegen einer Polizeiübertretung erlittene Untersuchungshaft [12]) ist an der verwirkten Strafe ihrer vollen Dauer nach in Anrechnung zu bringen, und zwar unter Anwendung des im Art. 7. bestimmten Umwandlungsmaßstabes, wenn die verwirkte Strafe eine Geldstrafe ist.

IX. Rückfall.

23. Die Bestimmungen über den Rückfall [13]) sind nur dann anwendbar, wenn eine Per-

---

[12]) **Zu Art. 22.** Es begründet keine Nichtigkeit des Urtheils, wenn die gesetzlich gebotene Abrechnung der Untersuchungshaft nur in den Urtheilsgründen verfügt ist. (O.-A. E. v. 1. Dez. 1865. St. Z. V. 99.)

[13]) **Zu Art. 23.** a. Gegen einen Bettler, welcher innerhalb Jahresfrist von seiner Uebertretung wegen Landstreicherei verurtheilt worden ist, kann zwar die Zulässigkeit seiner Verwahrung in einer Polizeianstalt ausgesprochen, die Dauer der Arreststrafe aber nicht über 8 Tage erstreckt werden (O.-A. E. v. 19. Aug. 1865. Z. f. G. XII S. 398), siehe auch zu Art. 90 Abs. 2.

b. Der wegen unbefugten gewerbsmäßigen Leihens von Geld gegen Pfänder Verurtheilte macht sich dadurch, daß er nach erfolgter Verurtheilung, jedoch noch vor eingetretener Rechtskraft des Urtheils wiederum Geld auf Pfänder ausleiht, nicht einer

son, welche auf Grund einer Strafbestimmung zu einer Polizeistrafe rechtskräftig verurtheilt worden ist, binnen Jahresfrist vom Tage der Verurtheilung an sich einer nach der nämlichen Bestimmung zu bestrafenden Polizeiübertretung schuldig macht. Bei Personen, welche nach Art. 14. in einer Polizeianstalt verwahrt worden sind, wird die Jahresfrist von dem Tage der Entlassung aus dieser Anstalt berechnet.

X. Zusammenfluß.

24. Hat Jemand in einer und derselben Handlung zugleich mehrere Polizeiübertretungen oder neben solchen eine oder mehrere nach andern Gesetzen strafbare Handlungen begangen, so soll nur dasjenige Strafgesetz, welches die schwerste Strafausmessung zuläßt, in Anwendung gebracht werden.

Hat Jemand durch verschiedene [14]) Handlungen mehrere Polizeiübertretungen oder neben solchen eine oder mehrere nach anderen Gesetzen strafbare Handlungen begangen, so ist die durch jede Polizeiübertretung verwirkte Strafe neben der nach anderen Gesetzen etwa begründeten Strafe mit folgenden Beschränkungen in Anwendung zu bringen:

1) neben einer Verbrechensstrafe ist auf eine verwirkte Arreststrafe nicht zu erkennen;
2) bei dem Zusammentreffen einer Arreststrafe mit Gefängnißstrafe ist erstere in Gefängnißstrafe zu verwandeln, jedoch darf die Gesammtstrafe das für das abgeurtheilte Vergehen bestehende höchste gesetzliche Strafmaß nicht überschreiten; [15])
3) bei dem Zusammentreffen mehrerer Arreststrafen darf

---

neuerlichen Uebertretung in Bezug auf Leihgeschäfte, sondern nur einer Fortsetzungshandlung schuldig (O.-A. E. v. 8. Juni 1868. S. w. E. II. S. 256), siehe auch zu Art. 192.

[14]) **Zu Art. 24 Abs. 2.** a. Ein Bäcker, welcher ein unrichtiges Gewicht in seiner Geschäftslokalität hat und in Folge der Anwendung desselben Brod herstellt und in seinem Laden feilhält, das nach der polizeilich festgesetzten Taxordnung zu leicht ist, ist wegen zweier in verschiedenen Handlungen sich äußernder Reate straffällig (O.-A. E. v. 6. Mai 1864. Z. f. G. XI S. 114.)

b. Ein Mensch, welcher verbotswidrig eine Sackpistole mit sich führt und dieselbe innerhalb einer Ortschaft abschießt, ist in die für diese beiden Polizeiübertretungen treffenden Strafen nebeneinander zu verurtheilen (O.-A. E. v. 30. Sept. 1865. Z. f. G. XII S. 462) siehe auch zu Art. 71.

[15]) **Zu Art. 24 Abs. 2 Ziff. 2.** a. Eine Person kann nicht nebeneinander wegen Vergehens in eine Gefängniß- und wegen

die Gesammtstrafe 42 Tage Arrest nicht übersteigen;[16])

4) bei dem Zusammentreffen mehrerer Geldstrafen darf, wenn es sich um Uebertretungsstrafen handelt, die Summe von 150 fl., wenn Vergehens- und Uebertretungsstrafen zu verbinden sind, die Summe von 1000 fl. nicht überschritten werden, soferne nicht auf Grund einer besonderen gesetzlichen Bestimmung eine höhere Strafe Platz greift, welche in diesem Falle allein auszusprechen ist.

Auf die in Gemäßheit der Art. 10. bis 15. oder sonstiger besonderer gesetzlicher Bestimmungen zulässigen Folgen einer Polizeiübertretung hat deren Zusammentreffen mit einer anderen Polizeiübertretung oder einer nach sonstigen Gesetzen strafbaren Handlung keinen Einfluß. Jedoch ist auf Verwahrung in einer Polizeianstalt nicht zu erkennen, wenn der Schuldige zu einer Verbrechensstrafe oder zu einer zwei Jahre übersteigenden Gefängnißstrafe verurtheilt wird.

XI. Verjährung.

25. Vorbehaltlich besonderer gesetzlicher Bestimmungen

Uebertretung in eine Arreststrafe verurtheilt werden (O.-A. E. v. 19. Mai 1865. Z. f. G. XII S. 548).

b. Wenn nach erfolgter, wiewohl noch nicht rechtskräftiger Aburtheilung einer Polizeiübertretung, der Verurtheilte neuerdings wegen eines Vergehens angeschuldigt wird, kann mit diesem nicht noch einmal die Polizeiübertretung abgeurtheilt, sondern nur die für letztere erkannte Strafe bei der Gesammtstrafe berücksichtigt werden (O.-A. E. v. 22. Sept. 1865. Z. f. G. XII S. 447.)

[16]) **Zu Art. 24 Abs. 2 Ziff. 3.** a. Auch die in mehreren nach einander erlassenen, aber insgesammt noch nicht rechtskräftigen Urtheilen einer Person wegen Polizeiübertretungen auferlegten Arreststrafen dürfen zusammen nicht über 42 Tage betragen (O.-A. E. v. 23. Dez. 1864. Z. f. G. S. 487.)

b. Mit der durch eine Uebertretung, seit deren Verübung eine anderweitige Verurtheilung in Arrest zur Rechtskraft gelangte, verwirkten Freiheitsstrafe ist die bereits erkannte zu einer Gesammtstrafe zu verbinden, welche nicht über 42 Tage betragen darf. (O.-A. E. v. 15. März 1867. S. w. E. I S. 115.)

c. Wenn der wegen Polizeiübertretungen zu Arrest Verurtheilte vor eingetretener Rechtskraft des Urtheils neuerdings mit Arrest bedrohte Polizeiübertretungen verübt, so darf die Gesammtstrafe wegen der bereits abgeurtheilten und der neuerlich verübten Reate die Dauer von 42 Tagen nicht übersteigen. (O.-A. E. v. 2. Mai 1868. S. w. E. II S. 214.)

für einzelne Fälle verjährt die Strafbarkeit einer Polizeiübertretung:

1) wenn binnen sechs Monaten von dem Tage der begangenen That ein Erkenntniß erster Instanz nicht erfolgt ist; [17])

2) wenn binnen sechs Monaten nach Einlegung eines Rechtsmittels gegen das Erkenntniß erster Instanz ein Erkenntniß der höheren Instanz nicht ergangen ist. [18])

26. Eine wegen einer Polizeiübertretung erkannte Strafe verjährt [19]) nach Ablauf von zwei Jahren vom Tage des Straferkenntnisses, und wenn ein Rechtsmittel gegen letzteres ausgeführt wurde, vom Tage des darüber ergangenen Erkenntnisses oder der erfolgten Abstandserklärung.

---

[17]) **Zu Art. 25 Ziff. 1.** a. Die Verjährung wird durch die Entscheidung in Mitte liegender durch Administrativbehörden zu erledigender Präjudicialfragen nicht unterbrochen (O.-A. E. v. 27. Febr. 1864. Z. f. G. XI S. 43.)

b. Die Verjährung der Strafverfolgung wegen ordnungswidriger Bauführung nimmt so lange keinen Anfang, als der gesetzwidrige Zustand des Baues fortbesteht. (O.-A. E. v. 17. Juni 1867. S. w. E. I S. 260.)

c. Die Strafbarkeit wegen Unterlassung der Herstellung einer obrigkeitlich angeordneten Einrichtung kann so lange nicht verjähren, als das Reat durch Andauer der Unterlassung fortgesetzt wird (O.-A. E. v. 25. Juli 1865. Z. f. G. XII S. 363.)

[18]) **Zu Art. 25 Ziff. 2.** a. Die Verjährung einer Polizeiübertretung wird durch ein auf Berufung innerhalb 6 Monaten erlassenes Urtheil jedenfalls unterbrochen, ohne Rücksicht, ob dieses Urtheil in der Folge vernichtet wurde (O.-A. E. v. 30. Dez. 1863. Z. f. G. X S. 1068.)

b. Die von der Einlegung der Berufung an laufende Verjährung der Strafverfolgung einer Polizeiübertretung wird durch jedes in der Hauptsache erlassene zweitrichterliche Urtheil unterbrochen, auch wenn dies nachmals der Vernichtung unterliegt (O.-A. E. v. 19. Juni 1865. Z. f. G. XII S. 275.)

c. Wegen einer verjährten Uebertretung kann kein Schuldausspruch und keine Belastung des Beschuldigten mit Kosten erfolgen. (O.-A. E. v. 17. Juli 1864. St. Z. III 274.)

[19]) **Zu Art. 26.** Die Verjährung wegen einer vor dem 1. Juli 1862 wegen Ungehorsams und Widerspenstigkeit gegen das Heerergänzungsgesetz vom 15. Aug. 1828 erkannten Strafe ist in so lange ausgeschlossen, als der Verurtheilte seiner Militärpflicht nicht genügt hat. (O.-A. E. v. 9. Nov. 1865. Z. f. G. S. 526.)

27. Die Verjährung der Strafe wird unterbrochen:

1) bei Arreststrafen durch Vorführung des Verurtheilten zum Zwecke des Strafvollzugs;
2) bei Geldstrafen durch die vorgesetzte oder verlängerte Zahlungsfrist.

Durch theilweisen Strafvollzug wird die Verjährung für den Rest der Strafe unterbrochen.

Nach jeder eingetretenen Unterbrechung läuft eine neue Verjährungsfrist.

XII. Vollzugsmaßregeln.

28. Unterläßt Jemand, innerhalb der dafür bestimmten Zeit dasjenige zu thun, was ihm auf den Grund eines wegen einer Polizeiübertretung ergangenen rechtskräftigen Strafurtheiles durch die zuständige Polizeibehörde auferlegt worden ist, so ist letztere befugt, diese Handlung auf Kosten des Ungehorsamen vornehmen zu lassen und, vorbehaltlich seiner Verpflichtung zum Ersatze des etwa verursachten Schadens, den von ihr festgestellten Kostenaufwand nach den gesetzlichen Bestimmungen über Beitreibung von Untersuchungskosten, in der Pfalz auf dem Wege des administrativen Zwangsvollzuges, von demselben zu erheben.[20])

29. Ist die Schließung von Anstalten im Strafurtheile angeordnet, so steht der Vollzug der Polizeibehörde zu.

XIII. Vorläufige polizeiliche Einschreitung.

30. In Fällen, welche mit Strafe gesetzlich bedroht sind, ist die zuständige Polizeibehörde, vorbehaltlich der späteren Strafverfolgung, soweit nöthig zur vorläufigen Einschreitung befugt.

In allen Fällen, in welchen die Konfiskation einzelner Sachen gesetzlich zuläßig ist, hat sie das Recht, letztere mit vorläufigem Beschlage zu belegen.

Sie hat die Befugniß, in jenen Fällen, in welchen die Gesetze bestimmen, daß die Schließung einer Anstalt im Strafurtheile anzuordnen ist oder angeordnet werden kann, diese Schließung als vorläufige Maßregel zu verfügen, darf jedoch dieselbe nicht über acht Tage fortsetzen, wenn der Polizeirichter nicht die Fortdauer verfügt hat.

Unterläßt Jemand, dasjenige zu thun, was ihm unter Polizeistrafe gesetzlich zu thun geboten ist, so steht der Polizeibehörde die Befugniß zu, diese Handlung statt seiner vorläufig vornehmen zu lassen. Der dadurch verursachte Kostenaufwand kann jedoch

---

[20]) **Zu Art. 28.** Die Beseitigung einer polizeiwidrigen Veranstaltung kann nicht durch wiederholte Bestrafung erzwungen werden, sondern ist Sache der Polizeibehörde (O.-A. E. v. 30. Sept. 1864. St. 3. S. 61.)

von dem Ungehorsamen nur auf Grund eines polizeirichterlichen Urtheiles gemäß Art. 28. zwangsweise beigetrieben werden.

War die vorläufig getroffene Maßregel nicht gerechtfertigt, so bleibt dem Freigesprochenen der allenfallsige Anspruch auf Schadensersatz vorbehalten.

XIV. Anwendung der allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches auf Polizeiübertretungen.

31. Soweit nicht im gegenwärtigen Gesetzbuche oder in besonderen gesetzlichen Bestimmungen eine Ausnahme begründet ist, finden die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches auch auf Polizeiübertretungen Anwendung.

XV. Vorbehalt polizeilicher Vorschriften.

32. Wo die Gesetze ortspolizeiliche Vorschriften zulassen, sind zur Erlassung für den Ortspolizeibezirk verbindlicher Vorschriften innerhalb der Gränzen ihrer Zuständigkeit berechtigt:

1) in der Pfalz die Bürgermeister;
2) in den Landestheilen diesseits des Rheins die Verwaltungen der Landgemeinden, die Magistrate der Städte und Märkte, die Polizeidirektion München und die Lokalbaukommission München.

In jenen Gemeinden, in welchen das Institut der Siebener oder Feldgeschworenen oder ein die Grundbesitzer der Markung vertretender Ausschuß besteht, sind diese vor der Erlassung solcher ortspolizeilicher Vorschriften zu vernehmen, welche über Gegenstände der landwirthschaftlichen Polizei eine fortdauernd geltende Anordnung treffen.

In der Pfalz ist vor der Erlassung aller ortspolizeilichen Vorschriften, welche eine fortdauernd geltende Anordnung enthalten, der betreffende Gemeinderath zu vernehmen.

33. Wo die Gesetze distriktspolizeiliche Vorschriften zulassen, sind die Distriktspolizeibehörden berechtigt, solche für den Verwaltungsbezirk zu erlassen.

Die Magistrate der unmittelbar den Kreisverwaltungsstellen untergeordneten Städte und die Polizeidirektion München sind berechtigt, innerhalb ihrer Zuständigkeit in denselben Fällen ortspolizeiliche Vorschriften zu erlassen.

34. Orts- oder distriktspolizeiliche Vorschriften, welche eine fortdauernd geltende Anordnung enthalten, sind der vorgesetzten Kreisverwaltungsstelle vorzulegen. Die einer Distriktspolizeibehörde untergeordneten Ortspolizeibehörden haben durch Vermittlung der vorgesetzten Distriktspolizeibehörde, die übrigen Polizeibehörden unmittelbar die Einsendung zu bewirken.

Ueberdies sind die desfallsigen Beschlüsse der Ortsbehörden in Städten und Märkten mit ma-

gistratischer Verfassung dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten, jene der Distriktspolizeibehörden der nächsten Distriktsrathsversammlung mitzutheilen.

Solche Anordnungen sind erst nach Ablauf von 30 Tagen nach der durch Empfangsbestätigung nachgewiesenen Vorlage an die vorgesetzte Verwaltungsbehörde vollziehbar, soferne nicht die betreffende Kreisregierung dieselben früher als vollziehbar erklärt hat.

35. Wo die Gesetze auf oberpolizeiliche Vorschriften verweisen, können solche Vorschriften von der Kreisverwaltungsstelle für den betreffenden Regierungsbezirk, sowie von den zuständigen Staatsministerien für einzelne Regierungsbezirke oder für den Gesammtumfang des Staatsgebietes erlassen werden.

36. Wo die Gesetze auf Verordnungen Bezug nehmen, sind darunter die in jedem Gebietstheile dermalen geltenden landesherrlichen Verordnungen, sowie die künftighin zu erlassenden königlichen Verordnungen zu verstehen.

37. Enthält eine in den gesetzlich zulässigen Fällen erlassene Verordnung oder polizeiliche Vorschrift eine Mehrheit von Anordnungen und ist in der betreffenden Verordnung oder Polizeivorschrift ausdrücklich nur die Uebertretung eines Theiles der getroffenen Anordnungen unter Strafe gestellt, so bleibt die Uebertretung jener Bestimmungen straflos, in Bezug auf welche eine Strafandrohung nicht besteht.

38. Außer den Fällen, in welchen die Gesetze auf Polizeivorschriften oder Verordnungen verweisen, können polizeiliche Vorschriften mit Strafandrohung nur durch königliche Verordnung und nur unter der Voraussetzung erlassen werden:

1) daß der Landtag nicht versammelt ist;
2) daß die Abwendung einer dringenden Gefahr für die Sicherheit des Staates oder für Leben, Gesundheit oder Vermögen der Staatsangehörigen eine solche Vorschrift fordert;
3) daß in keinem Gesetze eine anwendbare Vorschrift oder die Befugniß zur Erlassung derselben vorgesehen ist;
4) daß die Uebertretung nur mit Polizeistrafe bis zu 100 fl. an Geld oder 30 Tagen einfachen Arrestes im höchsten Maße bedroht wird.

Solche Verordnungen sind der nächsten Landtagsversammlung zur Zustimmung vorzulegen und treten außer Wirksamkeit, wenn diese Zustimmung vor dem Schlusse oder der Vertagung des Landtages nicht erfolgt ist.

39. Soweit das gegenwärtige Gesetzbuch nicht etwas Anderes ausdrücklich zuläßt, darf keine Verordnung mit Gesetzen, keine orts-, distrikts- oder oberpolizeiliche Vorschrift mit Gesetzen, mit den über denselben

Gegenstand zulässigen Verordnungen oder mit kompetenzmäßigen Vorschriften einer höheren Behörde im Widerspruche stehen. [21])

40. Jede orts- oder distriktspolizeiliche Vorschrift ist in dem Bezirke, in welchem sie zur Anwendung gebracht werden soll, gehörig bekannt zu machen und mit dem Nachweise der geschehenen Bekanntmachung in amtlich beglaubigter Fertigung den Gerichten mitzutheilen, welche die bedrohten Uebertretungen in erster und zweiter Instanz abzuurtheilen haben.

Oberpolizeiliche Vorschriften der Kreisregierungen sind durch die Kreisamtsblätter, oberpolizeiliche Vorschriften der Staatsministerien und königliche Verordnungen durch das Regierungsblatt und, soferne sie für die Pfalz in Wirksamkeit treten sollen, durch das Kreisamtsblatt zu verkünden.

Das Staatsministerium des Innern ist ermächtigt, über die Form der Verkündung orts- und distriktspolizeilicher Vorschriften Anordnungen zu erlassen.

41. Die Kreisverwaltungsstellen sind berechtigt, orts- und distriktspolizeiliche Vorschriften wegen Mangels der gesetzlichen Bedingungen ihrer Erlassung oder wegen Nachtheils für das öffentliche Wohl oder wegen Verletzung der Rechte Dritter außer Kraft zu setzen oder deren Vollzug einzustellen. [22])

42. Die Staatsministerien sind nach Maßgabe ihrer Zuständigkeit berechtigt, aus denselben Gründen Vorschriften der Orts- und Distriktspolizeibehörden und der Kreisverwaltungsstellen außer Kraft zu setzen oder deren Vollzug einzustellen.

43. Wer sich durch Erlassung einer polizeilichen Vorschrift für beschwert erachtet, kann innerhalb des für Verwaltungssachen bestehenden gesetzlichen Instanzenzuges hiegegen Abhilfe nachsuchen.

Gleiches Beschwerderecht steht gegen ortspolizeiliche Vorschriften in Städten und Märkten mit magistratischer Verfassung den Gemeindebevollmächtigten und in den Gemeinden der Pfalz dem Gemeinderathe, gegen distriktspolizeiliche Vorschriften dem Distriktsrathe, gegen von der Kreisregierung auf Grund des Art. 41. erlassene Verfügungen den betreffenden Gemeindebehörden zu.

Die an keine Rekursfrist gebundene Einlegung der Beschwerde hat auf die Vollziehung der Anordnung nur dann eine Wirkung,

---

[21]) **Zu Art. 39.** Der Ungehorsam gegen kompetenzmäßig erlassene ortspolizeiliche Vorschriften kann nicht durch Hinweisung auf die Unantastbarkeit der Privatrechte entschuldigt werden. (O.-A. E. v. 4. Okt. 1867. S. w. E. I S. 389.)

[22]) **Zu Art. 41** siehe zu Art. 39 u. 44.a.

wenn die zur Entscheidung berechtigte höhere Stelle die Einstellung des Vollzugs angeordnet hat.

44. Bei Aburtheilung der durch polizeiliche Vorschriften in Gemäßheit der Art. 32., 33., 34., 35. und 38. bedrohten Polizeiübertretungen darf nur die gesetzliche Giltigkeit, nicht aber die Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Vorschrift von dem Polizeirichter in Erwägung gezogen werden. [23])

XVI. Uebergangs- und Schlußbestimmung.

45. In Bezug auf jene Gegenstände, wofür das gegenwärtige Gesetzbuch Verordnungen oder polizeiliche Vorschriften als

---

[23]) **Zu Art. 44.** a. Dem Strafrichter steht gemäß Art. 44 des P.-Str.-G.-B. überhaupt nur die Prüfung der gesetzlichen Giltigkeit der polizeilichen Vorschrift zu, die Cognition darüber aber, ob ortspolizeiliche Vorschriften wegen Verletzung der Rechte Dritter außer Kraft zu setzen seien, ist nach Art. 41 des P.-Str.-G.-B. den Kreisverwaltungsstellen anheimgegeben. Es wurde deshalb in einem Falle entschieden, daß die Ueberschreitung des durch ortspolizeiliche Vorschrift festgesetzten Fahrtarifs in der Behauptung, daß den Ueberfahrern privatrechtliche Ansprüche auf Entrichtung höherer Gebühren zustehen, keine Entschuldigung finden könne. (O.-A. E. v. 19. Juni 1868. S. w. E. II S. 276.)

b. Dem Strafrichter steht eine Prüfung darüber, ob für die Erlassung der polizeilichen Aufforderung zur Ausbesserung eines Gebäudes genügende Veranlassung gegeben war, nicht zu (O.-A. E. v. 3. April 1868. S. w. E. II S. 171, siehe auch zu Art. 185.)

c. Ob die in Bezug auf öffentliche Reinlichkeit und Gesundheitspflege erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften nothwendig oder zweckmäßig seien, ist nicht vom Strafrichter zu prüfen (O.-A. E. v. 4. Okt. 1867. S. w. E. Bd. I. S. 389.)

d. Bei einer Uebertretung gegen die von einer Polizeibehörde zur Abwendung dringender Wassersgefahr getroffenen Anordnungen ist der Strafrichter nicht befugt, seinerseits zu prüfen, ob die thatsächlichen Voraussetzungen zu einer solchen Anordnung gegeben gewesen seien oder nicht (O.-A. E. v. 27. Febr. 1864. Z. f. G. XI S. 49).

e. Es gilt nicht als genügende polizeiliche Anordnung, wenn eine zu solcher nicht zuständige Behörde Reglements erläßt, in welchen sich zwar auf die Genehmigung der zuständigen Behörde berufen wird, dieselbe aber nicht erkennbar ist, oder wenn ein Erlaß der zuständigen Behörde nicht bestimmt erkennen läßt, auf welche Bestimmungen sich ihre Sanction bezieht. (O.-A. E. v. 18. Dez. 1863. S. Z. III. 67.)

zuläßig erklärt, kommen, bis nach Maßgabe des Gesetzbuches neue Anordnungen erlassen worden sind, die dermalen geltenden Bestimmungen in nachstehender Weise zur Anwendung:

1) wo das Gesetzbuch nur auf Verordnungen verweist, sind nur die in Gesetzen oder Verordnungen enthaltenen Bestimmungen anwendbar;

2) wo das Gesetzbuch auf Verordnungen oder oberpolizeiliche Vorschriften oder nur auf oberpolizeiliche Vorschriften verweist, bleiben die dermalen bestehenden in Gesetzen, Verordnungen oder oberpolizeilichen Vorschriften enthaltenen Bestimmungen anwendbar;

3) wo das Gesetzbuch auf Verordnungen und distrikts- oder ortspolizeiliche Vorschriften verweist, sind neben den in Gesetzen oder Verordnungen enthaltenen Bestimmungen auch die bestehenden distrikts- beziehungsweise ortspolizeilichen Vorschriften anwendbar;

4) wo das Gesetzbuch auf ober- oder distriktspolizeiliche Vorschriften oder auf ober- oder ortspolizeiliche Vorschriften verweist, bleiben neben den in Gesetzen, Verordnungen oder oberpolizeilichen Vorschriften enthaltenen auch die dermalen bestehenden distrikts- beziehungsweise ortspolizeilichen Bestimmungen anwendbar;

5) wo das Gesetzbuch nur auf distriktspolizeiliche Vorschriften verweist, bleiben nur die dermalen bestehenden distriktspolizeilichen Bestimmungen, und wo das Gesetzbuch nur auf ortspolizeiliche Vorschriften verweist, lediglich die dermalen bestehenden ortspolizeilichen Vorschriften in Geltung; wo aber das Gesetzbuch nur distrikts- oder ortspolizeiliche Vorschriften zuläßt, bleiben lediglich die dermalen bestehenden distrikts- und ortspolizeilichen Vorschriften anwendbar.

Soweit das Gesetzbuch nicht für einzelne Fälle Besonderes bestimmt, können dermalen bestehende Gesetze, welche Gegenstände betreffen, wofür das gegenwärtige Gesetzbuch Verordnungen oder polizeiliche Vorschriften als zuläßig erklärt, ohne auf Gesetze zu verweisen, im Verordnungswege aufgehoben oder abgeändert werden. Dasselbe kann in Bezug auf dermalen bestehende Gesetze der eben bezeichneten Art und auf Verordnungen durch das betreffende Staatsministerium geschehen, wenn das Gesetzbuch lediglich auf oberpolizeiliche Vorschriften oder neben solchen auf distrikts- oder ortspolizeiliche Vorschriften Bezug nimmt.

In allen Fällen, in welchen gemäß vorstehender Bestimmungen die dermalen bestehenden polizeilichen Vorschriften in Kraft bleiben, sind an der Stelle der in denselben angedrohten Strafen bei Aburtheilung der betreffenden

Uebertretungen die Strafbestimmungen des gegenwärtigen Gesetzbuches in Anwendung zu bringen.

Die dermalen bestehenden distrikts- und ortspolizeilichen Vorschriften sind innerhalb zweier Jahre nach Verkündung des Gesetzbuches nach Maßgabe desselben zu revidiren und auf's Neue zu verkünden, widrigenfalls deren Anwendbarkeit erlischt.

Zweite Abtheilung.

Besondere Bestimmungen über die einzelnen Uebertretungen.

Erstes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Sicherheit des Staates, einzelne Staatseinrichtungen, Regierungsrechte und öffentliche Verpflichtungen.

Uebertretungen in Bezug auf die Landesvertheidigung.

46. Wer ohne Bewilligung der zuständigen Behörde Risse oder Pläne von Festungen, Festungswerken, militärischen Lagern oder anderen für die Landesvertheidigung wichtigen Oertlichkeiten aufnimmt, wer sich unbefugt im dienstlichen Besitze befindliche Risse und Pläne dieser Art oder Nachbildungen derselben oder militärische Operationspläne verschafft oder zu verschaffen sucht, wer wissentlich zu solchen Handlungen mitwirkt oder Beihilfe leistet, wird an Geld bis zu 150 fl. oder mit Arrest bis zu 42 Tagen gestraft.

Die Risse und Pläne unterliegen der Konfiskation.

Verbotenes Aufsammeln von Waffen oder Munition.

47. Wer heimlich oder wider das Verbot der Polizeibehörde größere Vorräthe von Waffen oder Munition aufsammelt, wird an Geld bis zu 100 fl. oder mit Arrest bis zu 30 Tagen nebst Konfiskation der Waffen- oder Munitionsvorräthe gestraft.

Unbefugter Erwerb von Montirungs-, Munitions- und Armaturstücken.

48. Wer von Soldaten oder Unteroffizieren Montirungs-, Munitions- oder Armaturstücke erwirbt oder als Pfand

nimmt, ohne daß ihm die bezeichneten Personen ihre Ermächtigung zur Veräußerung oder Verpfändung durch ein schriftliches Zeugniß ihres vorgesetzten Kommandanten nachgewiesen haben, soll an Geld bis zu 50 fl., womit im Rückfalle Arrest bis zu 14 Tagen verbunden werden kann, gestraft werden.

Gleicher Strafe unterliegt, wer zu einem solchen verbotenen Geschäfte wissentlich mitwirkt.

Unerlaubter Verkehr mit Gefangenen.

49. Wer ohne Erlaubniß der Aufsichtsbeamten mit Gefangenen in Verkehr tritt oder denselben etwas zubringt, unterliegt einer Geldstrafe bis zu 10 fl. oder einer Arreststrafe bis zu 3 Tagen.

Uebertretungen in Ansehung öffentlicher Siegel und Stempel.

50. Wer es unterläßt, öffentliche Siegel oder Stempel, welche ihm zu Handen gekommen sind, der zuständigen Behörde auszuliefern, wer im Namen einer öffentlichen Behörde bestellte Siegel und Stempel nicht gegen Verschleppung und Mißbrauch verwahrt oder an eine andere Person als die bestellende Behörde oder deren bekannte Diener abliefert, wird, insoferne nicht disciplinäre Ahndung stattfindet, an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

Unerlaubte Beförderung der Auswanderung.

51. An Geld bis zu 100 fl. wird gestraft, wer ohne die nach Verordnung erforderliche polizeiliche Bewilligung Auswanderungsgeschäfte betreibt oder eine Auswanderungsagentur errichtet oder nach entzogener Bewilligung die Geschäfte einer solchen fortsetzt.

Gleicher Strafe unterliegt, wer unbefugt als Zwischenhändler (Unteragent) solche Geschäfte abschließt oder vermittelt.

In dem Strafurtheile ist zugleich die Schließung solcher unberechtigter Agenturen auszusprechen.

Geldstrafe bis zu 50 fl. trifft berechtigte Agenten, welche den für ihre Geschäftsführung erlassenen Verordnungen oder oberpolizeilichen Vorschriften zuwiderhandeln.

Verbotene Eheschließung im Auslande.

52. Ein bayerischer Staatsangehöriger aus den Landestheilen diesseits des Rheins, welcher ohne die gesetzlich erforderliche Bewilligung der zuständigen Behörde eine Ehe im Auslande eingeht, wird an Geld bis zu 100 fl. oder mit Arrest bis zu 30 Tagen gestraft.

Die Verjährung dieser Uebertretung beginnt von dem Tage, an welchem die im Auslande Getrauten ihren Wohnsitz im Inlande genommen haben.

Eine Strafverfolgung findet nicht statt, wenn vor Eröffnung

eines Verfahrens die Ehe wieder aufgelöst worden ist.

Unterlassene Anzeige von Geburten, Todesfällen.

53. Wer von einer Entbindung oder von einem Todesfalle die ihm nach Gesetz oder Verordnung obliegende Anzeige nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist macht, wird, insoferne nicht disziplinäre Ahndung stattfindet, an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

Unbefugte Aenderung des Geschlechtsnamens.

54. Wer ohne Bewilligung der Staatsregierung seinen Geschlechtsnamen ändert, wird an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

Derselben Strafe unterliegen Eltern, Pflegeltern und Vormünder, welche ohne solche Bewilligung den Geschlechtsnamen ihrer Kinder, Pflegekinder oder Mündel ändern.

Anmaßung von Namen, Titeln, Orden.

55. Wer sich fälschlich den Namen einer andern Person oder ihm nicht zukommende Titel, Standes- oder Ehrenvorzüge beilegt[24]), wer ohne Berechtigung Orden, Ehrenzeichen, ausländische Uniformen oder Dienstzeichen öffentlich trägt, wird neben Konfiskation der getragenen Orden, Ehrenzeichen, Uniformen oder Dienstzeichen an Geld bis zu 50 fl. oder mit Arrest bis zu 14 Tagen gestraft.

Gleicher Strafe unterliegt, wer ohne Bewilligung die Namen des Königs, der Königin oder anderer Mitglieder des königlichen Hauses irgend einer Unternehmung beilegt, oder sich hierauf bezüglicher Firmen oder Wappen bedient, sowie wer seiner Dienerschaft gleiche Livree wie jene des königlichen Hauses gibt, und wer letztere Livree unbefugt trägt.

---

[24]) **Zu Art. 55.**

a. Wenn Jemand, um für einen Andern eine Freiheitsstrafe zu erstehen, sich am Straforte als Letzteren gerirt, so ist er wegen Anmaßung falschen Namens als Thäter und der Verurtheilte, wenn er ihn hiezu bewogen hat, wegen Anstiftung strafbar. (O.-A.-E. v. 13. Juni 1866. Z. f. G. XIII. S. 361.)

b. Wegen Anmaßung eines Adelsprädikats ist nur Derjenige strafbar, welcher sich dasselbe mit dem Bewußtsein, nicht dazu berechtigt zu sein, beigelegt hat. (O.-A.-E. v. 27. Mai 1865. Z. f. G. XII S. 249.)

Verweigerung der Nothhilfe.

56. Wer seine Hilfe oder Dienstleistung bei Unglücksfällen, bei drohender oder bereits eingetretener Feuers- oder anderer öffentlicher Gefahr oder Noth auf obrigkeitliche Aufforderung ohne genügende Entschuldigung verweigert, desgleichen wer Andere in solcher Hilfe- oder Dienstleistung vorsätzlich stört oder ohne hinreichenden Grund davon abhält, wird an Geld bis zu 100 fl. oder mit Arrest bis zu 30 Tagen gestraft[25].

Uebertretungen in Bezug auf Gemeindedienste.

57. An Geld bis zu 10 fl. werden Gemeindeglieder oder deren Stellvertreter gestraft, welche die nach Festsetzung der Gemeindeverwaltung sie treffenden Dienste zur Uebernahme der Sicherheitswache sowie zur Erhaltung der Fahrbarkeit der Gemeindewege und Distriktsstraßen ohne genügende Entschuldigung nicht oder nicht in gehöriger Weise leisten[26].

---

[25]) **Zu Art. 56.** Eine Bestrafung wegen Verweigerung der Nothhilfe kann deßhalb, weil Jemand der ihm obgelegenen Verpflichtung, für den Fall des Eintritts einer Feuersgefahr Pferde zum Bespannen der Feuerspritze bereit zu halten, zuwiderhandelt und in Folge dessen bei dem Ausbruche eines Brandes der Aufforderung zur Stellung von Pferden nicht entsprechen konnte, nicht Platz greifen. (O.-A.-E. v. 14. März 1868. S. w. E. II S. 138.)

[26]) **Zu Art. 57.**

a. Die Straffälligkeit wegen verweigerter Leistung der von einer Gemeindeverwaltung angeordneten Gemeindedienste ist nicht dadurch ausgeschlossen, daß gegen die Verpflichtung Reklamation erhoben und hierüber noch keine rechtskräftige Entscheidung der Verwaltungsbehörde erlassen worden ist.

Auch ist es unzuläßig, in einem solchen Falle die Aburtheilung nach gepflogener öffentlicher Verhandlung bis nach Entscheidung der Verwaltungsbehörde über die bestrittene Verbindlichkeit zu vertagen. (St.-P.-G. v. 10. November 1848. Art. 319. O.-A.-E. v. 9. Juni 1865. Z. f. G. XII S. 257.)

b. Die Verweigerung der Leistung von Gemeindediensten ist auch dann strafbar, wenn diese von der Gemeinde nicht freiwillig, sondern auf Anordnung der einschlägigen Verwaltungsbehörde festgesetzt worden sind. (O.-A.-E. v. 18. Aug. 1866. Z. f. G. XIII S. 518.)

c. Die mit Herstellung eines Wegs säumigen Gemeindeglieder können zur Vergütung der auf polizeilich verfügte Herstellung erlaufenen Kosten von dem Strafrichter nur in einem Straf-

In der Pfalz wird die Verpflichtung zur Leistung solcher Dienste durch ortspolizeiliche Vorschrift geregelt.

Zweites Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit.

Störung der öffentlichen Ruhe.

58. Wer vorsätzlich durch falschen Nothruf oder falsche Nothsignale, durch Mißbrauch von Glocken, Trommeln oder andern Lärm erregenden Werkzeugen, durch öffentlichen Aufruf, durch aufreizende Reden, Gesänge oder Musikstücke oder durch den Gebrauch von Partei- oder Losungszeichen Besorgnisse von Gefahren, Noth oder Unglücksfällen unter den Bewohnern eines Ortes verbreitet oder zu verbreiten sucht oder an öffentlichen Orten einen Zusammenlauf oder eine Bewegung der bewaffneten Macht verursacht oder zu verursachen sucht, wird mit Arrest bis zu 30 Tagen, in leichteren Fällen an Geld bis zu 50 fl. gestraft.

59. Wer bestimmte durch Verordnung verbotene Verbindungs- oder Vereinigungszeichen öffentlich trägt oder ausstellt, und wer dieselben feilbietet oder verbreitet, wird an Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen gestraft. Gegen diejenigen, welche mit solchen Abzeichen bei Zusammenläufen betroffen werden, kann Arrest bis zu 14 Tagen oder Geldstrafe bis zu 50 fl. erkannt werden.

Die gedachten Abzeichen unterliegen der Konfiskation.

60. An Geld bis zu 10 fl. oder mit Arrest bis zu 3 Tagen wird gestraft, wer ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder groben Unfug an öffentlichen Orten verübt[27]).

---

urtheile verurtheilt werden. (O.-A.-E. v. 17. Juni 1864. Z. f. G. XI S. 180.)

d. Ein von der Gemeindeverwaltung aufgestellter Lautwächter, welcher den ihm obliegenden Dienst nicht gehörig versieht, kann deßhalb nicht wegen Uebertretung in Bezug auf Gemeindedienste bestraft werden. (O.-A.-E. v. 4. April 1868. S. w. E. II 173.)

[27]) **Zu Art. 60.**

a. Dem öffentlichen Interesse gewidmete, aber dem Publikum nicht frei zugängliche Orte, wie Schulzimmer, Secretariatslokal eines Bezirksgerichts, können nicht als öffentliche Orte betrachtet werden. (O.-A.-E. v. 23. April 1866. Z. f. G. XIII S. 192 u. O.-A.-E. v. 17. April 1867. S. w. E. I. S. 166.)

Werden solche Handlungen in Verbindung mit Mehreren verübt oder nach polizeilicher Abmahnung fortgesetzt oder zur Verhöhnung oder Beängstigung einer Person unternommen, so kann auf Arrest bis zu 14 Tagen oder auf Geldstrafe bis zu 50 fl. erkannt werden.

Verbotene Gestattung des Wirthshausbesuches.

61. An Geld bis zu 10 fl. werden Wirthe gestraft, wenn sie Personen, welchen in Folge der Stellung unter Polizeiaufsicht der Besuch ihrer Wirthshäuser untersagt ist, diesen Besuch ungeachtet des ihnen von der Polizeibehörde bekannt gegebenen Verbotes wissentlich gestatten.

Uebertretung der Polizeistunde.

62. Wegen Uebertretung der durch Verordnung oder nach Maßgabe dieser durch ortspolizeiliche Verfügung festgestellten nächtlichen Polizeistunde[28]) sind zu strafen:

---

b. Die Möglichkeit, gegen einen Trunkenen mit Präventivmaßregeln vorzugehen und Unterlassung dieses Vorgehens hindert Bestrafung des Betrunkenen wegen ruhestörenden Lärmens nicht, falls derselbe zurechnungsfähig war. (O.-A.-E. v. 24. März 1865. Z. f. G. XII S. 118.)

c. Wirthshäuser sind öffentliche Orte auch bei geringem Besuch derselben. Raufen und Herumbalgen in denselben ist wenigstens als grober Unfug strafbar, wenn es auch den Anwesenden als solcher nicht erscheint. (O.-A.-E. v. 9. Dez. 1865. Z. f. G. XII S. 582.)

d. Zur Strafbarkeit der Verübung groben Unfugs an einem öffentlichen Orte bedarf es keiner besonderen Feststellung, daß durch die That die öffentliche Ruhe gestört worden sei. (O.-A.-E. v. 8. Mai 1863. Z. f. G. X S. 463.)

e. Auch auf Solche findet der Art. 60 Anwendung, welche in der Trunkenheit die öffentliche Ordnung stören. (O.-A.-E. v. 6. Nov. 1862. Z. f. G. X S. 463.)

f. Unter Art. 60 fällt das Haberfeldtreiben, wobei das Vorgehen ungesetzlicher Bewaffnung ideell concurrirt. (O.-A.-E. v. 8. Januar 1864. St.-Z. III 90.)

28) **Zu Art. 62.** Verordnung vom 18. Juni 1862: die Polizeistunde betr.

a. (Zu Abs. 1.) Auch für jene kleineren Städte, welche nur eine Gemeindeverwaltung nach Art der Landgemeinden haben, ist die Polizeistunde auf 12 Uhr Mitternacht festgesetzt. (O.-A.-E. v. 23. Mai 1863. Z. f. G. X S. 688.)

1) Wirthe, welche nach dem Eintritt der Polizeistunde die Gäste nicht zum Weggehen auffordern oder denselben Speisen oder Getränke verabreichen, an Geld bis zu 10 fl.;
2) Wirthe, welche ihre Gäste nach der Polizeistunde dem Polizeipersonal verheimlichen oder dem letzteren den Eintritt in das Wirthshaus zum Zwecke der Kontrole verweigern, an Geld bis zu 25 fl.;
3) Gäste, welche nach der Polizeistunde auf Mahnung des Wirthes, seines Stellvertreters oder des Polizeipersonals sich nicht entfernen, an Geld bis zu 3 fl.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels finden keine Anwendung auf auswärtige Gäste, welche in einem Gasthause übernachten oder bei demselben auf der Durchreise anhalten.

Unberechtigtes Unternehmen öffentlicher Lustbarkeiten, Schau- und Vorstellungen.

63. An Geld bis zu 25 fl. wird gestraft:

1) wer ohne polizeiliche Erlaubniß öffentliche Lustbarkeiten, wie Tanzmusiken, Maskeraden, Schießen, Preiskegelschieben, Feuerwerke, theatralische Aufführungen, Vorstellungen aus dem Gebiete der Kunstreiterei, Gymnastik oder ähnlicher Kunstfertigkeiten veranstaltet;
2) wer ohne polizeiliche Erlaubniß Menagerien, Wachsfigurenkabinete, Sammlungen von Kunst- oder Naturmerkwürdigkeiten, Panoramen, Karroussele oder ähnliche Vorrichtungen aufstellt und dafür Eintrittsgeld erhebt;
3) wer die bei Ertheilung der Erlaubniß zu solchen Unternehmungen von der Polizei-

---

b. (Zu Ziff. 2.) Die Hausangehörigen eines Wirths können wegen der nach Eintritt der Polizeistunde fortgesetzten Verabreichung von Getränken *für ihre eigene Person* gestraft werden, wenn ihnen vorher durch die Polizeimannschaft der Eintritt der Polizeistunde angekündigt u. die fernere Bewirthung von Gästen untersagt worden ist. (O.-A.-E. v. 17. Juni 1865. Z. f. G. XII S. 269.)

c. (Zu Ziff. 3.) Die Strafbestimmungen wegen Uebertretung der Polizeistunde finden auch *auf geschlossene Gesellschaften*, welche ihr Lokal — obgleich von den allgemeinen Wirthschaftsräumen abgesondert — *in einem Gasthause* haben, Anwendung. (O.-A.-E. v. 29. Mai 1863. X S. 491.)

d. (Zu Ziff. 3.) Auch geschlossene Gesellschaften sind, wenn sie ihre Lokalitäten in Gasthäusern haben, bei Abhaltung von Tanzunterhaltungen an die bestehenden Vorschriften über die Polizeistunde gebunden. (O.-A.-E. vom 20. April 1865. XII S. 152.)

behörde ihm auferlegten Bedingungen verletzt[29]).

Unabhängig von der Strafverfolgung können solche Unternehmungen von der Polizeibehörde jederzeit eingestellt werden.

Auf Scheibenschießen, welche von anerkannten Schützengesellschaften in ihrem gewöhnlichen Lokale oder von kleineren Gesellschaften an erlaubten Schießstätten abgehalten werden, findet die Bestimmung der Ziff. 1 keine Anwendung.

64. An Geld bis zu 10 fl. wird gestraft, wer ohne polizeiliche Erlaubniß oder mit Ueberschreitung der ihm ertheilten Bewilligung gegen Bezahlung in Wirthschaftslokalitäten oder an anderen öffentlichen Orten Musikstücke, Gesänge, Deklamationen, Marionettenspiele, Taschenspielerkünste oder ähnliche Kunstfertigkeiten aufführt oder Thiere, Kunst- oder Naturmerkwürdigkeiten oder ähnliche Gegenstände vorzeigt.

Unabhängig von der Strafverfolgung ist die Polizeibehörde berechtigt, solche Unternehmungen sofort einzustellen.

Die Abhaltung musikalischer Vorträge in Wirthschaftslokalitäten durch hiezu berechtigte Musikgesellschaften ist an eine polizeiliche Bewilligung nicht gebunden.

65. Wer gegen ortspolizeiliche Vorschrift musikalische Aufführungen, Kegelspiele oder sonstige geräuschvolle Unterhaltungen, welche im Innern der Ortschaften in Wirthschafts- oder Privatgärten oder in sonstigen nicht geschlossenen Räumlichkeiten abgehalten werden, über die von der Polizeibehörde bestimmte Nachtstunde verlängert, wird an Geld bis zu 10 fl. gestraft.

Die Polizeibehörde ist berechtigt, solche Störungen der Nachtruhe unabhängig von der Strafverfolgung sofort abzustellen.

Tanzmusiken in Vereinen zu verbotenen Zeiten.

66. Vorsteher oder Mitglieder von geselligen Vereinen und geschlossenen Gesellschaften, welche Tanzmusiken an jenen Tagen veranstalten, an welchen die öffentliche Abhaltung derselben durch Verordnung untersagt ist, werden an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

---

[29]) **Zu Art. 63 Abs. 1 Ziff. 3.** Die Direktion eines Theaters erscheint für die durch einen Schauspieler erfolgte Verletzung der bei Ertheilung der Concession von der Polizeibehörde auferlegten Bedingungen dann nicht haftbar, wenn feststeht, daß ihm die Hinderung der stattgehabten Verletzung dieser Bedingungen unmöglich war. (O.-A.-E. v. 25. Januar 1868. S. w. E. II S. 50.)

Uebertretungen in Bezug auf Nachtmusiken, Maskeraden.

67. An Geld bis zu 10 fl. wird gestraft:

1) wer ohne ortspolizeiliche Erlaubniß auf öffentlichen Straßen oder Plätzen eine Nachtmusik veranstaltet oder ausführt;
2) wer zu einer durch oberpolizeiliche Vorschrift verbotenen Zeit auf öffentlichen Straßen oder Plätzen maskirt erscheint;
3) wer bei erlaubten Maskeraden der durch die Ortspolizeibehörde festgesetzten Ordnung zuwiderhandelt.

Uebertretungen in Bezug auf Privat-Bekanntmachungen.

68. An Geld bis zu 3 fl. wird gestraft:

1) wer gegen ortspolizeiliches Verbot Ankündigungen oder Bekanntmachungen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen ausruft;
2) wer gegen ortspolizeiliches Verbot oder gegen Verbot des Eigenthümers an fremdem Eigenthume Privatankündigungen anschlägt oder anheftet;
3) wer fremde Anschläge unbefugt aus Bosheit oder Muthwillen vernichtet, wegnimmt oder unlesbar macht.

Wird im Falle der Ziff. 2 die Uebertretung gegen Verbot des Eigenthümers an fremdem Privateigenthume begangen, so ist dieselbe nur auf Antrag des Eigenthümers oder seines Stellvertreters verfolgbar.

Uebertretungen in Bezug auf Wohnungsräumung.

69. Geldstrafe bis zu 5 fl. trifft in den Fällen, in welchen die Verpflichtung zur Wohnungsräumung nicht streitig ist, die bei einer solchen Räumung Betheiligten, welche den hierauf bezüglichen Anordnungen der Polizeibehörde nicht nachkommen.

Unabhängig von der Strafverfolgung ist die Polizeibehörde befugt, die von ihr getroffenen Anordnungen zwangsweise zu vollziehen.

Verbotene Waffen.

70. Wer Schußwaffen, welche in Stöcken, Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen werden, Abschraubgewehre, Raufringe oder Schlageisen, explodirende Wurfgeschosse oder andere durch Verordnung als gemeingefährlich allgemein verbotene Waffen ohne besondere polizeiliche Bewilligung verfertigt, desgleichen wer solche verbotene Waffen oder Geschosse feilbietet, wird an Geld bis zu 100 fl. oder mit Arrest bis zu 30 Tagen gestraft.

Wer solche verbotene Waffen oder Geschosse ohne besondere polizeiliche Bewilligung führt, unterliegt einer Geldstrafe bis

zu 50 fl. oder einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen[30]).

Die verfertigten, feilgebotenen oder geführten verbotenen Waffen oder Geschosse unterliegen der Konfiskation.

71. Wer außer dem Falle des Art. 70 den Verordnungen zuwiderhandelt, wodurch zur Verhütung von Gefahren für die Sicherheit der Personen die Führung bestimmter Waffen bestimmten Klassen von Personen oder in bestimmten Landestheilen verboten ist, wird neben Konfiskation der betreffenden Waffen an Geld bis zu 25 fl. gestraft, womit im Rückfalle Arrest bis zu 3 Tagen verbunden werden kann[31]).

Unterlassene Anzeige der Auffindung von neugeborenen Kindern.

72. An Geld bis zu 50 fl. wird gestraft, wer ein neugeborenes lebendes Kind findet und hievon nicht sogleich Anzeige bei der nächsten Obrigkeit macht.

Unberechtigte Annahme fremder Kinder.

73. Wer fremde Kinder unter 8 Jahren ohne Bewilligung der Polizeibehörde gegen Bezahlung in Pflege oder Erziehung nimmt oder nach entzogener Bewilligung behält, wird an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

Unterlassene Anzeige der Inverwahrnahme hilfloser Personen.

74. An Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen wird gestraft, wer verirrte Kinder, wahnsinnige oder sonst hilflose Personen, welche er in Verwahrung genommen hat, ohne genügenden Entschuldigungsgrund länger als 24 Stunden in seiner Gewalt behält, ohne hievon der Obrigkeit Anzeige zu machen oder nach Beschaffenheit der Umstände den betheiligten Angehörigen Nachricht zu geben.

Unterlassene Anzeige verdächtiger Todesfälle.

75. An Geld bis zu 50 fl. werden Todtenbeschauer und Personen, welche aus dem Reinigen und Ankleiden der Leichen ein Gewerbe machen, gestraft, wenn sie bei Ausübung ihres Berufes von Todesfällen, welche den Verdacht eines gewaltsamen Todes erregen, Kenntniß erlangen und hievon nicht sogleich der Polizeibehörde Anzeige machen.

An Geld bis zu 100 fl. wird gestraft, wer, nachdem er bei der Oeffnung einer Leiche die Spuren

---

30) **Zu Art. 70 Abs. 2.** Ein „Führen" verbotener Waffen ist blos dann gegeben, wenn Jemand solche Waffen bei sich trägt. (O.-A.-E. vom 14. März 1868. S. w. E. II S. 236.)

31) **Zu Art. 71.** Siehe zu Art. 168.

eines an dem Verstorbenen verübten Verbrechens entdeckt hat, nicht sogleich mit der Oeffnung einhält und der Polizeibehörde oder dem Staatsanwalte Anzeige erstattet.

Uebertretungen bei Ansammlung größerer Menschenmassen.

76. An Geld bis zu 15 fl. oder mit Arrest bis zu 5 Tagen wird gestraft, wer den besonders bekannt gemachten polizeilichen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit bei Volksfesten, religiösen Feierlichkeiten, Truppenbewegungen, Eisenbahnbauten und sonstigen außergewöhnlichen Ansammlungen größerer Menschenmassen zuwiderhandelt[32]).

Die in Abs. 1 bezeichneten Anordnungen werden durch ober- oder distriktspolizeiliche Vorschrift, in dringenden Fällen durch ortspolizeiliche Vorschrift erlassen.

Drittes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Reisen und Fremdenpolizei.

Uebertretungen in Bezug auf das Reisen.

77. An Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen sind berechtigte Inhaber solcher Gewerbe oder Erwerbsarten, welche herumziehend betrieben werden, zu strafen, wenn sie ohne genügende Entschuldigung bei Besuch der Märkte oder bei ihrem Umherziehen auf Verdienst mit den nach Verordnungen oder oberpolizeilichen Vorschriften erforderlichen Nachweisungen nicht versehen sind oder den in ihren Beglaubigungsurkunden enthaltenen, auf Verordnungen oder oberpolizeiliche Vorschriften gegründeten besonderen Anweisungen zuwiderhandeln[33]).

78. Mit Arrest bis zu 5 Tagen oder an Geld bis zu 15 fl. werden Handwerksgesellen und Gewerbsgehilfen gestraft,

---

32) **Zu Art. 76.**

a. Die von der Polizeibehörde bei Eisenbahnbauten zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung erlassenen Vorschriften können auch Vorkehrungen gegen Beeinträchtigung der öffentlichen Sittlichkeit umfassen. (O.-A.-E. v. 7. Juli 1866. Z. f. G. XIII S. 441.)

b. Die Außerachtlassung der von einer Eisenbahnbausection ohne Mitwirkung der einschlägigen Polizeibehörde den Bauunternehmern vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln kann nicht als Polizeiübertretung gestraft werden. (O.-A.-E. v. 13. Dez. 1863. Z. f. G. X S. 1039.)

33) **Zu Art. 77.** Siehe die VO. v. 25. Juni 1868, den Handel mit Landesprodukten im Umherziehen betr. (Rgsbl. S. 1026) — ferner die VO. v. 3. Juli 1868, die

welche ohne genügende Entschuldigung mit den durch Verordnung vorgeschriebenen Reiseurkunden nicht versehen sind.

79. Handwerksgesellen, Gewerbsgehilfen und Fabrikarbeiter, welche, falls ihnen die Reise in bestimmte ausländische Staaten durch Verordnungen zeitlich untersagt ist, eine Reise in solche Staaten ohne erlangte Ausnahmsbewilligung unternehmen, werden an Geld bis zu 50 fl. oder mit Arrest bis zu 14 Tagen gestraft.

Die Verjährung dieser Uebertretung beginnt mit dem Tage der Rückkehr in das Inland.

80. Mit Arrest bis zu 3 Tagen wird gestraft, wer ohne genügende Entschuldigung die ihm von der zuständigen Polizeibehörde zwangsweise vorgeschriebene Reiseroute oder Reisezeit nicht einhält[34]).

Uebertretungen in Bezug auf die Fremdenpolizei.

81. Fremde, welche gegen ortspolizeiliche Vorschrift die Erholung einer Aufenthaltskarte oder deren rechtzeitige Verlängerung ohne genügenden Entschuldigungsgrund unterlassen, werden an Geld bis zu 3 fl. gestraft[35]).

Schau- und Vorstellungen betr. (Reg.-Bl. S. 1162). — Bekanntmachung v. 19. April 1868, das Gewerbe der Personen, welche sich mit der Vertilgung von Ungeziefer befassen. (Reg.-Bl. S. 666.)

[34]) **Zu Art. 80.** Wer, aus einer Polizeianstalt entlassen, der ihm dort mittels Zwangsvorweises gemachten Auflage, sich in bestimmter Frist bei der Polizeibehörde seiner Heimath zu stellen, nicht Folge leistet, ist wegen Abweichung von der vorgeschriebenen Reiseroute strafbar. (O.-A.-E. v. 23. Juni 1866. Z. f. G. XIII S. 379.) V.-O. v. 24. Juni 1862, die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden in Sachen des P.-St.-G.-B. betr. § 6. (Reg.-Bl. v. 1862 S. 1420), Hausordnung für die Polizeianstalten v. 12. Juni 1862 § 80 (Reg.-Bl. v. 1862 S. 1333.)

[35]) **Art. 81** ist durch Art. 55 des Gesetzes über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868 aufgehoben und gilt nunmehr Art. 44 des letztgenannten Gesetzes, welcher lautet:

„Wer sich in einer fremden Gemeinde aufhält, hat binnen 8 Tagen nach der Ankunft hievon der Ortspolizeibehörde, in München der k. Polizeidirektion, nach Maßgabe der oberpolizeilichen oder ortspolizeilichen Vorschriften Anzeige zu erstatten.

82. Gastwirthe und Herbergegeber, welche den oberpolizeilichen Vorschriften über Aufzeichnung und Anzeige der Ankunft und Abreise der von ihnen aufgenommenen Fremden und beherbergten Personen zuwiderhandeln, die vorgeschriebenen Aufzeichnungen der Polizeibehörde oder den obrigkeitlichen Dienern auf Verlangen nicht vorzeigen oder dieselben nicht zu der vorgeschriebenen Zeit vorlegen, werden an Geld bis zu 10 fl. gestraft.

Andere Personen, welche die durch ortspolizeiliche Vorschrift gebotene Anzeige über Beherbergung von Fremden verabsäumen, unterliegen einer Geldstrafe bis zu 3 fl.

83. Wer, um die Polizeibehörde zu täuschen, bei Gelegenheit der im Art. 82 vorgeschriebenen Aufzeichnung oder Anzeige eine falsche Namensangabe oder andere unwahre Angabe macht, wird an Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen gestraft.

84. Unbefugte gewerbsmäßige Beherbergung von Handwerksgesellen oder Dienstboten ohne Legitimationsurkunden, von Landstreichern, Bettlern oder anderen ausweislosen Personen wird mit Arrest bis zu 14 Tagen oder an Geld bis zu 50 fl. gestraft. Im Rückfalle kann die Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht ausgesprochen werden.

85. Wer von der Aufnahme oder Entlassung von Handlungsdienern, Gewerbsgehilfen, Gesellen oder Lehrlingen, von Fabrikarbeitern oder Taglöhnern, welche am Orte keinen festen Wohnsitz haben, die durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschrift geforderte Anzeige nicht erstattet, wird an Geld bis zu 5 fl. gestraft.

Uebertretungen in Bezug auf Wohnungsmiethe.

86. Personen, welche Wohnungsräume in Miethe oder Aftermiethe geben, unterliegen einer Geldstrafe bis zu

---

Nichtbeachtung dieser Vorschrift, welche auf die in Art. 48 bezeichneten Personen keine Anwendung findet, wird an Geld bis zu 10 fl. bestraft.

Ueber die erfolgte Anzeige hat die Ortspolizeibehörde taxfreie Bescheinigung zu ertheilen, welche den zur Leistung von Krankenkassabeiträgen gesetzlich verpflichteten Personen erst dann behändigt werden soll, wenn sie die erstmalige Bezahlung des treffenden Beitrages nachgewiesen haben.

Die k. Polizeidirektion München ist verpflichtet, von den nach Abs. I ihr erstatteten Anzeigen wenigstens einmal wöchentlich dem Magistrate vollständige Mittheilung zu machen."

3 fl., wenn sie die durch ortspolizeiliche Vorschrift gebotene Anzeige über Ein- und Auszug ihrer Miether verabsäumen.

Viertes Hauptstück.

Arbeitsscheue, Landstreicherei, Bettel, unerlaubtes Sammeln, Gaukelei.

Arbeitsscheue.

87. Arbeitsfähige Personen, welche innerhalb Jahresfrist wegen Landstreicherei, Bettels oder gewerbsmäßiger Unzucht gestraft worden sind oder in Folge Verurtheilung wegen einer dieser Uebertretungen oder wegen einer nach dem **XV.**, **XVII.**, **XVIII.** oder **XIX.** Hauptstücke des Strafgesetzbuches strafbaren That unter Polizeiaufsicht stehen oder nach richterlichem Ausspruche gestellt werden können, und welche nicht darzuthun vermögen, daß sie sich auf erlaubte Weise ernähren, desgleichen arbeitsfähige Personen, welche von der Armenpflege oder einer sonstigen öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalt Unterstützung zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes beziehen oder innerhalb Jahresfrist bezogen oder angesprochen haben, sind, wenn sie innerhalb einer von der Polizeibehörde vorgesetzten angemessenen Frist sich weder einem Dienste noch einer ihren Kräften angemessenen Arbeit widmen, mit Arrest bis zu 8 Tagen zu strafen, insoferne sie nicht nachzuweisen vermögen, daß sie solche zu erhalten nicht im Stande gewesen sind. Gegen Rückfällige kann auf Arrest bis zu 30 Tagen erkannt werden[36].

---

[36]) **Zu Art. 87.**

a. Wegen Arbeitsscheue kann nur dann wiederholt bestraft werden, wenn nach der ersten Bestrafung ein erneuerter Auftrag der Polizeibehörde an die arbeitsscheue Person, Arbeit zu suchen, unbefolgt blieb. (O.-A.-E. v. 21. Januar 1865. Z. f. G. **XII.** S. 16.)

b. Der Auftrag, Arbeit zu suchen, gehört nicht unter die Maßregeln der Polizeiaufsicht. Vgl. Art. 38 des St.-G.-B. (O.-A.-E. v. 17. Febr. 1865. Z. f. G. **XII** S. 52.)

c. Zur wiederholten Bestrafung wegen Arbeitsscheue ist die vorgängige Erneuerung des polizeilichen Arbeitsauftrages nothwendig. (O.-A.-E. v. 21. Juni 1867. S. w. E. **I.** S. 277.)

d. Bei der Anklage wegen Arbeitsscheue hat das Gericht zu prüfen, ob die Arbeit, welcher der Angeschuldigte sich unterzogen zu haben behauptet, eine seinen Kräften nicht nur nach ihrer Beschaffenheit, sondern auch nach ihrem Maaße angemessene und auf Erwerb des Unterhaltes gerichtete gewesen sei. (O.-A.-E. v. 22. Juni 1867. S. w. E. **I.** S. 283.)

Landstreicherei.

88. Wer ohne bestimmten Wohnsitz oder mit Verlassung seines Wohnortes geschäfts- und arbeitslos umherzieht, ohne sich darüber ausweisen zu können, daß er die Mittel zu seinem redlichen Unterhalte besitze oder eine Gelegenheit hiezu aufsuche, wird als Landstreicher mit Arrest bis zu 14 Tagen gestraft. Gegen Rückfällige kann auf Arrest bis zu 42 Tagen erkannt werden.

Bettel.

89. Wer bettelt, oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt oder Personen, welche seiner Gewalt und Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, vom Betteln abzuhalten unterläßt, wird mit Arrest bis zu 8 Tagen gestraft. Gegen Rückfällige kann auf Arrest bis zu 30 Tagen erkannt werden[37].

Gemeinschaftliche Bestimmungen.

90. In den Fällen der Art. 87 bis 89 ist Schärfung der Arreststrafe zuläßig.

Gegen Personen, welche auf Grund dieser Artikel zweimal gestraft worden sind und binnen Jahresfrist vom Tage der letzten Verurtheilung an sich einer neuen Zuwiderhandlung gegen einen dieser Artikel schuldig machen, kann die Zuläßigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht oder der Verwahrung in einer Polizeianstalt ausgesprochen werden[38].

Dasselbe kann auch gegen jene Personen ausgesprochen werden, welche auf Grund der Art. 88 oder 89 einmal gestraft worden sind und bei einer neuen Zuwiderhandlung gegen einen dieser Artikel falsche Reisepässe, Paßkarten, Arbeits- oder Dienstbücher oder sonstige falsche Legitimationspapiere führen oder sich durch Verkleidung oder auf andere Weise unkenntlich zu machen suchen, oder sich im Besitze von Waffen, Brech- oder Sperrwerkzeugen oder anderen für die Sicherheit der Personen oder des Eigenthums gefährlichen Werkzeugen befinden oder unter Drohungen betteln.

---

[37]) **Zu Art. 89.** Wer bei einer Zunftkasse unter der Vorspiegelung, dem betreffenden Gewerbe anzugehören, d a s h e r k ö m m l i c h e G e s c h e n k e i n h e i s c h t, ist des Betrugs schuldig. Vgl. Art. 314 des St.-G.-B. (O.-A.-E. v. 8. Mai 1863. Z. f. G. X S. 460.)

[38]) **Zu Art. 90 Abs. 2.** Bestrafung wegen Rückfalls im Bettel kann nur erfolgen, wenn innerhalb Jahresfrist vorher wegen Bettelns, nicht auch wenn wegen Landstreicherei eine Verurtheilung des Bettlers erfolgt war. (O.-A.-E. v. 19. Aug. 1865. Z. f. G. XII S. 398.)

Bei jugendlichen Personen unter 16 Jahren, welche binnen Jahresfrist dreimal wegen Landstreicherei oder Bettels aufgegriffen worden sind, kann auch in dem Falle, daß wegen Mangels der zur Unterscheidung der Strafbarkeit der Handlung erforderlichen Ausbildung eine Verurtheilung nicht erfolgt, durch das Polizeigericht die Unterbringung in einer Erziehungsanstalt für verwahrloste jugendliche Personen angeordnet werden. Bezüglich des Vollzugs einer solchen Anordnung findet Art. 76 Abs. 4 bis 7 des Strafgesetzbuches Anwendung.

Falsche Pässe oder sonstige falsche Legitimationspapiere, Waffen und andere für die Sicherheit der Personen oder des Eigenthums gefährliche Werkzeuge, in deren Besitz ein Landstreicher oder Bettler betreten wird, unterliegen der Konfiskation.

Verbotswidrige Einhebung von Geschenken zu Festzeiten.

91. Wer gegen ortspolizeiliches Verbot zu Weihnachten, Neujahr oder zu anderen Festzeiten zum Zwecke der Erlangung herkömmlicher Geschenke in Wirths- oder Privathäusern oder auf öffentlichen Straßen oder Plätzen herumzieht, ist an Geld bis zu 10 fl. oder mit Arrest bis zu 3 Tagen zu strafen.

Unerlaubte Sammlungen.

92. Wer ohne die erforderliche polizeiliche Bewilligung eine Sammlung von Geld- oder sonstigen Beiträgen oder von Unterschriften hiezu unternimmt oder die erwirkte Bewilligung überschreitet, wird vorbehaltlich dessen, was in Ansehung von Sammlungen für besondere Zwecke gesetzlich bestimmt ist, an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

Eine polizeiliche Bewilligung ist nicht erforderlich für Sammlungen zu erlaubten Zwecken, welche Jemand bei Gelegenheit einer geselligen Zusammenkunft oder in einem Vereine, welchem er angehört, oder im Kreise von Personen veranstaltet, mit welchen er in geselliger, oder in Geschäftsberührung, in freundschaftlichen oder verwandtschaftlichen Verhältnissen steht.

Ist eine unbefugte Sammlung theilweise oder ausschließlich zum eigenen Vortheile unternommen worden, so richtet sich die Bestrafung nach Art. 89.

Das unbefugt Gesammelte wird zum Besten der Armenkasse des Ortes der Betretung konfiszirt. War jedoch der Zweck der Sammlung ein angemessener, so ist der Richter berechtigt, die Verwendung für diesen Zweck vorbehaltlich der Zustimmung jener Behörde oder Stelle, deren Erlaubniß für die Vornahme der Sammlung erforderlich gewesen wäre, als zuläßig zu erklären.

93. Die Bestimmungen des Art. 92 finden auch dann Anwendung, wenn ohne polizeiliche Bewilligung ein Aufruf zu Gaben oder Geldbeiträgen mit

dem Erbieten zur Empfangnahme derselben in öffentlichen Blättern oder Anschlägen erlassen wird.

In diesem Falle trifft die gesetzliche Strafe den Verfasser des Aufrufs sowie den Redakteur oder, soferne dieser für Ankündigungen nicht verantwortlich ist, den Verleger des Blattes, welches den Aufruf veröffentlicht hat.

Gaukelei.

94. Wer gegen Lohn oder zur Erreichung eines sonstigen Vortheiles sich mit angeblichen Zaubereien oder Geisterbeschwörungen, mit Wahrsagen, Kartenschlagen, Schatzgraben, Zeichen- und Traumdeuten oder anderen dergleichen Gaukeleien abgibt, wird mit Arrest bis zu 14 Tagen oder an Geld bis zu 50 fl. gestraft.

Im Rückfalle kann auf Arrest bis zu 30 Tagen, dessen Schärfung zuläßig ist, erkannt werden.

Die zur Verübung solcher Uebertretungen bestimmten besonderen Werkzeuge, Anzüge und Geräthschaften unterliegen der Konfiskation.

Fünftes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Sittenpolizei.

Konkubinat.

95. Personen, welche in fortgesetzter außerehelicher Geschlechtsverbindung in einer Wohnung zusammenleben, sind an Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen zu strafen und von einander zu trennen[39]).

Oeffentliche Verletzung der Sittlichkeit und Schamhaftigkeit.

96. Wer an öffentlichen Orten durch Handlungen, welche die Sittlichkeit und Schamhaftigkeit verletzen, Aergerniß gibt, unsittliche Vorträge hält oder unzüchtige Lieder absingt, wird an Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen gestraft[40]).

---

[39]) **Zu Art. 95.** Personen, welche, ohne verheirathet zu sein, in vollständiger Lebensgemeinschaft und Geschlechtsverbindung leben, sind des Concubinats schuldig, wenn auch die von ihnen benützten Zimmer durch einen Hausgang getrennt sind. (O.-A.-E. v. 14. Oktober 1865. Z. f. G. XII. S. 474.)

[40]) **Zu Art. 96.** In dem bloßen Gebrauche einzelner unzüchtiger Worte an einem öffentlichen Orte ist eine Uebertretung der öffentlichen Verletzung der Sittlichkeit und Schamhaftigkeit nicht enthalten. (O.-A.-E. v. 7. Januar 1868. S. w. E. II. S. 17.)

Gewerbsmäßige Unzucht.

97. (Hiefür Art. 16 des Ges. v. 16. Mai 1868, die Abänderungen des St.-G.-B. u. P.-St.-G.-B. betr.)

Weibspersonen, welche mit ihrem Körper unzüchtiges Gewerbe treiben[41]), werden mit Arrest bis zu 30 Tagen, dessen Schärfung zuläßig ist, gestraft.

Im Rückfalle kann zugleich die Zuläßigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht und in weiteren Rückfällen die Zuläßigkeit der Verwahrung in einer Polizeianstalt im Strafurtheile ausgesprochen werden.

Weibspersonen, welche auf Grund der Bestimmung des Absatz 1 bestraft wurden, können auf die Dauer eines Jahres von eingetretener Rechtskraft des Urtheils an durch die Polizeibehörde der ärztlichen Ueberwachung ihres Gesundheitszustandes unterstellt werden.

Trunkenheit.

98. Betrunkene, welche öffentliches Aergerniß erregen oder Unfug treiben und Störungen verursachen, können von öffentlichen Wegen, Plätzen und Versammlungsorten, sowie aus Wirthschaftslokalitäten entfernt werden.[42])

Gefährden dieselben die Sicherheit dritter Personen oder fremden Eigenthums oder verüben sie Störungen der öffentlichen Ruhe, so können sie, soweit es zur Verhütung weiteren Unfugs erforderlich ist, bis auf höchstens 24 Stunden in polizeilichen Gewahrsam genommen werden.

Wer binnen Jahresfrist zum dritten oder öfteren Male gemäß Abs. 2 betreten wird, ist mit Arrest bis zu 8 Tagen zu strafen, welcher auch geschärft werden kann.

Verbotener Wirthshausbesuch.

99. Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Dienst- und Lehrherren, welche ihren schulpflichtigen Kindern, Pflegekindern, Mündeln, Dienstboten oder Lehrlingen den Besuch von Wirthshäusern ohne gehörige Aufsicht

---

[41]) **Zu Art. 97.**

a. Der Thatbestand der gewerbsmäßigen Unzucht ist durch das Aufsuchen der Gelegenheit zur Ausübung des unzüchtigen Gewerbes an öffentlichen Orten noch nicht erschöpft. (O.-A.-E. v. 31. Aug. 1863. Z. f. G. X S. 844.)

b. Die Thatsache, daß eine Weibsperson mit einem Manne zum Zwecke der Preisgebung ihres Körpers zur Unzucht handelseinig geworden ist und den bedungenen Lohn im Voraus empfangen hat, begründet noch nicht den Thatbestand der gewerbsmäßigen Unzucht. (O.-A.-E. vom 7. Febr. 1868. S. w. E. II S. 69.)

[42]) **Zu Art. 98.** Siehe zu Art. 60, b und c.

oder die Theilnahme an öffentlichen Tanzunterhaltungen gestatten, werden an Geld bis zu 10 fl. gestraft, womit im Rückfalle Arrest bis zu 3 Tagen verbunden werden kann.

Mit Arrest bis zu 3 Tagen sind auf Antrag der betreffenden Schulbehörde Sonntagsschulpflichtige zu strafen, welche gegen das Verbot ihrer Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Dienst- oder Lehrherren Wirthshäuser oder öffentliche Tanzplätze besuchen.

Thierquälerei.

100. Wer Thiere roh mißhandelt oder boshaft quält, wer den zur Verhütung einzelner Arten von Thierquälerei durch Verordnung erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird an Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen gestraft.

Wer Vögel, deren Einfangen, Tödten und Verkauf durch Verordnung verboten ist, einfängt, tödtet oder verkauft, wer Nester, Eier oder Nestbrut solcher Vogelarten außerhalb seiner Anwesensgebäude und umschlossenen Gärten ausnimmt oder zerstört, ist an Geld bis zu 15 fl. oder mit Arrest bis zu 5 Tagen zu strafen.

Sechstes Hauptstück.

Unerlaubte Glücksspiele.

101. An Geld bis zu 100 fl. wird gestraft:

1) wer ohne polizeiliche Bewilligung eine öffentliche Lotterie oder Ausspielung unternimmt oder eine Glücksbude an öffentlichen Orten aufstellt oder bei polizeilich bewilligten Unternehmungen der Art den festgesetzten Ausspielungsplan nicht einhält;[43])
2) wer ein Wettkomptoir auf Ziehungen von Lotterien oder Ausspielungen errichtet;
3) wer für nicht erlaubte Lotterien oder Ausspielungen Loose verkauft oder Theilnehmer sammelt;
4) wer mit Promessen auf Prämien in- oder ausländischer Lotterieanlehen Handel treibt.

102. Wer in einer ausländischen in Bayern nicht zugelassenen Lotterie spielt, wird an Geld bis zu 50 fl. gestraft.

103. Wer in öffentlichen Blättern oder Anschlägen unerlaubte Lotterien oder Ausspielungen ankündigt, Loose oder Promessen hiezu oder Promessen auf Prämien in- oder

[43]) **Zu Art. 101 Nr. 1.** Die mit Herausgabe eines Kalenders verbundene Ausspielung von Prämien unter den Abnehmern ist als Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie zu betrachten. (O.-A.-E. v. 13. Mai 1867. S. w. E. I. S. 213.)

ausländischer Lotterie-Anlehen ausbietet, oder zur Theilnahme an solchen Unternehmungen einladet, wird an Geld bis zu 50 fl. gestraft.[44])

Gleicher Strafe unterliegt der Redacteur oder, soferne dieser für Ankündigungen nicht verantwortlich ist, der Verleger des öffentlichen Blattes, welches die betreffende Ankündigung aufgenommen hat.

104. Wer außer dem Falle des Strafgesetzbuches Art. 333 und des Art. 101 ein durch Verordnung verbotenes Glücksspiel[45]) an öffentlichen Orten veranstaltet oder daran Theil nimmt, wird neben Konfiskation des zum Spiel ausgelegten Geldes und der Spielgeräthschaften an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

Gleicher Strafe unterliegen Wirthe und Inhaber anderer öffentlicher Lokalitäten, welche solche Spiele wissentlich in ihren Lokalen dulden.

Die in Gemäßheit des gegenwärtigen Artikels erkannten Geldstrafen sowie das konfiszirte Spielgeld und der Erlös aus den konfiszirten Spielgeräthschaften fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

Siebentes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf religiöse Einrichtungen, Erziehung und Bildung.

Störung der Sonntagsfeier.

105. An Geld bis zu 25 fl. wird gestraft, wer außer dringenden Fällen den gegen Störung der Feier der Sonn- und Festtage, und zwar für gemischte Orte nach Maßgabe des § 82 der II. Verfassungsbeilage, erlassenen Verordnungen oder den auf Grund derselben ergange-

---

[44]) **Zu Art. 103.** Mit dem Strafausspruche wegen Ausbietens von Promessen eines ausländischen Lotterie-Anlehens in einem öffentlichen Blatte kann die Unterdrückung der betreffenden Nummer nicht verbunden werden. (O.-A.-E. v. 30. Sept. 1864. Z. f. G. XI S. 375.) Siehe auch zu Art. 10.

[45]) **Zu Art. 104.** Das sogenannte Napoleonsspiel ist ein durch Verordnung verbotenes Glücksspiel und daher dessen Veranstaltung an einem öffentlichen Orte strafbar. (O.-A.-E. v. 4. Juli 1868. S. w. E. II S. 324.)

VO. v. 20. Januar 1789, die Abschaffung des Glücks- oder Hazardspieles und die darauf gesetzten Strafen betr. (Mayer, Generaliensammlung v. 1797 Bd. V. S. 170.)

VO. v. 7. Juni 1808, die Ausdehnung der Spielverbote auf die Provinz Ansbach betr. (Reg.-Bl. v. 1808 S. 1335.)

nen ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt.[46])

Störung gottesdienstlicher Handlungen.

106. Wer den zur Aufrechthaltung der Ordnung und Fernehaltung von Störungen an religiösen Versammlungsorten oder bei gottesdienstlichen Handlungen einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, wird an Geld bis zu 15 fl. gestraft.

---

[46]) **Zu Art. 105.** Siehe VO. vom 30. Juli 1862, die Feier der Sonn- und Festtage betr.

a. Das Offenhalten der Verkaufsläden der Metzger an einem Festtage kann ungeachtet des Verbots in § 2 der allerhöchsten Verordn. v. 30. Juli 1862, die Feier der Sonn- und Festtage betr., als straflos erkannt werden, wenn es vor Erlassung jener VO. in Uebung gewesen ist und diese Uebung seither mit Wissen der Ortspolizeibehörde fortgedauert hat. (O.-A.-E. v. 30. Sept. 1864. Z. f. G. XI S. 374.)

b. Die besonderen katholischen oder protestantischen Feiertage müssen überall gefeiert werden, wo die Bewohner der betreffenden Confession die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden. (O.-A.-E. v. 2. Dez. 1864. Z. f. G. XI S. 467.)

c. An den Orten mit überwiegend katholischer Bevölkerung dürfen am Festtage des Diözesanpatrons nur jene Arbeiten, welche ohne Nachtheil nicht unterbrochen werden können, in einer Ziegelfabrik betrieben werden. (O.-A.-E. v. 30. März 1865. Z. f. G. XII S. 124.)

d. Düngerfahren in einem katholischen Orte an einem katholischen Feiertag ist strafbar, wenn auch keine Störung des Gottesdienstes eingetreten ist. (O.-A.-E. v. 4. Jan. 1866. Z. f. G. XIII S. 1.)

e. Die Vorschrift des § 82 der II. Verfassungsbeilage gilt im Allgemeinen nur für gemischte Orte.

Gemischte Orte sind nur jene, an denen die Zahl der Einwohner verschiedener Confessionen sich ganz oder doch annähernd die Waage hält. (O.-A.-E. v. 28. Okt. 1867. S. w. E. I S. 420.)

f. Der Wirth kann wegen der in seinem in der Nähe der Kirche gelegenen Wirthshause durch lärmendes Zechen während des Gottesdienstes verübten Störung der Sonntagsfeier nur dann bestraft werden, wenn er an dem lärmenden Zechen selbst Theil genommen oder solches in schuldhafter Weise veranlaßt hat. (O.-A.-E. v. 28. April 1868. S. w. E. II S. 201.) Siehe auch zu Art. 18, Abs. 1.

Vernachlässigung des Schulbesuches.

107. Mit Arrest bis zu 3 Tagen oder an Geld bis zu 10 Gulden werden Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Dienst- und Lehrherren gestraft, welche ohne genügende Entschuldigung beharrlich unterlassen, ihre schulpflichtigen Kinder, Pflegekinder, Mündel, Dienstboten oder Lehrlinge zum Schulbesuche anzuhalten, ohngeachtet sie von der Schulbehörde wegen schuldbarer Schulversäumnisse auf Grund der bestehenden Schulordnung wiederholt mit Geldstrafe belegt und von der Polizeibehörde vor weiteren Schulversäumnissen gewarnt worden sind.

Arrest bis zu 3 Tagen kann auf Antrag der betreffenden Schulbehörde gegen diejenigen erkannt werden, welche aus eigenem Verschulden den Besuch der Sonntagsschule oder während ihrer allgemeinen Sonntagsschulpflicht[47]) den Besuch des öffentlichen Religionsunterrichtes fortgesetzt versäumen und hiewegen von der Polizeibehörde verwarnt worden sind.

Unberechtigte Privatbildungsanstalten, unberechtigter Privatunterricht.

108. An Geld bis zu 50 fl. wird gestraft:

1) wer ohne die nach Verordnung erforderliche polizeiliche Bewilligung eine Erziehungs- oder Unterrichtsanstalt gründet oder leitet;
2) wer ohne polizeiliche Bewilligung Tanzunterricht, an welchem Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichzeitig theilnehmen, oder eine Anstalt für Fecht-, Turn- oder Schwimmunterricht eröffnet.

Zugleich ist in dem Strafurtheile die Schließung solcher Anstalten auszusprechen.

Achtes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Leben und Gesundheit.

Uebertretungen in Bezug auf Leichen.

109. An Geld bis zu 100 fl. oder mit Arrest bis zu 30 Tagen wird gestraft:

1) wer in den Landestheilen diesseits des Rheins vor Ausfertigung des durch oberpolizeiliche Vorschrift angeordneten Todtenscheines, in der Pfalz vor Ausfertigung des gesetzlich erforderlichen Erlaubnißscheines durch den Civilstandsbeamten, eine

---

[47]) **Zu Art. 107.** Siehe die Verordnung vom 31. Dez. 1864, die Sonn- und Feiertagsschulpflicht der Jugend betr. (Reg.-Bl. 1865 S. 6.)

Leiche beerdigt oder beerdigen läßt;

2) wer zu einer Leichenöffnung schreitet, ehe die erste Leichenschau stattgefunden hat und Kennzeichen des erfolgten Todes eingetreten sind.

An Geld bis zu 10 fl. ist zu strafen, wer über die Zeit des eingetretenen Todes bei der Todtenbeschau wissentlich falsche Angaben macht.

110. An Geld bis zu 25 fl. wird gestraft.

1) wer ohne Bewilligung der zuständigen Behörde eine Leiche von dem Sterbeorte an einen anderen als den ordnungsgemäßen Ort der Beerdigung verbringt oder verbringen läßt oder den bei Ertheilung der Bewilligung getroffenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt;

2) wer ohne Bewilligung der zuständigen Behörde eine Leiche an einem anderen Orte als auf einem öffentlichen Kirchhofe oder in einer besonderen gesetzlich zulässigen oder polizeilich genehmigten Gruft oder Begräbnißstätte beerdigt oder beerdigen läßt;

3) wer den Bestimmungen der durch ortspolizeiliche Vorschrift erlassenen Leichenordnung oder den oberpolizeilichen Vorschriften über Zeit, Ort und Art der Beerdigung zuwiderhandelt.

Todtengräber, welche eine solche Uebertretung ausführen oder dazu Beihilfe leisten, oder welche den gesetzlichen Vorschriften oder den ihnen besonders bekannt gemachten Anordnungen der Polizeibehörde über Anlage, Tiefe, Ordnung und Oeffnung der Gräber zuwiderhandeln, sind an Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen zu bestrafen. Bei wiederholtem Rückfalle kann der Polizeirichter aussprechen, daß der Verurtheilte für die Verrichtung eines Todtengräbers nicht mehr verwendet werden darf.

111. Einer Geldstrafe bis zu 10 fl. unterliegt, wer gegen ortspolizeiliches Verbot Leichen öffentlich zur Schau stellt.

Medizinische Pfuscherei.

112. Wer ohne Berechtigung gegen Belohnung oder einem besonderen an ihn erlassenen polizeilichen Verbote zuwider die Heilung einer äußeren oder inneren Krankheit oder eine geburtshilfliche oder thierärztliche Handlung unternimmt[48]), wird

---

[48]) **Zu Art. 112.**

a. Bei der medicinischen Pfuscherei begründet es keinen Unterschied, ob die polizeilichen Verbote vor oder nach dem 1. Juli 1862 ergingen. (O.-A.-E. v. 30. Mai 1863. Z. f. G. X S. 50.)

an Geld bis zu 50 fl., womit im Rückfalle Arrest bis zu 8 Tagen verbunden werden kann, und wenn durch die That Leben oder Gesundheit eines Menschen gefährdet worden ist, mit Arrest bis zu 42 Tagen oder an Geld bis zu 150 fl. gestraft.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn eine solche Handlung in einem Nothfalle vorgenommen worden ist.

Nach den vorstehenden Bestimmungen sind auch berechtigte Medizinalpersonen zu behandeln, wenn sie mit Ueberschreitung ihrer durch Verordnung bestimmten Befugnisse eine der in Absatz 1 bezeichneten Handlungen vornehmen.

Uebertretungen der Medizinal-Personen.

113. Aerzte, Wundärzte, Bader, Hebammen und Thierärzte trifft:

1) Geldstrafe bis zu 25 fl., wenn sie ohne Bewilligung der zuständigen Polizeibehörde den ihnen angewiesenen Wohnsitz verändern;
2) Geldstrafe bis zu 100 fl., wenn sie in dringenden Fällen die angesprochene Hilfe ohne genügende Entschuldigung verweigern.

Uebertretungen in Bezug auf Gift und Arzneimittel.

114. Wer ohne Berechtigung Gift zubereitet, verkauft oder sonst Anderen über-

---

b. Der in den oberstrichterl. Erkenntnissen vom 19. Dez. 1863 und 12. März 1864 (Z. f. G. X S. 1049 u. XI S. 76) ausgesprochene Grundsatz, wonach medicinische Pfuscherei nicht dadurch ausgeschlossen wird, daß die unberechtigt vorgenommene ärztliche Handlung ein prophylactisches Heilverfahren bezweckt, findet keine Anwendung mehr, weil diesen Erkenntnissen der § 3 der VO. vom 21. Juni 1843, die Verhältnisse des untergeordneten ärztlichen und wundärztlichen Personals betr., zu Grunde liegt, woselbst den Badern jede Blutentziehung ohne ärztliche Anordnung unbedingt verboten war. Der § 3 der VO. v. 21. Juni 1843 ist aber nunmehr durch die Bestimmung des § 3 Ziff. 5 der neuen Baderordnung vom 25. Juni 1868 aufgehoben, wonach den Badern Aderlassen, Setzen von Senfteigen, Blasenpflastern, Seidelbast, Blutegeln und Schröpfköpfen bei solchen, welche diese Verrichtungen in prophylaktischer Weise verlangen, gestattet ist.

c. Eine das Gesuch um Bewilligung der Castration von Pferden abweisende Entschließung der Kreisregierung oder des Ministeriums des Innern ist als polizeiliches Verbot zu betrachten. (O.-A.-E. vom 30. September 1864. Z. f. G. XI S. 373.)

läßt, wird neben Konfiskation des Giftes an Geld bis zu 100 fl., womit im Rückfalle Arrest bis zu 14 Tagen verbunden werden kann, gestraft.

Befindet sich Jemand im rechtmäßigen Besitze von Gift, so ist vorstehende Bestimmung nur dann anwendbar, wenn er dasselbe an andere als zu solchem Besitze berechtigte Personen verkauft oder überläßt.

Wer außer dem Falle des Abs. 1 den Verordnungen über Zubereitung, Verarbeitung, Aufbewahrung, Versendung, Verkauf und Verwendung von Giftstoffen zuwiderhandelt, wird an Geld bis zu 150 fl., woneben auf Konfiskation der Giftstoffe erkannt werden kann, gestraft.

Auf welche Stoffe vorstehende Bestimmungen anwendbar sind, ist nach den bestehenden Verordnungen zu bemessen.

115. An Geld bis zu 100 fl., womit im Rückfalle Arrest bis zu 14 Tagen verbunden werden kann, wird gestraft:

1) wer unbefugt oder mit Ueberschreitung seiner Befugnisse Arzneien, deren Verkauf beschränkenden Verordnungen unterliegt, zubereitet, verkauft oder sonst an Andere überläßt[49];
2) wer den Verordnungen über den Verkauf von kosmetischen oder Geheimmitteln zuwiderhandelt[50].

---

[49]) **Zu Art. 115 Abs. 1. Ziff. 1.**

a. Das unbefugte Verabreichen von Arzneimitteln durch Aerzte wird nicht dadurch entschuldigt, daß es unentgeltlich geschieht. (O.-A.-E. v. 3. März 1866. Z. f. G. XIII S. 109.)

b. Eine Eibisch-Salbe gehört nicht zu jenen Arzneien, deren Verbrauch beschränkenden Verordnungen unterliegt. (O.-A.-E. v. 18. Jan. 1868. S. w. E. II S. 34.) VO. v. 15. März 1866, die Berechtigung zur Zubereitung und Abgabe von Arzneien betr. (Reg.-Bl. v. 1866 S. 329.)

[50]) **Zu Art. 115 Abs. 1 Ziff. 2.**

a. Geheimmittel sind alle Heilmittel, deren Zusammensetzung für ein Geheimniß des Feilbietenden ausgegeben wird. (O.-A.-E. v. 5. Aug. 1864. Z. f. G. XI S. 288.) VO. v. 17. Mai 1863, den Verkauf von kosmetischen und Geheimmitteln betr. Siehe auch O.-A.-E. v. 17. Mai 1867. S. w. E. I S. 218.

b. Ein zur Linderung krankhafter Zustände empfohlenes Fabrikat, dessen Bereitung in einer in Bayern erscheinenden wissenschaftlichen Zeitschrift von dem Fabrikanten bekannt gegeben wurde, kann nicht als Geheimmittel betrachtet werden. (O.-A.-E. v. 13. Juni 1868. S. w. E. II S. 274.)

Wer den in der Apothekerordnung oder in sonstigen Verordnungen enthaltenen Vorschriften über Führung, Zubereitung, Aufbewahrung und Verkauf der Arzneien zuwiderhändelt, wird auf Antrag der zuständigen Medicinalbehörde an Geld bis zu 100 fl. gestraft [51]).

Die in Abs. 1 bezeichneten Arzneien, kosmetischen oder Geheimmittel, desgleichen unbrauchbare oder verdorbene Arzneiwaaren, vorschriftswidrige Maße, Gewichte und Waagen, welche in den Geschäftslokalitäten der zum Verkaufe von Arzneien berechtigten Personen gefunden werden, unterliegen der Konfiskation. Die Abgabe von Heilmitteln für Hausthiere an Viehbesitzer oder deren Stellvertreter durch berechtigte Verkäufer ohne thierärztliche Anweisung ist nicht strafbar, insoferne hiebei nicht die durch Verordnung zur Verhütung von Mißbrauch erlassenen Vorschriften übertreten werden.

116. An Geld bis zu 25 fl. wird gestraft, wer in öffentlichen Blättern oder Anschlägen kosmetische Mittel, Geheim- oder andere Heilmittel, deren Verkauf von der zuständigen Behörde nicht erlaubt ist, anzeigt oder bei der Ankündigung solcher Mittel den Bedingungen zuwiderhandelt, unter welchen der Verkauf von der zuständigen Behörde gestattet worden ist [52]).

Gleicher Strafe unterliegt der Redacteur oder, soferne dieser für Ankündigungen nicht verantwortlich ist, der Verleger des öffent-

---

c. (Zu Abs. 1 Ziff. 2 u. Abs. 4.) Ein Apotheker macht sich durch den ohne thierärztliche Anweisung erfolgten Verkauf von Vieh- oder Milchpulver keiner Uebertretung in Bezug auf Arzneimittel schuldig. (O.-A.-E. v. 3. Aug. 1868. S. w. E. II S. 367.) VO. v. 15. März 1866, die Abgabe von Heilmitteln ohne thierärztliche Anweisung betr. § 1.

[51]) **Zu Art. 115 Abs. 2.**

a. Ein Apotheker macht sich durch schuldhafte Verzögerung in der Bereitung bestellter Arzneien einer Uebertretung schuldig. (O.-A.-E. v. 29. Aug. 1863. Z. f. G. X S. 840.) Apothekerordnung vom 27. Januar 1842. § 34. (Reg.-Bl. S. 257.)

b. Ein zur Führung einer Hausapotheke nicht befugter Arzt macht sich durch die Verabreichung einer Eibisch-Salbe einer auf Antrag der zuständigen Medizinalbehörde strafbaren Zuwiderhandlung gegen die Apothekerordnung schuldig. (O.-A.-E. v. 18. Januar 1868. S. w. E. II S. 34.)

[52]) **Zu Art. 116 Abs. 1.** Siehe zu Art. 115, Abs. 1, Ziff. 2 a.

lichen Blattes, welches eine solche Ankündigung aufgenommen hat[53]).

Uebertretungen in Bezug auf Schutzpockenimpfung.

117. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, welche weder ihre impfpflichtigen Kinder, Pflegekinder oder Mündel auf ergangene obrigkeitliche Bekanntmachung zur öffentlichen Impfung und Impfkontrole bringen, noch innerhalb der von der Polizeibehörde festgesetzten Frist die gänzliche oder zeitliche Befreiung der betreffenden Kinder von der Impfpflichtigkeit nachweisen, werden beim ersten Uebertretungsfalle an Geld bis zu 5 fl. und bei fortgesetzter Säumniß an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

118. An Geld bis zu 10 fl. werden Vorsteher von Privatunterrichts- oder Erziehungsanstalten gestraft, welche Kinder aufnehmen, ohne durch vorschriftsmäßige Zeugnisse versichert zu sein, daß dieselben den Verordnungen über die Schutzpockenimpfung Genüge geleistet haben.

Uebertretungen in Bezug auf ansteckende Krankheiten.

119. Familienhäupter und deren Stellvertreter, in deren Wohnung die natürlichen Blattern ausgebrochen sind, und welche nicht innerhalb 12 Stunden, nachdem sie von der Natur der Krankheit Kenntniß erlangt haben, der Polizeibehörde Anzeige machen oder einen zur Praxis berechtigten Arzt zu Hilfe rufen, werden an Geld bis zu 10 Gulden bestraft.

120. Wer wissentlich an einem ansteckenden Uebel leidet und mit Verheimlichung desselben sich als Dienstbote, Amme, Geselle, Gewerbsgehilfe, Lehrling oder Fabrikarbeiter verdingt, desgleichen wer im Dienste von einem solchen Uebel befallen wird und solches der Dienstherrschaft, dem Meister oder dem Fabrikherrn verheimlicht, wird mit Arrest bis zu 8 Tagen oder an Geld bis zu 10 fl. gestraft.

Die Befugniß der Polizeibehörde, die erforderlichen Maßregeln wegen Absonderung und Heilung solcher Personen zu treffen, bleibt vorbehalten.

121. Wer Kleidungsstücke, Leinenzeug, Betten oder andere zur Verbreitung von Ansteckung geeignete Gegenstände, welche von einem an einer ansteckenden Krankheit Leidenden während derselben gebraucht

---

[53]) **Zu Art. 116 Abs. 2.** Für die der Vorschrift des Art. 116 des P.-St.-G.-B. zuwiderlaufenden Ankündigungen ist bei dem Nichtvorhandensein eines hiefür verantwortlichen Redakteurs der Verleger der Zeitung haftbar, wenn er auch zur Zeit der Veröffentlichung dieser Ankündigungen abwesend war und keine Kenntniß von deren Inhalt hatte. (O.-A.-E. v. 23. Mai 1868. S. w. E. II S. 236.)

worden sind, bei polizeilicher Nachfrage verheimlicht oder nicht in der von der Polizeibehörde vorgeschriebenen Weise reinigt oder der polizeilich angeordneten Vernichtung entzieht, desgleichen wer wissentlich solche zur Vernichtung geeignete Gegenstände verkauft, in Umlauf setzt oder an sich bringt, wird an Geld bis zu 50 fl. oder mit Arrest bis zu 14 Tagen gestraft.

Die zur Vernichtung bestimmten Gegenstände werden konfiszirt.

Uebertretungen in Bezug auf Thierkrankheiten und gefallene Thiere.

122. An Geld bis zu 10 fl. wird gestraft, wer Schafe oder andere Hausthiere der zur Verhütung der Schafräude oder sonstiger Viehseuchen oberpolizeilich angeordneten Beschau entzieht oder nicht rechtzeitig unterstellt.

123. An Geld bis zu 25 fl. wird gestraft, wer, nachdem er Kennzeichen einer ansteckenden Krankheit an einem ihm zugehörigen oder seiner Hut oder Aufsicht anvertrauten Thiere wahrgenommen hat, nicht sofort das Thier von Orten, wo die Gefahr der Ansteckung fremder Thiere besteht, ferne hält und der Ortspolizeibehörde Anzeige macht oder einen zur Praxis berechtigten Thierarzt zur Behandlung des erkrankten Thieres beizieht.

Erscheinen an einem Thiere Kennzeichen der Wuth, so muß dasselbe sogleich getödtet oder auf andere Weise unschädlich gemacht werden, widrigenfalls die Eingangs bestimmte Strafe einzutreten hat.

124. Zuwiderhandlungen gegen die oberpolizeilichen Vorschriften über das Wegschaffen, den Transport und das Vergraben gefallener [54]) Thiere, sowie über das Ausgraben verscharrter Thiere und Thierknochen werden an Geld bis zu 10 fl., und wenn dieselben wissentlich in Ansehung eines an einer ansteckenden Krankheit gefallenen oder wegen derselben getödteten Thieres begangen werden, an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

125. Wasenmeister, welche den ihre Verrichtungen betreffenden oberpolizeilichen Vorschriften zuwiderhandeln, unterliegen einer Geldstrafe bis zu 50 fl.

Gemeinschaftliche Bestimmung.

126. Aerzte, Wundärzte und Thierärzte, welche die ihnen nach Verordnung obliegende

---

[54]) **Zu Art. 124.** Die in Beziehung auf gefallene Thiere erlassenen oberpolizeilichen Vorschriften finden auch auf die wegen ihrer Erkrankung getödteten Thiere Anwendung. (O.-A.-E. v. 28. Juni 1867. S. w. E. I. S. 293.)

Anzeige von dem Ausbruche einer ansteckenden Krankheit unter Menschen oder Thieren nicht sofort der Polizeibehörde erstatten, werden an Geld bis zu 50 fl. gestraft [55]).

Uebertretungen in Bezug auf Bad- und Heilanstalten.

127. Wer ohne Genehmigung der zuständigen Behörde eine Privatheil- oder Entbindungsanstalt oder eine Badeanstalt eröffnet oder den bezüglich der Einrichtung und des Betriebes einer solchen Anstalt von der zuständigen Behörde im Interesse der Gesundheitspflege, der Sittlichkeit und der persönlichen Sicherheit festgesetzten Bedingungen zuwiderhandelt, wird an Geld bis zu 100 fl. gestraft.

In dem Straferkenntnisse ist die Schließung solcher nicht genehmigter Anstalten auszusprechen. Im Falle des Zuwiderhandelns gegen die für die Einrichtung und den Betrieb polizeilich festgesetzten Bedingungen kann bis zur Abänderung der ordnungswidrigen Einrichtung oder des ordnungswidrigen Betriebes auf Schließung erkannt werden.

Uebertretung gesundheitspolizeilicher Vorschriften in Fabriken und bei Gewerben.

128. Wer den oberpolizeilichen Vorschriften zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit bei dem Arbeitsbetriebe in Fabriken und bei Gewerben zuwiderhandelt, wird an Geld bis zu 50 fl. gestraft.

129. An Geld bis zu 100 fl. wird gestraft, wer Fabriken oder Werkstätten, welche eine schädliche oder belästigende Ausdünstung verbreiten oder sonst für die Nachbarn oder das Publikum erhebliche Gefahren, Nachtheile oder Belästigungen herbeiführen können, ohne Genehmigung der zuständigen Behörde errichtet oder wesentlich verändert oder den bei Ertheilung dieser Genehmigung bezüglich der Lage, Einrichtung und des Betriebs solcher Fabriken oder Werkstätten erlassenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt.

Das Verzeichniß der unter Abs. 1 begriffenen Fabriken und Werkstätten wird durch Verordnung festgesetzt. [56])

---

[55]) **Zu Art. 126.** Der den Medizinalpersonen auferlegten Verpflichtung, von dem Auftreten ansteckender Krankheiten bei den Polizeibehörden Anzeige zu erstatten, wird durch die dem einschlägigen Bezirksarzte gemachte Anzeige nicht Genüge geleistet. (O.-A.-E. v. 19. Januar 1866. Z. f. G. XIII S. 26.)

[56]) **Zu Art. 129.** VO. v. 16. Mai 1863. Vorsorge gegen Gefahren und Belästigungen bei Errichtung von Fabriken betr. (Reg.-Bl. S. 993.)

Im Strafurtheile ist die Schließung der unbefugt errichteten oder veränderten Fabrik oder Werkstätte auszusprechen. Bei eigenmächtiger Abweichung von den bei Ertheilung der Genehmigung erlassenen polizeilichen Anordnungen kann auf Schließung bis zur Abänderung der vorschriftswidrigen Einrichtung erkannt werden. Ueberdies hat der Polizeirichter auszusprechen, daß die Polizeibehörde befugt ist, die Abänderung, den Abbruch oder die Entfernung der ordnungswidrigen Vorrichtungen zu verfügen.

Uebertretung gesundheitspolizeilicher Vorschriften in Bezug auf Gebäude.

130. Wer den Verordnungen oder ortspolizeilichen Vorschriften über Anlage und Einrichtung von Abtritten, Düng- und Versitzgruben in Wohngebäuden oder in unmittelbarer Nähe von Wohnungen, Brunnen oder Brunnquellen zuwiderhandelt,

---

a. Dieser Artikel kann nur Anwendung finden, wenn die unter Abs. 1 begriffenen Fabriken und Werkstätten durch Verordnung festgesetzt sind. (O.-A.-E. v. 27. März 1863. Z. f. G. X S. 297.)

b. Wer eine früher ohne polizeiliche Genehmigung eröffnete übelriechende Werkstätte, deren Errichtung durch die VO. v. 16. Mai 1863 von polizeilicher Bewilligung abhängig gemacht ist — nunmehr ohne solche im Betriebe erhält, macht sich einer Uebertretung gesundheitspolizeilicher Vorschriften schuldig. (O.-A.-E. v. 29. Dez. 1863. Z. f. G. X S. 1061.)

c. Wer einen vor Erlassung der Verordnung v. 16. Mai 1863 mit obrigkeitlicher Erlaubniß errichteten Kalkofen, dessen Schließung nachmals wegen Verbreitung belästigender und gesundheitsgefährlicher Dämpfe von der Polizeibehörde angeordnet ist, ohne daß hiegegen in dem für Verwaltungsgegenstände angeordneten Instanzenzuge ein Rechtsmittel angewendet wurde — dennoch im Betriebe erhält, verfällt der Strafe wegen Uebertretung in Ansehung gesundheitspolizeilicher Vorschriften. (O.-A.-E. v. 18. Nov. 1864. Z. f. G. XI S. 455.)

d. Auch Feldziegeleien und transportable Ziegelöfen unterliegen den Bestimmungen der VO. v. 16. Mai 1863 und ist ihre Errichtung ohne polizeiliche Genehmigung strafbar. (O.-A.-E. v. 3. März 1865. Z. f. G. XII S. 83.)

e. Wer den Betrieb einer vor dem Erscheinen der VO. vom 18. Mai 1863 errichteten Fabrik der dort bezeichneten Art ohne polizeiliche Bewilligung wesentlich verändert, unterliegt der Strafe wegen Uebertretung gesundheitspolizeilicher Vorschriften. (O.-A.-E. v. 20. Okt. 1866. Z. f. G. XIII S. 560.)

wird an Geld bis zu 25 fl. gestraft. [57])

Gleicher Strafe unterliegt, wer den ortspolizeilichen Vorschriften über das Beziehen neuhergestellter Wohnungen oder Wohnungsräume zuwiderhandelt.

Im Falle des Abs. 1. hat der Polizeirichter zu erkennen, daß die Polizeibehörde berechtigt ist, die Entfernung oder Abänderung der vorschriftswidrigen Vorrichtungen zu verfügen.

Die nach Maßgabe des gegenwärtigen Artikels erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

Uebertretung gesundheitspolizeilicher Vorschriften in Bezug auf Nahrungsmittel und sonstige Gebrauchsgegenstände.

131. An Geld bis zu 25 fl. wird gestraft:

1) wer den ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften über Beschau des zur menschlichen Nahrung bestimmten Viehes vor und nach der Schlachtung zuwiderhandelt;

2) wer andere verkäufliche Nahrungsmittel, Eßwaaren oder Getränke der durch ober- oder ortspolizeiliche Vorschrift angeordneten Beschau entzieht.

Die nach Maßgabe des gegenwärtigen Artikels erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

132. Wer den zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit bei der Zubereitung und Aufbewahrung, dem Ausmessen und Auswägen verkäuflicher Nahrungsmittel, Eßwaaren und Getränke ergangenen ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, desgleichen wer ekelhafte, verdorbene oder der Gesundheit schädliche Gegenstände dieser Art feilbietet oder verkauft,

---

[57]) **Zu Art. 130.**

a. Das Halten einer längst bestehenden offenen Düngerstätte an einer öffentlichen Straße ist nur dann strafbar, wenn sie gegen ein ausdrückliches polizeiliches Verbot verstößt. (O.-A.-E. v. 7. Mai 1864. Z. f. G. XI S. 121.)

b. Ein Bauherr ist bei vorschriftsmäßiger Herstellung eines Bauwerkes nicht dadurch entschuldigt, daß er die Herstellung einem Bautechniker überließ, ohne sich weiter um die Einhaltung der polizeilichen Vorschriften zu kümmern. (O.-A.-E. v. 23. März 1866. Z. f. G. XIII S. 149.)

c. (Zu Abs. 1 u. 3.) Durch ortspolizeiliche Vorschriften kann aus Rücksicht der öffentlichen Reinlichkeit und Gesundheitspflege sowohl die Herstellung neuer als die Veränderung bestehender Einrichtungen vorgeschrieben werden. (O.-A.-E. v. 4. Oktbr. 1867. S. w. E. I. S. 389.)

wird an Geld bis zu 25 fl. gestraft, womit im Rückfalle Arrest bis zu 3 Tagen verbunden werden kann. [58])

An Geld bis zu 10 fl. wird gestraft, wer die ortspolizeilichen Anordnungen über Reinlichkeit in Mühlen, Schlachthäusern, Fleischbänken und auf Märkten übertritt.

Im Strafurtheile ist zugleich die Konfiskation der in Abs. 1. bezeichneten schädlichen Gegenstände auszusprechen.

Für die Landestheile diesseits des Rheines bleiben die bestehenden Bestimmungen über Erzeugung und Verleitgabe von Bier vorbehalten. [59])

133. An Geld bis zu 25 fl., womit im Rückfalle Arrest bis zu 3 Tagen verbunden werden kann, wird gestraft, wer den oberpolizeilichen Vorschriften zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit

1) bei Verfertigung, Aufbewahrung oder Verpackung von Tabak oder bei Verfertigung von Koch-, Eß- oder Trinkgeschirren, Kleidungsstoffen, Kinderspielwaaren, Tapeten oder sonstigen Gegenständen

---

[58]) **Zu Art. 132 Abs. 1.**

a. Beim Verkaufe von gesundheitsschädlichem Bier haben seit 1. Oktober 1865 nur die allgemeinen strafgesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung zu kommen. (O.-A.-E. v. 26. Mai 1866. Z. f. G. XIII S. 330.)

b. Wurde eine als Vergehen strafbare That nur als Uebertretung bestraft, so ist eine nachträgliche Aburtheilung über die außer Berücksichtigung gebliebenen schwereren Eigenschaften der That nicht mehr statthaft (Art. 90 des St.-G.-B.). Deßhalb kann ein Brauer, welcher sauer gewordenes Sommerbier mit ungegohrenem Winterbier vermischt und dieses gesundheitsschädliche Gemisch an die Wirthe zum Ausschenken abgegeben hat, nach erfolgter Bestrafung wegen Verkaufs gesundheitsschädlichen Bieres nicht mehr wegen Betrugs durch Fälschung von Getränken gerichtlich verfolgt werden. (O.-A.-E. v. 13. Aug. 1868. S. w. E. II S. 377.)

[59]) **Zu Art. 132 Abs. 4.** Die Vorschriften älterer Gesetze und Verordnungen über das Verfahren bei Untersuchung schlechtbeschaffenen Bieres sind für die freie Ueberzeugung des Strafrichters nicht maßgebend. (O.-A.-E. v. 20. März 1863. Z. f. G. X S. 287.)

des menschlichen Gebrauches oder[60])

2) beim Anstreichen oder Bemalen von Wohnungsräumen zuwiderhandelt.

Gleicher Strafe unterliegt, wer gegen oberpolizeiliches Verbot solche für die Gesundheit gefährliche Gegenstände feilbietet oder verkauft.

Zugleich kann auf Konfiskation solcher Gegenstände erkannt werden.

134. Die in Gemäßheit der Art. 132 und 133 erkannten Geldstrafen, sowie der Erlös der gemäß dieser Artikel konfiszirten und nicht zur Vernichtung bestimmten Gegenstände fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Betretung.

Unbefugte Errichtung von Schießstätten.

135. Einer Geldstrafe bis zu 25 fl. unterliegt, wer ohne polizeiliche Bewilligung eine Schießstätte errichtet oder den hiebei von der Polizeibehörde ertheilten Anordnungen zuwiderhandelt.

Verbotenes Baden und Betreten einer Eisdecke.

136. An Geld bis zu 3 fl. wird gestraft, wer an einem durch ortspolizeiliche Vorschrift verbotenen Orte badet oder gegen ortspolizeiliches Verbot sich auf eine Eisdecke begibt.

Vernachlässigung der Aufsicht auf Blödsinnige und Geisteskranke.

137. Wer mit Gefahr für Personen oder Eigenthum oder für die öffentliche Sittlichkeit Blödsinnige oder Geisteskranke, deren Aufsicht ihm obliegt, frei auf Straßen oder an öffentlichen Orten herumgehen läßt, wird an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

Hat eine solche Person einen Angriff gegen Personen oder fremdes Eigenthum verübt und ist wegen Unzurechnungsfähigkeit des Beschuldigten ein freisprechendes oder ein das Strafverfahren einstellendes Erkenntniß erfolgt, so ist die Polizeibehörde berechtigt, auf den Grund gerichtsärztlichen Gutachtens deren Unterbringung in einer Irrenanstalt oder deren sonstige genügende Verwahrung anzuordnen.

Vernachlässigung der schuldigen Pflege.

138. Wer ihm angehörige oder anvertraute Kinder, Kranke, Gebrechliche, Blödsinnige oder andere dergleichen hilflose Personen in Bezug auf

60) **Zu Art. 133 Abs. 1.** Der Verkäufer von Waaren in arsenikfarbigen Hüllen ist nur bei der Feststellung strafbar, daß er die giftige Eigenschaft dieser Hüllen gekannt oder nur in Folge seiner Fahrlässigkeit nicht gekannt habe. (O.-A.-E. v. 26. Nov. 1866. Z. f. G. XIII S. 599.)

Schutz, Aufsicht, Verpflegung oder ärztlichen Beistand in einer öffentlichen Aergerniß erregenden Weise verwahrlost, wird auf Antrag der betreffenden Gemeindeverwaltung an Geld bis zu 50 fl. oder mit Arrest bis zu 14 Tagen gestraft.

Trunkenheit bei gefährlichen Verrichtungen.

139. Wer bei Verrichtungen, welche zur Verhütung von Gefahr für Leben und Gesundheit Dritter besondere Vorsicht erfordern, sich betrinkt, wer betrunken solche Verrichtungen außer Nothfällen vornimmt, wird an Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen gestraft.

Uebertretungen in Ansehung der Aufsicht auf Thiere.

140. An Geld bis zu 25 fl. wird gestraft, wer ohne polizeiliche Bewilligung gefährliche wilde Thiere hält, wer bezüglich derselben die zur Verhütung von Beschädigungen ihm polizeilich aufgetragenen oder sonst erforderlichen Maßregeln vernachlässigt oder nicht augenblicklich der Polizeibehörde Anzeige erstattet, sobald ihm ein solches Thier aus der Verwahrung entkommen ist.

Die Polizeibehörde ist befugt, die Thiere, rücksichtlich welcher die Uebertretung begangen worden ist, tödten zu lassen.

Ein ausgebrochenes Thier solcher Art darf von Jedermann getödtet werden.

141. Wer in Ansehung ihm angehöriger zahmer Thiere, welche besondere bösartige Eigenschaften haben oder sonst Schaden verursachen können, die zur Verhütung von Beschädigungen von Personen oder fremden Sachen erforderlichen Vorsichtsmaßregeln nicht anwendet, wird an Geld bis zu 10 fl. gestraft[61]).

142. An Geld bis zu 10 fl. wird gestraft:

1) wer Hunde der durch ober- oder ortspolizeiliche Vorschrift angeordneten und öffentlich bekannt gemachten Visitation entzieht oder nicht rechtzeitig unterstellt oder die von der Ortspolizeibehörde vorgeschriebenen Zeichen für dieselben nicht löst;
2) wer Hunde in Kirchen oder zu Pferderennen mitnimmt;
3) wer gegen ortspolizeiliches Verbot Hunde auf Leichenhöfe, in öffentliche Wirthschaftslokale, in Theater, Fleischbänke, auf Märkte oder zu öffentlichen Feierlichkeiten mitnimmt, solche während der Nachtzeit auf

---

[61]) **Zu Art. 141.** Familienväter sind verpflichtet, gegen Beschädigungen durch ihre Hausthiere auch während eigener Abwesenheit Vorsorge zu treffen. (O.-A.-E. v. 20. Mai 1865. St.-Z. IV. S. 267.)

öffentlichen Straßen frei herumlaufen läßt, läufige Hündinnen nicht gehörig verwahrt oder freilaufende Hunde größerer Gattungen nicht mit einem wohlbefestigten Maulkorbe versieht.

Unabhängig von der Strafverfolgung steht der Polizeibehörde die Befugniß zu, die ohne vorgeschriebenes Zeichen oder gegen Verbot frei oder ohne Maulkorb herumlaufenden Hunde einfangen und nach Ablauf eines festgesetzten und öffentlich bekannt gemachten Zeitraumes tödten zu lassen, wenn sich der Besitzer innerhalb dieses Zeitraumes nicht gemeldet hat.

Zuwiderhandlungen gegen die oberpolizeilichen Vorschriften, welche gegen den Ausbruch oder die Verbreitung der Wuthkrankheit unter den Hunden gerichtet sind und aus Anlaß vorkommender wuthkranker oder wuthverdächtiger Hunde besonders bekannt gemacht oder den Hundebesitzern eröffnet worden sind, unterliegen einer Geldstrafe bis zu 100 fl. oder einer Arreststrafe bis zu 30 Tagen.

Die nach Maßgabe des gegenwärtigen Artikels erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

143. Wer an Orten, wo Personen oder fremdes Eigenthum beschädigt werden können, Thiere geflissentlich reizt, scheu oder wild macht, wer Hunde auf Personen oder mißbräuchlich auf Thiere hetzt, wer seinen Hund vom Angriffe auf Personen oder Thiere nicht zurückhält, wird an Geld bis zu 50 fl. oder mit Arrest bis zu 14 Tagen gestraft.

Uebertretungen in Bezug auf Reiten und Fahren.

144. An Geld bis zu 25 fl. oder mit Arrest bis zu 8 Tagen wird gestraft:

1) wer durch schnelles oder unbehutsames Reiten oder Fahren Menschen oder fremdes Eigenthum in Gefahr setzt;[62])
2) wer auf öffentlichen Straßen oder Plätzen der Ortschaften mit gemeiner Gefahr Pferde zureitet oder einfährt;
3) wer auf öffentlichen Straßen oder Wegen das Vorbeifahren Anderer muthwillig verhindert.

Derselben Strafe unterliegt der Dienstherr, welcher die Uebertretung vorstehender Bestimmungen von Seite seiner Kutscher oder Diener wahrnimmt, ohne dieselbe zu verbieten.

---

[62]) **Zu Art. 144 Nr. 1.** Eine Uebertretung in Bezug auf Fahren kann auch dann begangen werden, wenn das Fuhrwerk nur durch Menschenhände fortbewegt wird. (O.-A.-E. v. 8. Juli 1865 Z. f. G. XII S. 330.)

145. An Geld bis zu 10 fl. wird gestraft:

1) wer auf Brücken, die ganz oder theilweise aus Holz oder Eisen hergestellt sind, anders als im Schritte fährt oder reitet;

2) wer den ortspolizeilichen Fahrordnungen oder sonstigen ortspolizeilichen Vorschriften über das Reiten und Fahren im Innern der Ortschaften zuwiderhandelt;

3) wer den oberpolizeilichen Vorschriften über das Ausweichen der Reiter, Fuhrwerke und Viehheerden auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen zuwiderhandelt;

4) wer den oberpolizeilichen Vorschriften über die Art der Bespannung und den Gebrauch bestimmter Fuhrwerke zuwiderhandelt;

5) wer ohne Bewilligung der zuständigen Behörde auf öffentlichen Straßen oder Wegen mit mehreren an einander gehängten Wägen fährt, wobei jedoch bei landwirthschaftlichen Fuhrwerken das Aneinanderhängen zweier Wägen gestattet ist;

6) wer — mit Ausnahme von Nothfällen und insoweit durch oberpolizeiliche Vorschriften für bestimmte Gegenden eine Ausnahme nicht zugelassen ist, — auf öffentlichen Straßen oder Wegen mehr als zwei Schlitten an dem Haupt- oder Vorschlitten anbringt oder nicht jeden angebrachten Schlitten so befestigt, daß derselbe das Geleise des vorhergehenden Schlittens einhalten muß;

7) wer bei dem Bergabfahren an jenen Stellen, wo solches durch obrigkeitlichen Anschlag geboten ist, sein Fuhrwerk durch Einlegung des Radschuhes, durch Anwendung von Radschleifsperren oder Bremsvorrichtungen und bei Glatteis durch Anbringung von Eisketten zu hemmen unterläßt;

8) wer bei übernommener Leitung eines Fuhrwerkes sich durch Schlafen oder sonstiges Verschulden in eine Lage gebracht hat, daß er sein Gespann nicht mehr gehörig zu leiten im Stande ist;

9) wer Reitpferde oder Gespann an bewohnten oder besuchten Orten, auf öffentlichen Straßen oder Plätzen ohne Aufsicht oder mit Vernachlässigung der erforderlichen Sicherheitsmaßregeln sich selbst überläßt;

10) wer scheue oder mit gefährlichen Fehlern behaftete Pferde mit Kenntniß dieses Umstandes einem Anderen ohne Warnung und Belehrung zum Gebrauche überläßt oder an bestellte Fuhren spannt.

In den Fällen der Ziff. 4. bis 6. kann der Eigenthümer des Fuhrwerkes für die von seinen Dienstboten, Kindern oder sonstigen unselbstständigen Hausgenossen verwirkten Geldstrafen haftbar gemacht werden.

Sonstige Gefährdungen.

146. An Geld bis zu 10 fl. wird gestraft, wer mit Gefahr für Personen oder fremdes Eigenthum Gegenstände auf Straßen, öffentliche Plätze, in Höfe oder andere geschlossene Räume, auf fremde Grundstücke oder unter Menschen wirft oder von Gebäuden herabfallen läßt, wer Sachen auf eine Weise ausgießt, daß dadurch die Vorübergehenden beschädigt oder verunreinigt werden können, und wer Gegenstände, durch deren Umsturz oder Fall Personen auf öffentlicher Straße oder an anderen von Menschen besuchten Orten beschädigt werden können, ohne gehörige Befestigung aufstellt oder aufhängt.

Kann der Thäter nicht ermittelt werden, so haftet der Inhaber des Gebäudetheiles, woselbst die Uebertretung verübt worden ist, für die Strafe, wenn er nicht nachweist, daß er die Uebertretung nicht zu verhindern vermochte.

147. An Geld bis zu 25 fl. wird gestraft:

1) wer gegen die ihm besonders eröffnete Anordnung der Polizeibehörde verabsäumt, in seinem Eigenthume befindliche Abhänge, Abgründe oder andere gefährliche Stellen an Orten, welche häufig von Menschen betreten werden, mit festen Geländern oder anderen zureichenden Sicherungsmitteln zu umgeben;

2) wer ohne vorgängige Anzeige bei der Polizeibehörde Steinbrüche, Lehm-, Sand-, Kies-, Mergel- oder sonstige durch ihre Tiefe für Vorübergehende Gefahr verursachende Gruben an Straßen oder gemeinzugänglichen Orten anlegt, wer alte Brüche oder Gruben der bezeichneten Art wieder eröffnet und wer den Anordnungen zuwiderhandelt, welche von der Polizeibehörde zur Verhütung von Unglücksfällen über Entfernung solcher Anlagen an Straßen und Wohngebäuden, über deren Einfriedung und die Art und Weise ihres Betriebs erlassen worden sind;

3) wer Brunnen, Zisternen, Kellerzugänge, Lehm-, Kalk-, Abtrittgruben, Jauchenbehälter oder andere gefährliche Vertiefungen an gemeinzugänglichen Orten, in Häusern, Hofräumen oder Hausgärten nicht gehörig bedeckt, umfriedet oder verwahrt hält;

4) wer Fallthüren an gemeinzugänglichen Orten ohne die gehörigen Vorsichtsmaßregeln offen stehen läßt.

Die nach Maßgabe des gegenwärtigen Artikels erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

148. Wer ohne Beobachtung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln mit Gefahr für Personen oder fremdes Eigenthum Sprengungen durch explodirende

Stoffe vornimmt, wird an Geld bis zu 25 fl. gestraft.

149. Wer ohne Bewilligung der Polizeibehörde oder ohne Beachtung der von derselben angeordneten Vorsichtsmaßregeln Selbstgeschosse, Schlageisen oder Fußangeln an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten legt oder ohne Wissen und Willen des Besitzers in fremdem Eigenthume anbringt, wird an Geld bis zu 50 fl., in schweren Fällen mit Arrest bis zu 30 Tagen gestraft.

150. Mit Arrest bis zu 14 Tagen oder an Geld bis zu 50 fl. wird gestraft, wer vorsätzlich und unbefugt:

1) die zur Verhütung von Unglücksfällen angebrachten Schutzmittel, Sperrungs- oder Warnungszeichen entfernt oder für ihren Zweck unbrauchbar macht, oder
2) die zur öffentlichen Beleuchtung bestimmten Laternen von ihrer Stelle entfernt oder auslöscht, oder
3) die zur Hilfe bei öffentlichen Nothfällen bestimmten Geräthschaften entfernt, für ihren Zweck unbrauchbar macht oder deren Gebrauch verhindert.

Wer Gegenstände der in Ziff. 1 bis 3 bezeichneten Art aus Fahrlässigkeit beschädigt oder für ihren Zweck unbrauchbar gemacht hat und nicht sofort für angemessene Wiederherstellung Sorge trägt, wird an Geld bis zu 10 fl. gestraft.

Uebertretungen in Bezug auf Maschinen.

151. Wer den Verordnungen über Prüfung, Aufstellung und Gebrauch von Dampf- und anderen sicherheitsgefährlichen Maschinen und dazu gehörigen Vorrichtungen und Leitungsröhren zuwiderhandelt, wird an Geld bis zu 150 fl. gestraft.

Uebertretungen in Bezug auf Eisenbahnen und Dampfschiffe.

152. An Geld bis zu 50 fl. oder mit Arrest bis zu 14 Tagen wird gestraft, wer den oberpolizeilichen Vorschriften [63])

---

[63]) **Zu Art. 152.**

a. Wenn oberpolizeiliche Vorschriften zur Aufrechthaltung der Ordnung auf der Eisenbahn und den Bahnhöfen zu ihrer Anwendung im Einzelnen besondere im Ermessen der Vollzugsbehörden liegende Anordnungen voraussetzen, so stehen auch diese unter dem Schutze der oberpolizeilichen Vorschriften. Deßhalb ist die Zuwiderhandlung gegen ein von der k. Post- und Bahnbehörde erlassenes Verbot, den Wartsaal eines Bahnhofgebäudes ohne giltiges Fahrbillet zu betreten, als Uebertretung strafbar. (O.-A.-E. v. 1. Aug. 1864. Z. f. G. XI S. 275.) VO. v. 8. März 1863,

über Schutz der Eisenbahnen und des Eisenbahnbetriebes zuwiderhandelt, insbesondere:

1) wer die Bahn an anderen als an Uebergangsstellen oder eher, als die Schranken von den Bahnbediensteten geöffnet worden sind, als Fußgänger, Reiter oder mit Wägen oder Schubkarren überschreitet;

2) wer sonst die Bahn oder die dazu gehörigen Gräben, Böschungen, Dämme, Brücken oder Tunnels oder das dazu gehörige und mit Steinen abgegränzte Vorland unbefugt an verbotenen Stellen oder gegen ausdrückliches Verbot eines Bahnbediensteten betritt, wer daselbst reitet, mit Wägen oder Schubkarren fährt, Vieh treibt oder Gegenstände, wenn auch nur für kurze Zeit, niederlegt;

3) wer an den erlaubten Uebergängen Vieh anders als mit fliegender Geißel über die Bahn treibt oder mit Wägen anders als im Schritte und ohne Anhalten darüberfährt;

4) wer als Reiter oder mit Fuhrwerk, Lastthieren oder Viehheerden bei gesperrten Schranken ankommt und von denselben bis zu deren Oeffnung durch einen Bahnbediensteten nicht mindestens 20 Schritte sich entfernt hält;

5) wer in dem Falle, daß zwei oder mehrere Fuhrwerke gleichzeitig an einer Uebergangsstelle ankommen oder sich begegnen, der Bestimmung des Bahnbediensteten über die Reihenfolge der Ueberschreitung der Bahn sich nicht fügt;

6) wer geschlossene Schranken eigenmächtig öffnet, unbefugt Wächterhütten oder Einfriedungen der Bahn oder der Stationshöfe besteigt, Einfriedungen oder sonstige Verschlußanstalten übersteigt oder unter dergleichen Absperrungen durchschlüpft.

Uebertretungen der oberpolizeilichen Vorschriften über Aufrechthaltung der Ordnung auf der Bahn, in den Bahnhöfen und auf Dampfschiffen unterliegen einer Geldstrafe bis zu 10 fl.

---

den Schutz und die Aufrechthaltung der Ordnung des Eisenbahnbetriebs betr. (Reg.-Bl. S. 373.)

b. Wegen Betretens eines als Wirthschaftslokalität verwendeten und dem Publikum allgemein zugänglichen Wartsaales eines Eisenbahnhofes kann eine einzelne Person nicht gestraft werden. VO. v. 8. März 1863. § 8. (O.-A.-E. v. 30. Okt. 1867. S. w. E. I S. 439.)

Neuntes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Straßen-, Reinlichkeits- und Wasser-Polizei.

Uebertretung straßenpolizeilicher Vorschriften.

153. An Geld bis zu zehn Gulden wird gestraft, wer außer Nothfällen auf öffentlichen Plätzen, Straßen oder Wegen Fuhrwerke, Bau- oder Arbeitsstoffe, Geräthe, Waaren, Schutt, Dünger oder andere den Verkehr störende Gegenstände aufstellt oder niederlegt oder daselbst Buden errichtet, Gruben oder andere Vertiefungen oder sonstige den Verkehr störende Vorrichtungen anbringt, ohne daß er hiezu die polizeiliche Bewilligung erlangt hat und ohne daß eine solche im Allgemeinen für Vornahme derartiger Handlungen unter gewissen Voraussetzungen ertheilt ist.[64])

Gleicher Strafe unterliegt, wer den bei Ertheilung der Bewilligung ergangenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt.

Werden solche Handlungen zur Zeit der Dunkelheit vorgenommen, oder werden Gegenstände, welche mit polizeilicher Bewilligung auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen über Nacht stehen oder liegen bleiben und woran die Vorübergehenden Schaden nehmen

---

[64]) **Zu Art. 153.**

a. Die Thatsache, daß ein Wagen ohne polizeiliche Bewilligung auf einer öffentlichen Straße stehen geblieben ist, genügt zur Strafbarkeit, ohne daß es einer Feststellung bedarf, daß hiedurch eine Störung des Verkehrs hätte veranlaßt werden können. Der Art. 153 setzt also nicht voraus, daß eine wirkliche Störung des Verkehrs stattgefunden habe. (O.-A.-E. v. 7. Mai 1864. Z. f. G. XI S. 119.)

b. Die Strafbarkeit der Anlage einer den Verkehr störenden baulichen Vorrichtung auf öffentlicher Straße wird nicht dadurch beseitigt, daß der Baupolizeibehörde der Bauplan vorgelegt worden war. (O.-A.-E. v. 30. Sept. 1864. St. Z. IV 26.)

c. (Abs. 1.) Wenn ein Weg von der zuständigen Administrativbehörde rechtskräftig als ein öffentlicher erklärt ist, darf der Strafrichter nicht untersuchen, ob dieser Ausspruch gerechtfertigt war. (O.-A.-E. v. 18. Nov. 1865. Z. f. G. XII S. 546.)

d. Die ohne polizeiliche Bewilligung erfolgte Anlegung einer Rinne auf einem öffentlichen Weg zum Zwecke der Ableitung des sich auf den Feldern sammelnden Wassers ist auch dann strafbar, wenn hiedurch der Verkehr auf dem fraglichen Wege nicht aufgehoben, sondern blos beeinträchtigt wird. (O.-A.-E. v. 29. Febr. 1868. S. w. E. II S. 114.)

können, oder die an solchen Orten angebrachten Vertiefungen nicht nach Anordnung der Polizeibehörde geordnet, verwahrt und beleuchtet, so tritt Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden ein.

Bleiben gegen vorstehende Bestimmungen Wägen von Reisenden oder fremden Fuhrleuten auf öffentlichen Plätzen, Straßen oder Wegen stehen, so trifft die Strafe die Wirthe, bei welchen die Reisenden eingekehrt sind oder die Fuhrleute eingestellt haben.

Die in Abs. 1 vorgesehene Ausnahmsbewilligung ist, wenn es sich um Vornahme solcher Handlungen auf einer Staats- oder Distriktsstraße handelt, von der Distriktspolizeibehörde, außerdem sowie in dringenden Fällen von der betreffenden Ortspolizeibehörde zu ertheilen.

154. Wer ungeachtet polizeilicher Aufforderung die ihm obliegende Verpflichtung vernachlässigt, Wege, Brücken und Stege, welche dem öffentlichen Verkehre gewidmet sind, oder die zur Verhütung von Unglücksfällen erforderlichen Geländer und sonstigen Sicherungsmittel an solchen Wegen, Brücken und Stegen in sicherem Zustande zu erhalten, und wer bei eingetretenen Beschädigungen solcher Wege, Brücken und Stege oder bei Hemmungen des Verkehres auf denselben es unterläßt, die von der Polizeibehörde angeordneten oder sonst nöthigen Warnungs- und Leitungszeichen auszustecken, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft. [65])

155. Uebertretungen des Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Einrichtung des die Kunststraßen befahrenden Fuhrwerkes betr., und des durch den Landtags-Abschied vom 1. Juli 1856 Abschnitt III. § 33. verkündeten Zusatzes werden nach den Bestimmungen des genannten Gesetzes gestraft.

156. An Geld bis zu zehn Gulden wird gestraft, wer außer Nothfällen:

1) Straßen oder Wegstrecken benützt, welche von der zuständigen Behörde durch aufgeworfene Gräben, aufge-

---

[65]) **Zu Art. 154.**

a. Hienach ist ein Gemeindevorsteher strafbar, welcher unterläßt, einen an die Gemeindeverwaltung ergangenen bezirksamtlichen Auftrag zur Erhaltung eines Weges zu vollziehen. (O.-A.-E. v. 25. Juli 1863. Z. f. G. X S. 809.)

b) Die Magistrate der kleineren Städte und Märkte sind zuständig, die in diesem Artikel vorgesehenen polizeilichen Aufforderungen zu erlassen, wenn sie eine entsprechende Anweisung der Distriktspolizeibehörde zur Herstellung der Wege, Brücken u. s. w. erhalten haben. (O.-A.-E. v. 17. Febr. 1866. Z. f. G. XIII S. 79.)

stellte Tafeln oder sonstige Zeichen als gesperrt oder verboten erklärt sind, oder

2) auf den abgegrenzten Fußbänken öffentlicher Straßen, auf den Trottoirs der Straßen in Städten, Märkten oder Dörfern oder auf Fußwegen, auf welchen solches durch ortspolizeiliche Anordnung verboten ist, reitet, fährt oder größere Lasten fortbewegt, oder

3) in den Gräben öffentlicher Straßen reitet oder fährt, oder

4) in den Gräben, auf den Böschungen oder Dämmen einer Staats-, Distrikts- oder kunstmäßig gebauten Gemeindestraße Vieh treibt [66]) oder absichtlich weiden läßt, insoferne nicht von Seite der Oberpolizei Ausnahmen zugelassen sind.

Wer Vieh über die Straße und deren Zugehörungen treibt, um auf Grundstücke zu gelangen, auf welchen er Trieb- oder Weiderecht hat und bei welchen besondere Uebergänge nicht vorhanden sind, unterliegt keiner Strafe.

Obige Strafe wird auch dann verwirkt, wenn die in Ziff. 2. bis 4. bezeichneten Handlungen außer Nothfällen gegen Verbot des Berechtigten auf einer kunstmäßig gebauten Privatstraße verübt werden.

157. An Geld bis zu fünfzehn Gulden wird gestraft, wer außer Nothfällen Baumstämme, geladene Faschinen oder andere zur Beschädigung des Straßenkörpers geeignete Gegenstände auf Staats- oder Distriktsstraßen gegen oberpolizeiliches, auf Gemeindewegen gegen ortspolizeiliches Verbot schleift.

158. Wer außer den im gegenwärtigen Gesetzbuche besonders vorgesehenen Fällen den Anordnungen zuwiderhandelt, welche über die Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen, Brücken, Stegen und in öffentlichen Anlagen, sowie zur Sicherstellung derselben gegen Beschädigungen durch polizeiliche Vorschriften erlassen sind, wird an Geld bis zu zehn Gulden gestraft. [67])

---

[66]) **Zu Art. 156. Ziff. 4.** Das Treiben und Lagernlassen von Vieh auf kunstmäßig gebauten Gemeindestraßen ist nicht strafbar. (O.-A.-E. v. 3. Dez. 1864. St. Z. IV 91.)

[67]) **Zu Art. 158.**

a. Wer wegen einer den Verkehr auf einer öffentlichen Straße ordnungswidrig beschränkenden Vorrichtung einmal bestraft worden ist, kann wegen unterlassener Beseitigung dieser Vorrichtung nicht noch einmal in eine Strafe verurtheilt werden. (O.-A.-E. v. 30. Sept. 1864. Z. f. G. XI. S. 378.) S. zu Art. 28.

Diese Anordnungen werden in Bezug auf Staatsstraßen und deren Zugehörungen durch oberpolizeiliche, in Bezug auf Distriktsstraßen und deren Zugehörungen durch distriktspolizeiliche, in den übrigen Fällen durch ortspolizeiliche Vorschriften erlassen.

159. Die auf Grund der Art. 153., 154., 156., 157. und 158. erkannten Geldstrafen werden zur Bildung eines Unterstützungsfondes für das zur Beaufsichtigung der Staats- und Distriktsstraßen verpflichtete Unterpersonal verwendet, wenn die Uebertretung in Bezug auf eine Staats- oder Distriktsstraße oder deren Zugehörungen verübt worden ist; in den übrigen Fällen fließen sie zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

Uebertretungen in Bezug auf öffentliche Reinlichkeit.

160. Wer das zum Genusse für Menschen oder Thiere bestimmte Wasser in Brunnen, Zisternen, Leitungen oder in zum öffentlichen Gebrauche bestimmten Quellen oder Bächen unbefugt verunreinigt oder verdirbt, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis acht Tagen gestraft.[68])

---

b. Wenn ortspolizeiliche Vorschriften über Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs keinen Termin festsetzen, innerhalb dessen ihren Anordnungen nachzukommen ist, so sind sie sofort zu befolgen, wenn keine äußeren Hindernisse entgegentreten. (O.-A.-E. v. 3. Dez. 1864. Z. f. G. XI S. 472.)

c. In München haben die Hausbesitzer die vor ihren Häusern befindlichen Trottoirs pflastern zu lassen, wenn entweder die Straße gepflastert oder auch nur mit einem Abzugskanal versehen ist. (O.-A.-E. v. 17. Febr. 1866. Z. f. G. XIII S. 74.)

d. Münchner Hausbesitzer sind gehalten, ihre an gepflasterten oder mit Abzugskanälen versehenen Straßen liegenden Trottoirs pflastern und bei Bedarf diese Pflasterung erweitern zu lassen und hat die Bestimmung der Höhe und Breite der Pflasterung erst bei Beginn der Arbeit durch das städtische Bauamt zu erfolgen. (O.-A.-E. v. 24. März 1866. St. Z. 258.)

e. Durch ortspolizeiliche Vorschrift kann zur Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf einer öffentlichen Straße die Abänderung der nach außen sich öffnenden Scheunenthore angeordnet werden. (O.-A.-E. v. 30. Okt. 1867 S. 436.)

[68]) **Zu Art. 160.** Wer das aus einer Fabrik abfließende unreine Wasser der erlangten Bewilligung der Verwaltungsbehörde entsprechend in einen Bach ableitet, kann nicht wegen Verunreinigung des Wassers bestraft werden. (O.-A.-E. v. 30. Januar 1863. Z. f. G. X S. 55.)

161. An Geld bis zu zehn Gulden wird gestraft, wer Unrath, Bauschutt, Schnee oder Eis an anderen als den von der Ortspolizeibehörde hiefür bestimmten Plätzen, und wer solche Gegenstände an fremde Gebäude, in oder auf solche oder auf fremde Grundstücke unbefugt ableert.

Gleicher Strafe unterliegt, wer den ortspolizeilichen Vorschriften über öffentliche Reinlichkeit in Städten, Märkten und Dörfern zuwiderhandelt.[69])

162. Wer öffentliche Denkmale, Statuen, Gemälde oder andere öffentliche aufgestellte Kunstgegenstände, wer öffentliche Spaziergänge oder Anlagen, Friedhöfe, Stadtthore, öffentliche oder Privatgebäude, öffentliche Brunnen, Wasserleitungen, im Freien befindliche und für den öffentlichen Gebrauch bestimmte Sitzbänke, Tische oder dergleichen Gegenstände aus Bosheit oder Muthwillen besudelt, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis zu acht Tagen, dessen Schärfung zulässig ist, gestraft.

163. Die nach Maßgabe der Art. 160 — 162. erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

Uebertretung wasserpolizeilicher Bestimmungen.

164. Uebertretungen der Gesetze vom 28. Mai 1852 über die Benützung des Wassers, dann über den Uferschutz und den Schutz gegen Ueberschwemmungen, sowie der

---

69) **Zu Art. 161 Abs. 2.**

a. Die Ortspolizei ist befugt, zu bestimmen, wer den polizeilichen Anordnungen wegen Straßenreinigung nachzukommen habe, und kann die Verpflichtung eines hiedurch belasteten Besitzers nicht bis zum Austrag civilrechtlicher Ansprüche desselben gegen Dritte suspendirt bleiben. (O.-A.-E. v. 6. Nov. 1863 u. v. 24. Dez. 1863. Z. f. G. X S. 976 u. S. 1055.)

b. Die ortspolizeiliche Vorschrift in München, wonach Hauseigenthümer an canalisirten Straßen Abzugskanäle für das Abwasser bis in den Hauptkanal herzustellen und die bisherigen Versitzgruben auszufüllen haben, steht mit dem Gesetze nicht in Widerspruch und war zu ihrer Erlassung die Polizei-Direktion zuständig. (O.-A.-E. v. 12. Mai 1866. Z. f. G. XIII S. 306.)

c. Wegen Ueberschreitung eines ortspolizeilichen Verbots, Jauche auf die öffentliche Straße ablaufen zu lassen, kann nur derjenige Anwesensbesitzer bestraft werden, aus dessen Besitzthum sich die Jauche unmittelbar auf die Straße ergießt. (O.-A.-E. v. 17. Aug. 1866. Z. f. G. XIII S. 510.)

auf Grund dieser Gesetze erlassenen Verordnungen und polizeilichen Vorschriften werden nach Maßgabe dieser Gesetze [70]),

---

[70]) **Zu Art. 164.** Die Uebertretung der wasserpolizeilichen Bestimmungen richtet sich nach Art. 96—101 des Wassergesetzes vom 28. Mai 1852, die namentlich die ungehörige Benützung öffentlicher, d. i. zur Schifffahrt oder Floßfahrt mit gebundenen Flößen bestimmter Gewässer behandeln, dann nach Art. 20 u. folg. des Uferschutzgesetzes vom 28. Mai 1852.

Die erwähnten Bestimmungen lauten:

Art. 96. In eine Geldstrafe bis zu 10 fl. verfällt:

1) wer in öffentlichen Gewässern an andern, als den von der Polizeibehörde bestimmten Orten Vieh tränkt oder schwemmt;

2) wer ohne Erlaubniß oder an andern, als den hiezu bezeichneten Plätzen aus dem Bette öffentlicher Flüsse Steine, Sand, Schlamm, Erde oder Pflanzen abführt.

Art. 97. Mit einer Geldstrafe bis zu fünfzig Gulden oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen ist zu belegen:

1) wer ohne Erlaubniß der Verwaltungsbehörde innerhalb des Ueberschwemmungsgebietes eines öffentlichen Flusses Dämme oder ähnliche Anlagen, welche auf den Lauf des Wassers oder die Höhe des Wasserstandes Einfluß haben können, Triebwerke, Wasserleitungen, Abzugsgräben, Schöpfwerke, Bade- oder Waschhäuser oder sonstige den freien Wasserlauf störende Anlagen errichtet, abändert oder das bei der Ertheilung der Erlaubniß von der Verwaltungsbehörde bestimmte Maß überschreitet;

2) wer Brücken, Stege oder Ueberfahrtsanstalten über öffentliche Flüsse mittelst Fähren oder Nähen (Prahmen) oder fliegender Brücken ohne Bewilligung der Kreisregierung, oder in anderer, als der bei der Bewilligung bestimmten Weise errichtet oder abändert;

3) wer an dem Ufer öffentlicher Flüsse Anlagen macht, welche den freien Lauf oder den gemeinen Gebrauch des Flusses hindern;

4) wer die von der Verwaltungsbehörde zur Bestimmung der Uferlinie angebrachten Zeichen absichtlich entfernt, abändert oder beschädiget;

5) wer das Wasser eines Privatflusses oder Baches zum Betriebe von Gerbereien, chemischen Fabriken, Bleichen, zu Flachs- und Hanfrösten, oder zu andern Bestimmungen, durch welche die Eigenschaften des Wassers auf schädliche Art verändert werden, ohne besondere Bewilligung der Verwaltungsbehörde benützt oder den bei der Bewilligung ihm auferlegten Beschränkungen zuwiderhandelt.

Verordnungen und Vorschriften gestraft [71]).

165. Die Uebertretung der verordnungsmäßigen Be-

Art. 98. Einer Geldstrafe bis zu 100 Gulden oder einer Arreststrafe bis zu einem Monate unterliegt:

1) wer ein zur Sicherung des richtigen Vollzugs der ertheilten Erlaubniß bestimmtes Höhenmaß oder sonstige Zeichen absichtlich entfernt, abändert oder beschädiget;

2) wer ein nach Art. 77 aufgestelltes Höhenmaß, oder einen Fach- oder Grundbaum (Art. 78) absichtlich entfernt, abändert oder beschädiget.

Art. 99. Die Strafbestimmungen des Art. 97 Ziffer 1—4 einschlüssig und des Artikels 98 Ziff. 1 greifen auch dann Platz, wenn die erwähnten Handlungen an oder bezüglich von Privatflüssen oder Bächen vorgenommen wurden, welche sich nach Art. 40 im Eigenthume des Staates befinden.

Art. 100. Die Staatsregierung, beziehungsweise die Verwaltungsstellen und Behörden sind befugt, in den Verordnungen und Vorschriften, welche sie in Gemäßheit des gegenwärtigen Gesetzes erlassen, Polizeistrafen gegen die Zuwiderhandelnden festzusetzen.

Diese Strafen dürfen jedoch bei den nach Art. 1 zu erlassenden Schifffahrts- und Floßordnungen einhundert Gulden Geldstrafe und einen Monat Arrest, bei den Verordnungen und Vorschriften, welche in Gemäßheit der Art. 52, 56, 68 und 72 erlassen werden, fünfzig Gulden Geldstrafe und 14 Tage Arrest, und in allen andern Fällen zehn Gulden Geldstrafe nicht übersteigen.

Art. 101. Die in den Artikeln 96 bis 100 erwähnten strafbaren Handlungen sind Polizeiübertretungen. Die Untersuchung und Aburtheilung steht denjenigen Gerichten, beziehungsweise Behörden zu, welche nach allgemeinen Bestimmungen über Polizeiübertretungen zu erkennen haben und eben so richtet sich das Verfahren und der Instanzenzug nach den für Polizeiübertretungen geltenden Bestimmungen.

[71]) **Zu Art. 164.**

a. Bei Uebertretungen des Gesetzes vom 28. Mai 1852 über den Uferschutz ist auch die Civilverantwortlichkeit des Dienstherrn des Uebertreters nach diesem besonderen Gesetze und nach den gemäß demselben von den Kreisregierungen erlassenen Polizeiverordnungen zu bemessen. (O.-A.-E. v. 10. April 1863. Z. f. G. X S. 413.)

stimmungen über die Schiff- und Floßfahrt auf dem Ludwigskanale und über die sonstige Benützung der Anlagen dieses Kanals, sowie über Aichung der denselben befahrenden Schiffe unterliegt einer Geldstrafe bis zu fünfzig Gulden oder einer Arreststrafe bis zu vierzehn Tagen. Die Geldstrafe fließt in die für das Kanalunterpersonal errichtete Unterstützungskasse.

Die Uebertretung der oberpolizeilichen Vorschriften über die Schifffahrt auf dem Frankenthaler Kanale und über die sonstige Benützung der Anlagen dieses Kanals unterliegt gleicher Geld- oder Arreststrafe. Die Geldstrafe wird zu Gunsten des Kanalunterpersonals verwendet.

Die Uebertretung der durch oberpolizeiliche Vorschrift erlassenen Ordnungen für andere Kanäle wird an Geld bis zu fünfzig Gulden oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen gestraft, wobei die Verwendung der Geldstrafen zu Gunsten des aufgestellten Kanalunterpersonals durch Verordnung bestimmt werden kann.

Zehntes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Feuerpolizei- und Brandversicherung.

Uebertretung feuerpolizeilicher Vorschriften.

166. An Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis zu acht Tagen wird gestraft, wer den zur Verhütung von Feuersgefahren für Gebäude über die Behandlung von Feuer und Licht, über Aufbewahrung feuergefährlicher Gegenstände und über Vornahme feuergefährlicher Handlungen oder Verrichtungen erlassenen Verordnungen oder ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt. [72])

---

b. Bei einer Uebertretung gegen die von einer Polizeibehörde zur Abwendung dringender Wassersgefahr getroffenen Anordnungen ist der Strafrichter nicht befugt, seinerseits zu prüfen, ob die thatsächlichen Voraussetzungen zu einer solchen Anordnung gegeben gewesen seien oder nicht. (O.-A.-E. v. 27. Febr. 1864. Z. f. G. XI S. 49.) Siehe auch zu Art. 44.

c. Die Stauung eines Privatgewässers über das Aichzeichen zieht nur civilrechtliche Haftung nach sich und kann nicht durch ortspolizeiliche Vorschriften auf Grund des Art. 52 des Gesetzes vom 28. Mai 1852, die Benützung des Wassers betr., mit Strafe bedroht werden. (O.-A.-E. v. 3. Juni 1864. Z. f. G. XI S. 172.)

[72]) **Zu Art. 166.** Auch wenn die Lagerung leicht brennbarer Stoffe an einem bestimmten Orte nicht durch allgemeine

Gleicher Strafe unterliegen Dienstherrschaften, Arbeitgeber, Familienhäupter, welche feuergefährliche Handlungen ihrer Dienstleute oder Arbeiter, Familienglieder oder Hausgenossen wissentlich dulden, desgleichen wer Kindern, Blödsinnigen oder Betrunkenen Feuer, Licht oder leicht entzündliche Stoffe anvertraut.

167. Wer außerhalb der Ortschaften, aber in gefährlicher Nähe von Gebäuden, von reifen oder der Reife nahen Getreidefeldern oder von leicht entzündlichen im Freien lagernden Gegenständen Feuer anmacht, wer im Freien angemachtes Feuer verläßt, ehe es ausgelöscht oder vollständig ungefährlich gemacht worden ist, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft.

168. Wer mit Ausnahme von Nothfällen ohne ortspolizeiliche Bewilligung im Innern von Gebäuden oder in feuergefährlicher Nähe von solchen oder von feuerfangenden Sachen oder innerhalb der Ortschaften oder auf belebten öffentlichen Wegen Feuergewehre abschießt [73]) oder an solchen Orten Feuerwerkskörper, Böller oder Kanonenschläge abbrennt, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis zu acht Tagen gestraft.

Auf die Ausübung des Jagdrechtes in Hofräumen und Hausgärten, sowie auf den innerhalb eines Jagdbezirkes gelegenen Wegen finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung, wenn dieselbe ohne Gefahr für Personen oder Gebäude möglich ist.

169. Wer den Verordnungen oder oberpolizeilichen Vorschriften über Verfertigung, Besitz, Aufbewahrung, Verkauf und Transport von Schießpulver, Schießbaumwolle, Feuerwerk und anderen explodirenden Stoffen zuwiderhandelt, wird an Geld bis zu hundert Gulden oder mit Arrest bis zu dreißig Tagen gestraft.

Auf Konfiskation der bezeichneten Gegenstände ist zu erkennen, wenn Jemand solche Gegenstände unbefugt feilbietet, verfertigt oder

---

ortspolizeiliche Vorschrift, sondern durch eine besondere ortspolizeiliche Anordnung als feuergefährlich verboten worden ist, trifft den Zuwiderhandelnden die Strafe der Uebertretung einer feuerpolizeilichen Vorschrift. VO. vom 27. Juni 1862, die Verhütung von Feuersgefahren betr. § 21. (O.-A.-E. v. 23. Febr. 1867. S. w. E. I S. 58.)

[73]) **Zu Art. 168.** Wer unberechtigt Pistolen bei sich führt und damit in einer Ortschaft feuert, begeht die Uebertretung der Führung verbotener Waffen und eine solche feuerpolizeilicher Vorschriften im realen Zusammenflusse. (O.-A.-E. v. 30. Sept. 1865. Z. f. G. XII S. 462.) Siehe auch zu Art. 24 Abs. 2.

gegen bestehendes Verbot besitzt oder in größern Quantitäten, als gestattet ist, vorräthig hat.

170. Wer den oberpolizeilichen Vorschriften über Verfertigung, Transport und Verkauf von Reibfeuerzeugen und anderen leicht entzündlichen Stoffen zuwiderhandelt, wird an Geld bis zu fünfzig Gulden oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen gestraft.

171. An Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden werden gestraft:

1) Hausbesitzer und deren Stellvertreter, welche es unterlassen, die in ihren Gebäuden befindlichen Feuerstätten und Kamine in gutem und brandsicherem Zustande zu unterhalten, ungeachtet sie durch die verpflichteten Feuerbeschauer oder Kaminkehrer oder durch die Polizeibehörde auf das Bedürfniß der Ausbesserung aufmerksam gemacht worden sind, oder welche den ihnen besonders eröffneten polizeilichen Anordnungen zur Abstellung feuergefährlicher Zustände in oder an ihren Gebäuden in der festgesetzten Frist nicht entsprechen; [74])
2) Hausbesitzer, deren Stellvertreter, sowie Inhaber einer Miethwohnung, welche die Reinigung der Kamine und Rauchrohre innerhalb der polizeilich festgesetzten Zeiträume nicht geschehen lassen.

172. Kaminkehrer und deren Gesellen, welche in den ihnen angewiesenen Bezirken die Reinigung der Kamine versäumen, vernachläßigen oder es unterlassen, bei der Wahrnehmung feuergefährlicher Zustände die ihnen obliegende Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen, werden an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis zu acht Tagen gestraft.

173. An Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden werden die zur Feuerbeschau zugezogenen Sachverständigen bestraft, welche die ihnen obliegende Untersuchung nicht mit der erforderlichen Sorgfalt vornehmen oder die wahrgenommenen Mängel nicht der Wahrheit gemäß angeben.

174. Wer ohne genügende Entschuldigung es unterläßt, bei einem in seiner Wohnung oder in einem dazu gehörigen Gebäude oder Hofraume ausgebrochenen Brande alsbald die öffentliche Hilfe anzurufen, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft.

---

[74]) **Zu Art. 171.** Wer gegen die Reinigung der Kamine in seinem Hause zwar zuerst Widerstand leistet, sie aber endlich doch geschehen läßt, ist straflos. (O.-A.-E. v. 17. Aug. 1867. S. w. E. I. S. 349.)

Unterläßt eine zur Entdeckung von Feuersbrünsten dienstlich verpflichtete Person, von einem von ihr wahrgenommenen Brande sofort die ihr obliegende Anzeige zu erstatten, oder macht sich dieselbe einer Mitwirkung zu der Verheimlichung des Brandes schuldig, so wird dieselbe mit Arrest bis zu vierzehn Tagen oder an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft.

Uebertretung der Feuerlöschordnung.

175. Wer Feuerlöschgeräthschaften, zu deren Beschaffung er nach orts- oder distriktspolizeilichen Vorschriften verpflichtet ist, entweder nicht oder nicht im brauchbaren Zustande hält, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft.

An Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis zu acht Tagen wird gestraft, wer sonstigen Bestimmungen der durch orts- oder distriktspolizeiliche Vorschrift erlassenen Feuerlöschordnungen zuwiderhandelt.

Gemeinschaftliche Bestimmung.

176. Die nach Maßgabe der Art. 166. bis 175. erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

Uebertretungen in Bezug auf Brandversicherung.

177. Uebertretungen des Gesetzes vom 28. Mai 1852, die Feuerversicherungsanstalt für Gebäude in den Gebietstheilen diesseits des Rheins betreffend, werden nach den Bestimmungen des genannten Gesetzes [75]) gestraft.

In der Pfalz wird die Versicherung von Gebäuden bei einer ausländischen Immobiliar-Brandversicherungs-Anstalt oder Gesellschaft mit einer fünf vom Hundert der Versicherungssumme betragenden und der Immobiliar-

---

[75]) **Zu Art. 177.** Die Strafbestimmungen sind in Art. 112 des Gesetzes vom 28. Mai 1852 — Ges.-Bl. S. 641 folg. — enthalten.

Ueberversicherungen von Gebäuden und deren Zubehörungen sowohl, als von Mobilien, welche wissentlich durch unrichtige Werthsangabe in der Art herbeigeführt wurden, daß dieselben mindestens den vierten Theil des wahren Werthes betragen, sind gegen die Gebäude- und Mobilienbesitzer, sowie die Schätzer mit einer polizeilichen Strafe bis zu 300 fl. zu ahnden, soferne nicht eine Strafe wegen Verbrechens oder Vergehens einzutreten hat.

Die Schätzer haften zugleich mit dem Gebäude- oder Mobilienbesitzer gemeinschaftlich für alle durch die allenfalls nothwendig werdende technische Revision der Schätzung sich ergebenden Kosten und bleiben zum Behufe der Immobiliar- und Mobiliar-Versicherung vorzunehmenden Schätzung für immer ausgeschlossen.

Brandversicherungs-Anstalt dieses Kreises zufließenden Geldstrafe belegt. Hievon macht die Versicherung jener Gebäude, welchen die Aufnahme in diese Versicherungsanstalt verweigert ist, eine Ausnahme.

178. An Geld bis zu hundert Gulden wird gestraft, wer gegen Verordnung:

1) für eine auswärtige zur Ausdehnung ihres Geschäftes auf das Königreich Bayern nicht ermächtigte Mobiliar-Brand-Versicherungs-Gesellschaft Versicherungsverträge abschließt oder vermittelt, oder
2) ohne Bewilligung der zuständigen Behörde eine Agentur für Mobiliar-Brandversicherung errichtet oder nach entzogener Bewilligung die Geschäfte einer solchen fortsetzt, oder
3) unbefugt als Zwischenhändler (Unteragent) solche Geschäfte abschließt oder vermittelt.

In dem Strafurtheile ist zugleich die Schließung solcher unberechtigter Agenturen auszusprechen.

Agenten, welche ungeachtet polizeilicher Warnung ihre Vormerkungsbücher unregelmäßig oder unrichtig führen, werden an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden bestraft.

179. Ueberversicherungen von Mobilien, welche durch wissentlich unrichtige Werthsangabe in der Art herbeigeführt werden, daß die in demselben Vertrage versicherte Gesammtsumme den wahren Werth der Versicherungsgegenstände mindestens um den vierten Theil übersteigt, werden an dem Mobilienbesitzer sowie an den betheiligten Schätzern an Geld bis zu dreihundert Gulden gestraft.

Gleicher Strafe unterliegen Doppelversicherungen, mittels deren der bei einer Gesellschaft oder Anstalt bereits versicherte Werth einzelner oder mehrerer Mobilien auch noch bei einer anderen Gesellschaft oder Anstalt versichert wird.

Elftes Hauptstück.

Uebertretung baupolizeilicher Bestimmungen.

Ordnungswidrige Bauführung in den Landestheilen diesseits des Rheins.

180. In den Landestheilen diesseits des Rheins werden Bauherren, Bauunternehmer [76]) und Baugewerksleute an

---

[76]) **Zu Art. 180 Abs. 1.** Die Strafbarkeit eines Bauunternehmers wegen ordnungswidriger Bauführung wird nicht dadurch aufgehoben, daß ihm vom Bauherrn die Verweigerung der baupolizeilichen Genehmigung verschwiegen worden ist. (O.-A.-E. v. 20. Aug. 1864. Z. f. G. XI S. 291.)

Geld bis zu fünfzig Gulden, womit im Rückfalle Arrest bis zu acht Tagen verbunden werden kann, gestraft:

1) wenn sie einen Neubau oder eine Baureparatur, wozu nach Verordnung polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, ohne diese Genehmigung ausführen oder ausführen lassen[77]),

2) wenn sie bei einer solchen

---

[77]) **Zu Art. 180 Abs. 1 Nr. 1.**

a. Die in der VO. v. 28. Januar 1806 enthaltene Vorschrift der Erholung baupolizeilicher Genehmigung für Anlage enger nicht zu befahrender Kamine ist durch die VO. v. 19. Juli 1840 nicht aufgehoben. (O.=A.=E. v. 20. Aug. 1864. Z. f. G. XI S. 291.)

b. Zu den Bauarbeiten gehören alle an Grund und Boden zum Zweck der Errichtung eines Gebäudes darauf vorzunehmenden Arbeiten. Deßhalb gehört auch die Ausgrabung des Grundes eines Neubaues zu den Bauarbeiten und bedarf deren Beginn polizeiliche Genehmigung. (O.=A.=E. v. 23. März 1865. Z. f. G. XII S. 110.) Allgemeine Bauordnung für München v. 2. Oktober 1863 Art. 71. (Reg.=Bl. v. 1863 S. 1697.)

c. Die Ersetzung einer das Dach tragenden, aus Fachwerk bestehenden Hauswand durch eine gemauerte, welche über den Standort der vorigen hinausgerückt wird, ist als Versetzen einer Tragmauer zu betrachten und fällt daher unter den Begriff einer Hauptreparatur. (O.=A.=E. v. 15. Febr. 1866. Z. f. G. XIII S. 57.) § 4 u. 5 der allgem. Bauordnung v. 30. Juni 1864.

d. Die Umlegung oder Erneuerung nicht feuerfesten Dachmaterials ist, wenn sie sich nicht auf die Hälfte der gesammten Oberfläche des Daches erstreckt, nicht als Hauptreparatur zu betrachten und bedarf keiner polizeilichen Genehmigung. (O.=A.=E. v. 24. Nov. 1866. Z. f. G. XIII S. 598.)

e. Zur Erbauung hölzerner Hütten in Hofräumen, welche weder feuergefährlich sind, noch an der Baulinie stehen, ist baupolizeiliche Genehmigung nicht erforderlich. (O.=A.=E. vom 23. März 1866. St. Z. V 257.)

f. Ein ohne die erforderliche polizeiliche Genehmigung errichteter Bau ist hiedurch allein schon ein ordnungswidriger und das Strafgericht kann nicht von seiner eigenen Ansicht über dessen Beschaffenheit Veranlassung zur Freisprechung des Bauführers entnehmen. (O.=A.=E. v. 2. Nov. 1867. S. w. E. I S. 443.)

Bauführung eigenmächtig von dem genehmigten Bauplane abweichen und hiebei die festgesetzte Baulinie, die Höhe, Länge, Breite oder Bedachung des Gebäudes willkürlich abändern oder sonst einer in den geltenden Verordnungen oder ortspolizeilichen Vorschriften begründeten baupolizeilichen Anordnung zuwiderhandeln;[78])

3) wenn sie bei Führung oder Veränderung eines Baues, Errichtung oder Abänderung einer Feuerstätte ohne von der zuständigen Behörde ertheilte Dispensation von der betreffenden Bauvorschrift eine Vorrichtung ausführen oder ausführen lassen, welche durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschrift wegen Feuersgefahr verboten ist, oder wenn sie hiebei den besonderen Anordnungen zuwiderhandeln, welche auf Grund der bestehenden Verordnungen oder ortspolizeilichen Vorschriften von der Ortspolizeibehörde zur Sicherung gegen Feuersgefahr an sie erlassen worden sind.[79])

g. Nach der in München bestehenden Bauordnung ist zur Errichtung von Sommerhäuschen, soferne sie keine Feuerungsanlagen enthalten und nicht an die Baulinie zu stehen kommen, ohne Rücksicht auf ihre Größe eine baupolizeiliche Genehmigung nicht erforderlich. (O.-A.-E. v. 12. Juni 1868. S. w. E. II S. 267.) VO. v. 2. Oktober 1863, die allgemeine Bauordnung für die Haupt- und Residenzstadt München betr., § 5 Abs. 2.

h. Siehe Art. 25 und Art. 130 b.

[78]) **Zu Art. 180 Abs. 1 Nr. 2.** Die erfolgte Genehmigung eines Bauplanes für ein massiv gemauertes Wohnhaus von mehr als einem Stockwerke begreift auch ohne ausdrückliche Hervorhebung von selbst die Anordnung in sich, daß die Umfassungsmauern des obersten Stockwerkes eine Stärke von mindestens 18 Zoll haben müssen und zwar gilt die deßfallsige Anordnung ebenso wie in Städten auch in Märkten, Dörfern 2c. (O.-A.-E. v. 15. Febr. 1868. S. w. E. II S. 71.) Allgem. Bauordnung v. 30. Juni 1864. § 11. VO. v. 15. März 1866, die Abänderung der §§ 11 u. 13 der allgem. Bauordnung v. 30. Juni 1864 betr. (Reg.-Bl. S. 817 u. 393.)

[79]) **Zu Art. 180 Abs. 1 Nr. 3.** Die als Unterlagen der Hohl- und Falzziegel bei Eindeckung eines Hauses verwendeten sogenannten „Strohfiedern" müssen zur Beseitigung ihrer Feuergefährlichkeit vorher in eine Lehmauflösung getaucht werden. (O.-A.-E. v. 17. Aug. 1866. S. w. E. II S. 514. Allg. Bauordnung v. 30. Juni 1864 §§ 31 u. 64.)

Die im Interesse der Verschönerung erlassenen Bestimmungen der bestehenden Verordnungen und ortspolizeilichen Vorschriften können durch Verordnung beziehungsweise, ortspolizeiliche Vorschrift aufgehoben, neue baupolizeiliche Anordnungen in Zukunft nur zu dem Zwecke der Feuersicherheit und Festigkeit der Bauführung durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschrift erlassen werden.

Für die Städte I. Klasse können im Interesse der Verschönerung neue baupolizeiliche Anordnungen durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschrift getroffen werden. Die hierauf gegründeten Abänderungen des Bauplanes dürfen jedoch die Kosten der Bauführung nicht vermehren.

Ordnungswidrige Bauführung in der Pfalz.

181. In der Pfalz wird an Geld bis zu zehn Gulden gestraft, wer an einer öffentlichen Straße einer Stadt oder eines Dorfes oder an einer Staats- oder Distriktsstraße ein neues Gebäude oder eine neue Mauer aufführt, ohne sich die Baulinie von der zuständigen Behörde abstecken zu lassen.

An Geld bis zu fünfzig Gulden wird gestraft:

1) wer an einer der in Abs. 1. genannten Straßen mit eigenmächtiger Abweichung von der allgemein festgesetzten oder ihm durch die zuständige Behörde besonders abgesteckten Baulinie ein neues Gebäude oder eine neue Mauer aufführt oder ohne oberpolizeiliche Erlaubniß an einem bestehenden Gebäude, insoweit dieses der festgesetzten Baulinie nicht entspricht, eine zur Verstärkung oder Wiederherstellung desselben dienende Bauarbeit unternimmt;

2) wer den oberpolizeilichen Vorschriften über Feuersicherheit und Festigkeit der Gebäude oder den auf deren Grund erlassenen ortspolizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt;

3) wer ohne Bewilligung der zuständigen Behörde in einer weniger als 100 Metres betragenden Entfernung von einem im Gebrauche stehenden Leichenacker eine Wohnung errichtet oder einen Brunnen gräbt oder bestehende Wohngebäude erneuert oder vergrößert.

Denselben Strafbestimmungen unterliegen Bauunternehmer, Bau- und Werkmeister sowie selbstständig arbeitende Paliere, Gesellen und sonstige Bauarbeiter, welche die im gegenwärtigen Artikel verbotenen Handlungen ausführen.

Neue Anordnungen über die in Abs. 2. Ziff. 2. bezeichneten Gegenstände können in Zukunft nur durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschrift erlassen werden.

Vernachlässigung der bei Bauten nöthigen Sicherungsmaßregeln.

182. Wer bei Arbeiten an Gebäuden, Brücken, Brunnen oder sonstigen Bauwerken die vorgeschriebenen oder üblichen Warnungszeichen zur Sicherung Vorübergehender nicht aufstellt, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft.

Wer bei solchen Arbeiten, bei Aufstellung und Instandhaltung von Baugerüsten oder bei Aufstellung von Schaubühnen die zur Abwendung von Gefahren für Personen und fremdes Eigenthum von der Ortspolizeibehörde gebotenen oder sonst erforderlichen Sicherungsmaßregeln unterläßt, wird an Geld bis zu fünfzig Gulden oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen gestraft.

Uebertretungen der Baumeister und Bauhandwerker.

183. Baumeister und Bauhandwerker, welche die durch ortspolizeiliche Vorschriften festgesetzten besonderen Verpflichtungen ihres Berufes über Anzeige unternommener Bauten und Bauarbeiten vernachlässigen, unterliegen einer Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden.

Unterlassene Untersuchung von Bauten.

184. Obrigkeitlich aufgestellte Sachverständige, welche die ihnen obliegende Untersuchung eines Baues mit Gefahr für Personen oder fremdes Eigenthum fahrläßiger Weise versäumen, werden, insoferne nicht disciplinäre Ahndung stattfindet, an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft.

Gleicher Strafe unterliegen andere Sachverständige, welche nach übernommenem obrigkeitlichen Auftrage die Untersuchung eines Baues mit Gefahr für Personen oder fremdes Eigenthum fahrlässiger Weise versäumen.

Unterlassung der Sicherung oder Entfernung gefahrdrohender Bauten.

185. Hauseigenthümer und deren Stellvertreter, welche der polizeilichen Aufforderung, Gebäude, welche den Einsturz besorgen lassen, zu versichern, auszubessern oder einzulegen, keine Folge leisten, sind an Geld bis zu fünfzig Gulden oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen zu strafen.

Die Strafe trifft den Baumeister oder Bauhandwerker, welcher die Arbeit übernommen und ohne statthaften Grund in angemessener Zeit nicht ausgeführt hat. [80])

---

[80]) **Zu Art. 185.**

a. Der Ehemann ist gegenüber den Anordnungen der Baupolizei als Stellvertreter seiner Ehefrau selbstständig haftbar, auch wenn in den öffentl. Büchern die Ehefrau als Eigenthümerin des

Befugniß der Polizeibehörden in Bezug auf vorschriftsmäßige Bauten und auf Baugebrechen.

186. In den Fällen der Art. 180., 181., 182. Abs. 2. und 185. hat der Polizeirichter im Strafurtheile auszusprechen, daß die Polizeibehörde berechtigt ist, die Beseitigung des ordnungswidrigen Zustandes anzuordnen und zu diesem Zwecke die Sicherstellung, Abänderung, den gänzlichen oder theilweisen Abbruch des betreffenden Bauwerkes oder der betreffenden Vorrichtung zu verfügen.[81])

Besteht Gefahr auf dem Verzuge, so ist die Polizeibehörde berechtigt, die im vorstehenden Absatze bezeichneten Maßregeln, vorbehaltlich der Strafverfolgung, sofort vorzukehren.

Zwölftes Hauptstück.

Vermögensgefährdungen.

Verkauf verordnungswidriger Gold- und Silberwaaren.

187. Gewerbsleute, welche Gold- oder Silberwaaren feil halten oder verkaufen, die den Verordnungen über Feingehalt und Probe solcher Waaren nicht entsprechen, werden an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft, womit Konfiskation der vorschriftswidrigen Waaren verbunden werden kann.

Uebertretungen in Bezug auf geschwefelten Hopfen.

188. Wer den Verordnungen über das Schwefeln des Hopfens und den Verkauf geschwefelten Hopfens zuwiderhan-

---

Gebäudes eingetragen ist. (O.-A.-E. v. 9. März 1865. Z. f. G. XI S. 90.)

b. Dem Strafrichter steht eine Prüfung darüber, ob für die Erlassung der polizeilichen Aufforderung zur Ausbesserung eines Gebäudes genügende Veranlassung gegeben war, nicht zu. (O.-A.-E. v. 3. April 1868. S. w. E. II S. 171.)

c. Wenn dem Eigenthümer des Gebäudes die Ausbesserungen, welche er vorzunehmen hat, in der an ihn ergangenen Aufforderung nicht bezeichnet worden sind, kann eine Bestrafung desselben wegen Unterlassung der Sicherung gefahrdrohender Bauten nicht stattfinden. (O.-A.-E. v. 3. April 1868. S. w. E. II S. 171.)

[81]) **Zu Art. 186.** Mit einem Strafurtheile wegen ordnungswidriger Bauführung muß in allen Fällen der Ausspruch, daß die Polizeibehörde befugt sei, den ordnungswidrigen Zustand beseitigen zu lassen, verbunden werden, und die Beurtheilung, ob ein ordnungswidriger Zustand noch fortdauere, steht ausschließend der Polizeibehörde zu. (O.-A.-E. v. 23. Juni 1863. Z. f. G. XII S. 284.)

delt, wird an Geld bis zu hundert und fünfzig Gulden gestraft.

Uebertretungen in Bezug auf Sperrwerkzeuge.

189. Wer unbefugt Schlüssel abändert oder abändern läßt, Nachschlüssel, Dietriche oder andere Sperrwerkzeuge verfertigt oder verfertigen läßt, wird an Geld bis zu fünfzig Gulden oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen gestraft.

Einer Arreststrafe bis zu vierzehn Tagen unterliegen Personen, welche wegen einer nach dem XV., XVII. oder XVIII. Hauptstücke des Strafgesetzbuches oder nach dem IV. Hauptstücke des gegenwärtigen Gesetzbuches strafbaren That unter Polizeiaufsicht stehen, wenn dieselben im Besitze von Nachschlüsseln, Dietrichen oder anderen Sperrwerkzeugen getroffen werden und den Besitz nicht zu rechtfertigen vermögen.

An Geld bis zu fünfzig Gulden oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen werden Gewerbsmeister, Gesellen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter gestraft, welche auf Bestellung unbekannter, verdächtiger oder in Diensten Anderer oder unter fremder Gewalt stehender Personen ohne gehörige Vorsicht und Erkundigung Schlüssel verfertigen oder nachmachen oder Schlösser aufsperren, oder welche Schlüssel nach bloßen Abdrücken bearbeiten.

Einer Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden unterliegen Trödler, welche Schlüssel ohne das dazu gehörige Schloß oder andere Sperrwerkzeuge verkaufen oder feilhalten.

In allen Fällen des gegenwärtigen Artikels unterliegen die Gegenstände des verbotenen Verkehrs der Konfiskation.

Uebertretungen der Trödler und Inhaber von Versteigerungs-Bureaux.

190. Trödler und Inhaber von Versteigerungs-Bureaux, welche den durch ober- oder ortspolizeiliche Vorschriften zur Ueberwachung ihres Geschäftsbetriebes erlassenen Anordnungen zuwiderhandeln, werden an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft.

Ungesetzliche Vornahme von Versteigerungen.

191. Wer gegen gesetzliches Verbot Versteigerungen von Mobilien oder unbeweglichen Gütern vornimmt, wird an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft.

Uebertretungen in Bezug auf Leihgeschäfte.

192. Wer ohne Berechtigung eine Leihanstalt unterhält, oder gewerbsmäßig auf Pfänder leiht, unterliegt einer Geldstrafe bis zu hundert und fünfzig Gulden, womit im Rückfalle Arrest bis zu vierzehn Tagen verbunden werden kann.

Zugleich ist die Schließung solcher unberechtigter Anstalten im Straferkenntnisse auszusprechen.

Berechtigte Unternehmer einer Privatleihanstalt oder deren Geschäftsführer, welche den für ih-

ren Geschäftsbetrieb erlassenen Anordnungen der zuständigen Behörde zuwiderhandeln, werden an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft. [82])

Unberechtigte Errichtung von Versicherungsanstalten, Renten- und ähnlichen Kassen.

193. An Geld bis zu hundert Gulden wird gestraft, wer ohne Genehmigung der zuständigen Behörde eine Versicherungsanstalt, eine Renten-, Aussteuer-, Sterbe-, Wittwen-, Waisen-, Sparkasse oder eine sonstige Anstalt errichtet, welche bestimmt ist, gegen Zahlung eines Einkaufgeldes oder gegen Leistung periodischer Geldbeiträge bei dem Eintritte gewisser Bedingungen Zahlungen an Kapital oder an Rente zu leisten. Zugleich ist auf Schließung der betreffenden Anstalt zu erkennen. [83])

Einer Geldstrafe bis zu fünfzig Gulden unterliegt, wer für eine nicht genehmigte Anstalt der in Absatz 1. bezeichneten Art Theilnehmer wirbt, und wer den bei Ertheilung der Bewilligung zur Errichtung einer solchen Anstalt festgesetzten Bedingungen zuwiderhandelt. [84])

Dreizehntes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Maß und Gewicht, Polizeitaxen, Viktualien- und Marktpolizei.

Uebertretungen in Bezug auf Maß und Gewicht.

194. Wer im öffentlichen Verkehre Maße, Gewichte, oder Waagen anwendet, welche nicht mit den durch Gesetz oder Verordnung vorgeschriebenen Pro-

---

[82]) **Zu Art. 192.** Siehe Art. 24. Siehe auch Anmerk. 92 Abs. 2.

[83]) **Zu Art. 193 Abs. 1.** Siehe auch Anmerk. 92 Abs. 2.

Zu Versicherungsanstalten ist polizeiliche Genehmigung erforderlich, gleichviel, ob dieselben auf Speculation oder auf Wohlthätigkeit beruhen. (O.-A.-E. v. 7. Nov. 1863. Z. f. G. X S. 980.)

[84]) **Zu Art. 193 Abs. 2.** Der Agent einer Mobiliar-Feuerversicherungsgesellschaft, welcher den bei einer anderen Versicherungsgesellschaft aus- und ohne Aenderung in den Versicherungsbedingungen bei seiner Gesellschaft eintretenden Personen Versicherungsurkunden der letzteren Gesellschaft aushändigt, ohne vorher die schriftliche Erlaubniß der Ortspolizeibehörde erhalten zu haben, macht sich einer Uebertretung in Bezug auf Versicherungsanstalten schuldig. (O.-A.-E. v. 22. Aug. 1868. S. w. E. II S. 351.) VO. v. 10. Febr. 1865, die Mob.-Feuerversicherungen betr. § 7.

ben oder Aichen versehen oder nicht im richtigen Stande erhalten sind, wird neben der Konfiskation dieser Gegenstände an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft.[85])

Auf Gewerbtreibende sind diese Bestimmungen schon dann anwendbar, wenn solche Maße, Gewichte oder Waagen in ihren Geschäftslokalitäten oder Verkaufsbuden vorgefunden werden. Gleiches ist bei Personen der Fall, welche auf öffentlichen Märkten nach Maß oder Gewicht verkaufen und daselbst im Besitze solcher Maße, Gewichte oder Waagen getroffen werden.

An Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden werden Gewerbtreibende gestraft, welche mit jenen Maßen, Gewichten oder Waagen nicht versehen sind, welche sie nach ober- oder ortspolizeilicher Vorschrift zu halten haben.

195. An Geld bis zu fünfzehn Gulden wird gestraft, wer in den Landestheilen diesseits des Rheins den oberpolizeilichen Vorschriften, in der Pfalz den Gesetzen oder den nach Maßgabe derselben erlassenen oberpolizeilichen Vorschriften bezüglich der Verifikation von Maßen, Gewichten und Waagen zuwiderhandelt.

Uebertretungen in Bezug auf Polizeitaxen und den Verkehr mit Lebensmitteln.

196. Soweit nicht für einzelne Fälle etwas Anderes gesetzlich bestimmt ist, werden Gewerbtreibende, welche der für bestimmte Lebensmittel oder Arbeiten von der zuständigen Polizeibehörde festgesetzten Taxordnung durch Ueberforderung zuwiderhandeln, oder welche Lebensmittel feilbieten, die an Maß, Gewicht oder Beschaffenheit dem taxordnungsmäßigen Gehalte nicht entsprechen, an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft. Zugleich kann auf Konfiskation der feilgebotenen, sowie der in den Verkaufslokalitäten der betreffenden Gewerbsleute vorge-

---

[85]) **Zu Art. 194.**

a. Die in diesem Art. gegebenen Strafbestimmungen setzen Vorsatz nicht voraus. Wird daher in einem Verkaufsladen ein mit dem vorgeschriebenen Aichzeichen nicht versehenes Gewicht vorgefunden, so ist der Geschäftsherr strafbar, gleichviel, ob ihm das Vorhandensein dieses Gewichts bekannt war oder nicht. (O.-A.-E. v. 21. Nov. 1863. Z. f. G. X S. 1019.)

b. Ein Bäcker, welcher ein unrichtiges Gewicht in seiner Geschäftslocalität hat und in Folge der Anwendung desselben zu leichtes Brod herstellt und feilhält, ist wegen zweier sachlich concurrirender Uebertretungen nach Art. 194 und Art. 196 strafbar. (O.-A.-E. v. 6. Mai 1864. Z. f. G. XI S. 114.)

fundenen taxordnungswidrigen Waaren erkannt werden.[86])

Dieselben Bestimmungen sind an jenen Orten, an welchen polizeiliche Brodtaxen nicht bestehen, in Bezug auf Bäcker und Brodhändler anwendbar, welche Brodwaaren von bestimmtem Gewicht feilbieten, die das erforderliche Gewicht nicht haben.

Soweit nicht nach den dermalen bestehenden Gesetzen und Verordnungen Taxirung bestimmter Lebensmittel und Arbeiten zulässig ist, kann diese nur durch Gesetz eingeführt werden.

197. In den Landestheilen diesseits des Rheins werden Brauer, welche ohne Erlaubniß der zuständigen Behörde außerhalb der bestimmten Sudzeit Bier sieden, an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft.

Die gesetzlich bestimmte Sudzeit kann durch Verordnung ausgedehnt werden.

Einer Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden unterliegen schenkberechtigte Brauer und Wirthe, welche bei der Verleitgabe von Bier die von der zuständigen Behörde festgesetzte Polizeitaxe überschreiten oder ohne besondere Erlaubniß Bier unter der Taxe ausschenken, desgleichen Brauer, welche gegen oberpolizeiliches Verbot Nachbier an Wirthe ablassen, und Wirthe, welche gegen solches Verbot Nachbier verleitgeben.

Wirthen, welche zugleich Oekonomie besitzen, kann der Bezug von Nachbier zum eigenen Hausbedarf nicht verwehrt werden.

In Bezug auf sonstige Uebertretungen der bestehenden Gesetze über die Regulirung des Biersatzes und über die Verhältnisse der Brauer und Wirthe unter sich und zu dem Publikum bleiben die in denselben enthaltenen Strafbestimmungen für die Landestheile diesseits des Rheins vorbehalten.[87])

---

[86]) **Zu Art. 196.** Das Feilbieten untergewichtiger Lebensmittel ist nur bei Brod oder einer Taxordnung unterliegenden Waaren strafbar. Dagegen können Marktordnungen den Verkehr mit Lebensmitteln, welche einer Taxordnung nicht unterliegen, regeln, wenn sie nur gegen keine spezielle Vorschrift verstoßen. Es kann also z. B. durch ortspolizeiliche Marktordnung verfügt werden, daß von Victualien, welche schon nach dem Gewichte zugerichtet verkauft zu werden pflegen (z. B. Butter), keine zu geringhaltigen Stücke zu Markte gebracht werden dürfen und die Ueberschreitung dieses Verbots ist als Zuwiderhandlung gegen die Marktordnung strafbar. (O.-A.-E. v. 24. Juli 1863. Z. f. G. X S. 796.)

[87]) **Zu Art. 197.** Durch die VO. vom 19. Mai 1865, die versuchsweise Aufhebung des Biertarifs betr.,

198. Bäcker, Brod- und Mehlhändler, schenkberechtigte Brauer und Bierwirthe, Metzger und andere zum Feilbieten von Fleisch berechtigte Personen werden an Geld bis zu zehn Gulden gestraft, wenn sie gegen die ortspolizeiliche Vorschrift unterlassen, die für Brod, Mehl, Bier und Fleisch polizeilich festgesetzten Taxen an oder in ihren Verkaufslokalitäten auf eine für den Käufer sichtbare Weise anzuschlagen.

Soweit für diese Verkaufsgegenstände Polizeitaxen nicht bestehen, werden die bezeichneten Gewerbtreibenden

1) an Geld bis zu zehn Gulden gestraft, wenn sie gegen ortspolizeiliche Vorschrift es unterlassen, die Preise ihrer Verkaufsgegenstände an oder in ihren Gewerbslokalitäten auf eine für die Käufer sichtbare Weise anzuschlagen;
2) an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden, wenn sie die von ihnen angezeigten Preise überschreiten oder gegen ortspolizeiliche Vorschrift eine Erhöhung ihrer Preise eintreten lassen, ohne wenigstens drei Tage vorher der Ortspolizeibehörde davon Anzeige gemacht oder deren Bewilligung zur früheren Aenderung der Preise erlangt zu haben.

199. Die im vorhergehenden Artikel genannten Gewerbetreibenden unterliegen einer Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden, wenn sie ohne genügenden Entschuldigungsgrund, solange ihre Vorräthe reichen, einem Käufer die Abgabe ihrer Verkaufsgegenstände gegen Zahlung verweigern.

Bäcker, Metzger, Müller und Bierwirthe, welche den Betrieb ihres Gewerbes ohne genügende Entschuldigung einstellen, ohne solches wenigstens vierzehn Tage zuvor der Ortspolizeibehörde angezeigt zu haben, werden an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft.

200. An Geld bis zu zehn Gulden werden gestraft:

1) Bäcker, welche den ortspolizeilichen Vorschriften über Bezeichnung bestimmter Brodwaaren mit auf denselben aufgedrückten Zeichen und

---

wurden die in den Landestheilen diesseits des Rheins geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Regulirung des Biersatzes und die Verhältnisse zwischen Brauern und Wirthen und dem Publikum vom 1. Oktober 1865 an aufgehoben.

Da nun die zu Art. 197 vorhandenen oberstrichterlichen Präjudizien alle in die Zeit vor dem 1. Oktober 1865 fallen und auf Grundlage früherer durch die erwähnte Verordn. v. 19. Mai 1865 aufgehobener Verordnungen erlassen worden sind, so wurden solche hier nicht aufgeführt.

das Ausbacken bestimmter Brodwaaren nach den herkömmlichen oder polizeilich festgesetzten Gewichtsgrößen zuwiderhandeln;

2) Metzger und andere zum Feilbieten von Fleisch berechtigte Personen, welche den ortspolizeilichen Vorschriften über das Schlachten von Vieh außer den öffentlichen Schlachthäusern, die Schlachtordnung in den letzteren, den Verkauf von Fleisch außer den öffentlichen Fleischbänken und die Ordnung des Verkaufs in den letzteren, sowie über Güte und Gewicht der Zuwagen zuwiderhandeln.

201. An Geld bis zu fünfzig Gulden wird gestraft:

1) wer an Orten, an welchen die Preise von Getreide, Hopfen oder Schlachtvieh zum Zwecke polizeilicher Taxbestimmungen amtlich zu ermitteln sind, in Bezug auf solche Gegenstände Scheinverträge abschließt oder erdichtete Verträge der Behörde als abgeschlossen anzeigt;

2) wer die nach Gesetz oder polizeilicher Vorschrift ihm obliegende Anzeige wirklich abgeschlossener Verträge über die in Ziff. 1. bezeichneten Gegenstände verabsäumt oder hiebei wissentlich bezüglich des Preises oder der auf das Preisverhältniß Einfluß übenden Vertragsbestimmungen unwahre oder unvollständige Angaben macht;

3) wer wissentlich zu den in Ziff. 1. und 2. bezeichneten Handlungen mitwirkt.

Die in Ziff. 2. angeführten polizeilichen Vorschriften werden von jenen Behörden erlassen, in deren Zuständigkeit die Feststellung der betreffenden Taxe liegt.

Zuwiderhandlungen gegen die Marktordnung.

202. Zuwiderhandlungen gegen die durch ortspolizeiliche Vorschrift festgesetzten Ordnungen für den Verkehr mit Getreide auf öffentlichen Getreideschrannen werden an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft.

Zuwiderhandlungen gegen die durch ortspolizeiliche Vorschrift festgesetzten Ordnungen für den Verkehr auf Messen und Jahrmärkten, auf Vieh-, Holz- und Viktualienmärkten und auf Märkten für den Verkehr mit Rohstoffen oder Waaren irgend einer Art werden an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft.

Zuwiderhandlungen gegen ortspolizeiliche Vorschriften über das Herumtragen verkäuflicher Lebensmittel und sonstiger Gegenstände des gewöhnlichen Marktverkehres auf der Straße und das Hausiren mit denselben werden an Geld bis zu zehn Gulden gestraft.

Durch die ortspolizeilich festgesetzten Schrannen- oder Marktordnungen kann weder der Handel mit Gegenständen des Marktverkehres, welche noch nicht in

die Markung des Marktortes gebracht worden sind, verboten, noch der Einkauf auf dem Markte während eines Theiles der Marktzeit für bestimmte Klassen von Personen untersagt, noch die freie Abfuhr der am Markt- oder Schrannentage unverkauft gebliebenen Vorräthe verboten oder beschränkt werden.[88])

Gemeinschaftliche Bestimmungen.

203. Die nach Maßgabe der Art. 200. bis 202. erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Betretung. Die auf Grund der Art. 196. und 197. konfiszirten Gegenstände sind, insoweit sie nicht zur Vernichtung bestimmt sind, der Armenpflege desselben Ortes zu überlassen.

Vierzehntes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Gewerbs- und Erwerbs-Polizei.

Unberechtigtes Hausiren.

204. Unberechtigte Hausirer werden, insoferne das Gesetz in Bezug auf das Hausiren mit besonderen Arten von Gegenständen nichts Anderes verordnet, an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden, im Rückfalle an Geld bis zu fünfzig Gulden oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen gestraft.

In gleicher Weise werden Handelsleute, Handlungsreisende und ständige Handelsagenten gestraft, welche mit oder ohne Muster Bestellungen aufsuchen, insoferne solches nicht bei berechtigten Kaufleuten oder bei berechtigten Fabrikanten und Gewerbsleuten bezüglich der für deren Fabrikation oder Gewerbe erforderlichen Stoffe und Werkzeuge geschieht.

Die Bestimmung des Abs. 2. findet auf Wein-, Kunst- und Schreib-Materialienhändler, auf Reisende und Agenten von solchen, insoferne letztere die nach Verordnung erforderlichen persönlichen Eigenschaften besitzen, keine Anwendung. Außerdem können durch Verordnung auch zu Gunsten anderer Gewerbe für das ganze Land oder für einzelne Theile Ausnahmen gemacht werden.[89])

---

[88]) **Zu Art. 202 Abs. 2 u. 4.** Die unterlassene Zahlung einer Marktgebühr, deren Entrichtung in einer durch ortspolizeiliche Vorschrift festgesetzten Marktordnung dem Verkäufer auferlegt ist, ist straflos, wenn der Verkäufer im Voraus bestellte Waaren in die Stadt einbringt und dem Besteller abliefert. (O.-A.-E. v. 28. Juli 1868. S. w. E. II S. 359.)

Siehe übrigens auch zu Art. 196.

[89]) **Zu Art. 204.**

a. Das Anbieten von Brandversicherungsverträgen im Wege des Hausirens ist nach diesem Art. strafbar. (O.-A.-E. v. 27.

Uebertretung der Hafen- und Ländeordnung.

205. Einer Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden unterliegt die Uebertretung der durch ortspolizeiliche Vorschrift erlassenen Hafen- und Ländeordnungen, soweit nicht nach Maßgabe des Gesetzes vom 28. Mai 1852, die Benützung des Wassers betreffend, eine höhere Strafe zulässig ist.

Uebertretung der Lohnkutscher-, Boten- und Stellwagen-Ordnungen.

206. Die Uebertretung der durch oberpolizeiliche Vorschrift erlassenen Ordnungen für Lohnkutscher, Stellwagenunternehmer, Land- und Wasserboten wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis zu acht Tagen gestraft.

Die zur Zeit bestehenden Beschränkungen der Gewerbsbefugnisse der in Abs. 1. bezeichneten Personen können durch oberpolizeiliche Vorschrift aufgehoben, neue Beschränkungen solcher Befugnisse aber in Zukunft nur durch Gesetz eingeführt werden.

Uebertretung der Ordnungen für die im öffentlichen Interesse für bestimmte Dienstleistungen besonders aufgestellten Personen.

207. An Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden werden Personen gestraft, welche gewerbsmäßig ohne polizeiliche Bewilligung an öffentlichen Orten Transportmittel zu Jedermanns Gebrauche bereit halten oder ihre Dienste als Lohnbediente oder Fremdenführer anbieten. [90])

An Geld bis zu zehn Gulden oder mit Arrest bis zu drei Tagen, im Rückfalle an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis zu acht Tagen

---

Aug. 1864. Z. f. G. XI S. 304.) VO. v. 27. Juli 1853, die auswärtigen Mobiliar-Versicherungs-Gesellschaften betr. § IX u. XVII. (Reg.-Bl. v. 1853 S. 998, 1002.) — (Die VO. vom 27. Juli 1853 ist übrigens durch die VO. v. 10. Febr. 1865, die Mobiliar-Feuerversicherung betr., aufgehoben.)

b. Die VO. v. 29. Juli 1863, die Vorschriften über den Hausirhandel und den Betrieb der Wandergewerbe betr., ist nunmehr durch die VO. vom 28. April 1868, den Gewerbsbetrieb im Umherziehen und den Hausirhandel betr., aufgehoben.

[90]) **Zu Art. 207 Abs. 1.** Auch diejenigen concessionirten Lohnkutscher sind strafbar, welche, um eine Retourfracht zu erlangen, in dem Orte, von welchem aus sie zurückfahren, ihre Transportmittel an öffentlichen Plätzen ohne polizeiliche Bewilligung bereit halten. (O.-A.-E. v. 24. Dez. 1864. Z. f. G. XI S. 492.) Ordnung für Land- und Wasserboten, Lohnkutscher 2c. v. 25. Juni 1862 § 2 Abs. 3. Reg.-Bl. S. 1436.

werden berechtigte Unternehmer der in Abs. 1. bezeichneten Transportmittel und deren Bedienstete, sowie Lohnbediente und Fremdenführer gestraft, wenn sie den durch ortspolizeiliche Vorschrift erlassenen Ordnungen für die betreffende Verrichtung zuwiderhandeln. [91])

Einer Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden unterliegen Personen, welche sich mit den Verrichtungen von Güterschaffnern, Schrötern, Güterladern, Güterführern, Gepäck- oder Lastträgern, mit dem Messen oder Abwägen von Gegenständen, mit dem Reinigen oder Ankleiden von Leichen oder mit Dienstleistungen bei Leichenfeierlichkeiten unbefugt und gewerbsmäßig befassen, insoferne für die betreffende Dienstleistung von der Gemeindebehörde oder einer sonstigen hiezu befugten Behörde oder Anstalt Personen mit ausschließlicher Berechtigung aufgestellt sind.

An Geld bis zu zehn Gulden oder mit Arrest bis zu drei Tagen, im Rückfalle an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden oder mit Arrest bis zu acht Tagen werden Personen gestraft, welche von der Gemeindebehörde für die in Abs. 3. genannten Verrichtungen aufgestellt sind, wenn sie den durch ortspolizeiliche Vorschrift erlassenen Ordnungen für die betreffenden Verrichtungen zuwiderhandeln.

Unbefugte Gewerbsausübung.

208. [92]) Wer außer den im gegenwärtigen Gesetz

---

[91]) **Zu Art. 207 Abs. 2.**

a. Droschkenkutscher sind wegen ordnungswidriger Ueberforderung ihrer Fahrgäste auch für Fahrten nach auswärtigen Orten bei dem Gerichte der Stadt, wo das Geschäft seinen Sitz hat, nach den dort bestehenden ortspolizeilichen Bestimmungen abzuurtheilen. (O.-A.-E. v. 24. Juli 1864. Z. f. G. XI S. 264.)

b. Der Umstand, daß die Berechtigung zum Ueberfahren auf einer dinglichen Fährgerechtigkeit beruht, steht der Regelung der für das Ueberfahren zu entrichtenden Gebühren durch ortspolizeiliche Vorschrift nicht entgegen. (O.-A.-E. v. 19. Juni 1868. S. w. E. II S. 276.)

Siehe Anmerk. 92 Abs. 2.

[92]) Die zu **Art. 208** u. **209** erschienenen oberstrichterlichen Präjudizien sind in Folge der neuen Gewerbsgesetzgebung, welche auf dem Prinzip voller Gewerbefreiheit beruht, zum Theil gegenstandslos geworden. Doch ist auch jetzt noch die Concessionspflicht für einzelne Gewerbe und Unternehmungen vorbehalten. Siehe Art. 8 des neuen Gewerbsgesetzes vom 30. Januar 1868. Es sind dies:

1) Privat-Eisenbahn- und Dampfschifffahrts-Unternehmungen;

buche besonders vorgesehenen Fällen ein Gewerbe, zu dessen Betrieb eine besondere Konzession erforderlich ist, ausübt, ohne eine solche erlangt zu haben, und wer ein solches Gewerbe auszuüben fortfährt, nachdem die Ausübung desselben von der zuständigen Behörde auf bestimmte Zeit eingestellt oder gänzlich eingezogen worden ist, wird an Geld bis zu fünfzig Gulden gestraft, womit im Rückfalle Arrest bis zu vierzehn Tagen verbunden werden kann.[93])

---

2) Privat-Unternehmungen von Creditkassen und Bankanstalten;
3) das Apotheker-Gewerbe, die Bereitung von Gift oder Arzneien, deren Verkauf beschränkenden Verordnungen unterliegt, sowie der Handel mit diesen Waaren;
4) die Gast- und Schenkwirthschaft, dann der Kleinhandel mit geistigen Getränken in den Landestheilen diesseits des Rheins;
5) das Trödlergewerbe;
6) die Commissions- und Anfrage-Bureaus;

von welchen jedoch wiederum der folgende Art. 9 des genannten Gesetzes einzelne Ausnahmen statuirt.

Ferner ist zu erwähnen, daß unter Abschnitt III des neuen Gewerbsgesetzes, welcher von dem Erforderniß amtlicher Bestellung oder polizeilicher Bewilligung bei einzelnen Gewerben handelt, und zwar im Art. 16 verordnet ist, daß die Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuchs über Auswanderungsgeschäfte und Auswanderungsagenturen, über Schau- und Vorstellungen, Badeanstalten, Brand- und sonstige Versicherungsanstalten, Leihgeschäfte, über die im öffentlichen Interesse für bestimmte Dienstleistungen besonders aufgestellten Personen und über die Gesindeverdinger durch das neue Gewerbsgesetz keine Abänderung erleiden sollen und ist in den Motiven zum Gesetzentwurf hiebei ausdrücklich auf die Bestimmungen des P.-St.-G.-B. in den Art. 51, 63, 64, 127, 192, 178, 193, 207 u. 218 verwiesen.

Es folgen daher hier zu Art. 208 u. 209 nur diejenigen oberstrichterlichen Entscheidungen, welche auch gegenüber der neuen Gesetzgebung noch von Bedeutung sind.

[93]) **Zu Art. 208 Abs. 1.**

a. Die unbefugte Ausübung eines Gewerbes wird nicht dadurch straflos, daß der Ausübende irrthümlich glaubt, es stehe ihm eine Berechtigung zu. (O.-A.-E. v. 3. Juni 1864. Z. f. G. XI S. 169.)

b. Zur Annahme eines unbefugten Wirthschaftsbetriebes ist die Abgabe von Speisen oder Getränken an Fremde erforderlich

Wer in den Landestheilen diesseits des Rheins einen Erwerbszweig, welcher nach Art. 8. des Gesetzes vom 11. September 1825, die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen betreffend, [94]) zu den freien Gewerben oder Erwerbsarten gehört, dessen Betrieb jedoch nach bestehenden Verordnungen durch die Lösung eines polizeilichen Licenzscheines bedingt ist, ausübt, ohne dieser Bedingung entsprochen zu haben, und wer einen solchen Erwerbszweig auszuüben fortfährt, nachdem der Licenzschein von der zuständigen Behörde ihm wieder entzogen worden ist, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft. [95])

Der letztgenannten Strafe unterliegen Gewerbsinhaber und Inhaber von Licenzscheinen in den Landestheilen diesseits des Rheins, welche ihre Befugnisse überschreiten, desgleichen Gewerbsleute in der Pfalz, welche sich bei Ausübung ihres Gewerbes eines Uebergriffes in die ausschließlichen Befugnisse eines anderen Gewerbes schuldig machen, zu dessen Betrieb eine besondere Konzession erforderlich ist. [96])

---

und genügt der Nachweis einer Abgabe an Hausgenossen gegen Bezahlung nicht. (O.-A.-E. v. 24. Sept. 1864. Z. f. G. XI S. 355.)

Vgl. VO. vom 28. April 1868, die Gast- und Schenkwirthschaft, dann den Kleinhandel mit geistigen Getränken betr.

c. Wer sich unter der früheren Gewerbsgesetzgebung einer unbefugten Gewerbsausübung schuldig gemacht hat, ist straflos, wenn diese That erst nach dem Inslebentreten des neuen Gewerbsgesetzes vom 30. Januar 1868 zur Aburtheilung kommt und nach diesem Gesetze die fragliche Gewerbsausübung nicht als eine unbefugte erscheint. (O.-A.-E. v. 13. Juni 1868. S. w. E. II S. 271.)

[94]) **Zu Art. 208 Abs. 2.** Statt des Art. 8 des Gesetzes vom 11. September 1825, die Grundbestimmungen des Gewerbswesens betreffend, sind nunmehr die einschlägigen Bestimmungen des Gewerbsgesetzes vom 30. Januar 1868 zu Grunde zu legen.

[95]) **Zu Art. 208 Abs. 2.** Nach Abs. 2 dieses Artikels ist unbefugte Ausübung aller Erwerbsarten strafbar, welche von einer obrigkeitlichen Bewilligung bedingt ist. (O.-A.-E. v. 4. Februar 1865. Z. f. G. XII S. 28.) Vgl. hiezu Art. 13 u. ff. des Gewerbsgesetzes v. 30. Januar 1868.

[96]) **Zu Art. 208 Abs. 3.**

a. Der Umfang der gewerbspolizeilichen Verleihung einer

Eingriffe in die Befugnisse der Inhaber von Gewerbsprivilegien werden nach Art. 9.[97]) des Gesetzes vom 11. September 1825, die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen betreffend, welcher auch für die Pfalz in gesetzliche Kraft tritt, gestraft.

Vorbehaltlich der Strafverfolgung ist die Polizeibehörde befugt, den unberechtigten Betrieb einzustellen.

Beurtheilung der Gewerbsberechtigungen.

209. In welchen Fällen zur Ausübung eines Gewerbes oder Erwerbszweiges mit Einschluß des Verkehrs auf Messen und Märkten eine besondere polizeiliche Bewilligung erforderlich ist, und welche Befugnisse den einzelnen Gewerb- und Erwerbtreibenden zustehen, ist außer den für einzelne Fälle getroffenen Anordnungen des gegenwärtigen Gesetzbuches nach den in jedem Landestheile bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie nach den auf Grund der letzteren erlassenen Verordnungen oder oberpolizeilichen Vorschriften in den Landestheilen diesseits des Rheins, außerdem nach den in Gemäßheit des Art. 5. Ziff. 1. des Gesetzes vom 11. September 1825, die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen betreffend, erlassenen Ordnungen und dem rechtlich begründeten Herkommen zu bemessen.

Der Handel mit Vieh und Ge-

Concession ist maßgebend für den Strafrichter und kann derselbe die Entstehung jener Verleihung nicht zu seiner Cognition ziehen. Abgeschaffte Feiertage fallen in keiner Beziehung mehr unter den Begriff von Feiertagen. (O.-A.-E. v. 24. Nov. 1865. Z. f. G. XII S. 553.) Vgl. Art. 12 Abs. 3 der VO. v. 28. April 1868, die Gast- und Schenkwirthschaft betr.

b. Ein Wirth, dem die gewerbspolizeiliche Bewilligung ertheilt wurde, in einem zweiten bestimmten Hause sein Wirthschaftsrecht auszuüben, ist strafbar, wenn er ohne gleiche Bewilligung dies in einem andern Hause thut. (O.-A.-E. v. 9. März 1866. Z. f. G. XIII S. 117.) Vgl. Art. 13 der citirten VO.

[97]) **Zu Art. 208 Abs. 4.** Art. 9 des Gesetzes v. 11. Sept. 1825, die Grundbestimmungen des Gewerbswesens betr., ist durch das neue Gewerbsgesetz v. 30. Januar 1868 nicht aufgehoben, sondern im Art. 34 die Gültigkeit des Art. 9 u. Art. 11 Abs. II ausdrücklich vorbehalten worden.

Art. 9 des Ges. v. 11. Sept. 1825 lautet:

„Eingriffe in die Befugnisse der Privilegien-Inhaber werden mit einer Geldbuße von 100—500 fl. bestraft, wovon jedesmal die eine Hälfte dem Betheiligten, die andere dem Armenfond des Ortes, wo der Eingriff entdeckt wurde, zufallen soll.

treibe, mit inländischen Bodenerzeugnissen und Rohstoffen, sowie mit den gewöhnlichen, den Gegenstand des Wochenmarktverkehrs bildenden Lebensmitteln ist freigegeben und soll im Verordnungswege weiteren Beschränkungen, als im gegenwärtigen Gesetzbuche vorgesehen sind, nicht unterworfen werden.

Die Berechtigung der Ausländer zur Ausübung des Handels mit den in Abs. 2. bezeichneten Gegenständen wird durch Verordnung geregelt.

Uebertretungen der Handwerksgesellen, Gewerbsgehilfen und Fabrik-Arbeiter.

210. Gewerbsgehilfen und Handwerksgesellen in den Landestheilen diesseits des Rheins, welche bei einem Gewerbsherrn oder Meister aufgenommen sind und einzelne Gewerbs- oder Handwerksarbeiten für eigene Rechnung unternehmen, Gewerbsherren und Meister, welche das Arbeiten ihrer Gehilfen oder Gesellen für eigene Rechnung dulden, werden an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden, womit im Rückfalle Arrest bis zu acht Tagen verbunden werden kann, gestraft.

211. Handwerksgesellen, Gewerbsgehilfen und Fabrikarbeiter, welche den sogenannten blauen Montag feiern, werden an Geld bis zu zehn Gulden oder mit Arrest bis zu drei Tagen gestraft.

Gleicher Strafe unterliegen die genannten Personen, wenn sie ohne genügenden Rechtfertigungsgrund zur bedungenen Zeit nicht in Arbeit oder vor Ablauf der bedungenen Zeit aus der Arbeit treten oder sich der Arbeit an den dazu bestimmten Tagen oder Stunden entziehen, auf Antrag des Fabrikherrn oder Meisters oder dessen Stellvertreters, insoferne ein solcher Antrag binnen vierzehn Tagen nach der Uebertretung gestellt wird.

Unabhängig von der Strafverfolgung ist die Polizeibehörde berechtigt, die Uebertreter im Falle der Zuwiderhandlung gegen Abs. 2. auf Antrag des Gewerb- oder Fabrikherrn oder dessen Stellvertreters, im Falle der Zuwiderhandlung gegen Abs. 1. auch ohne solchen Antrag zur Arbeit zwangsweise vorführen zu lassen [98])

Gesellen- und Handwerks-Mißbräuche.

212. Handwerksgesellen, Gewerbsgehilfen und Fabrikarbeiter, welche sich ein Strafrecht über Meister, Arbeitgeber, Gesellen oder Mitarbeiter anmassen oder sich an Verrufserklärungen oder anderen durch oberpolizeiliche Vorschrift ver-

[98]) **Zu Art. 211.** Siehe hiezu die VO. vom 24. Juni 1862, die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden in Sachen des P.-St.-G.-B. betr.

botenen Handwerksmißbräuchen betheiligen, sind mit Arrest bis zu vierzehn Tagen oder an Geld bis zu fünfzig Gulden zu strafen.

Gleicher Strafe unterliegen Gewerbsmeister, welche sich bei solchen Uebertretungen betheiligen.

Uebertretung der Bestimmungen über die Verwendung von jugendlichen Personen in Fabriken und Gewerken.

213. An Geld bis zu fünfzig Gulden werden Inhaber von Fabriken, Berg-, Hütten- oder Schlagwerken oder sonstigen größeren Gewerken und deren Stellvertreter gestraft, wenn sie den Verordnungen über Beschäftigung jugendlicher Personen unter sechszehn Jahren zuwiderhandeln. 99)

Im Rückfalle kann die Strafe bis zu hundert Gulden erhöht werden und ist außerdem der Polizeirichter ermächtigt, dem Bestraften die Beschäftigung von Personen unter sechzehn Jahren auf bestimmte Zeit, jedoch nicht auf länger als auf zwei Jahre zu untersagen.

Zuwiderhandlungen gegen solche Verbote sind mit Geldstrafe bis zu hundert Gulden, womit Arreststrafe bis zu acht Tagen verbunden werden kann, zu strafen.

Die auf Grund dieses Artikels erkannten Geldstrafen fallen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

Fünfzehntes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf das Dienstbotenwesen.

Uebertretungen der Dienstboten und Dienstherrschaften.

214. Einer Arreststrafe bis zu drei Tagen oder einer Geldstrafe bis zu zehn Gulden unterliegen Dienstboten, welche:

1) im Falle sie sich weiter verdingen, ihrer Dienstherrschaft nicht rechtzeitig aufkündigen,
2) sich an mehrere Dienstherrschaften zugleich verdingen,
3) ohne genügenden Rechtfertigungsgrund zur bedungenen oder gesetzlichen Zeit nicht in den Dienst eintreten,

99) **Zu Art. 213.** Es befreit nicht von der Beobachtung der Vorschriften über die Verwendung jugendlicher Personen in Fabriken, daß die den verwendeten Kindern übertragenen Arbeiten leichtere sind — daß periodische Unterbrechungen des Fabrikbetriebs stattfinden und daß die Kinder nicht vom Fabrikherrn selbst aufgenommen, sondern von ihren zur Arbeit gedungenen Eltern zur Beihilfe beigezogen werden. (O.-A.-E. v. 28. Oktbr. 1866. S. w. E. I S. 417.) VO. v. 15. Januar 1840 und vom 16. Juli 1854.

4) ohne genügenden Rechtfertigungsgrund vor Ablauf der bedungenen oder gesetzlichen Dienstzeit den Dienst verlassen,

5) an abgeschafften Feiertagen oder anderen Werktagen das Arbeiten verweigern,

6) zur Arbeitszeit sich in Wirthshäusern, auf Spielplätzen oder in Winkelkneipen herumtreiben,

7) hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Dienstherrschaft oder deren Stellvertreter sich zu Schulden kommen lassen oder gegen dieselben die Pflicht der schuldigen Achtung gröblich verletzen, oder

8) ohne Erlaubniß der Dienstherrschaft oder deren Stellvertreter Jemanden beherbergen oder zur Nachtzeit die Behausung ordnungswidrig verlassen.

Verlassen landwirthschaftliche Dienstboten ohne genügenden Rechtfertigungsgrund zur Erntezeit den Dienst, so kann auf Arrest bis zu acht Tagen erkannt und derselbe geschärft werden.

Die unter Ziff. 3., 4., 5. und 7. bezeichneten Uebertretungen werden nur dann gestraft, wenn binnen 14 Tagen nach verübter That ein deßfallsiger Antrag der Dienstherrschaft oder ihres Stellvertreters gestellt worden ist.

Unabhängig von der Strafverfolgung steht der Polizeibehörde die Befugniß zu, Dienstboten, welche widerrechtlich den Antritt oder die Fortsetzung des Dienstes verweigern, der Dienstherrschaft auf ihren oder ihres Stellvertreters Antrag zwangsweise vorzuführen.

215. An Geld bis zu fünf Gulden, im Rückfalle bis zu zehn Gulden, werden Dienstherrschaften gestraft, welche den distrikts- oder ortspolizeilichen Vorschriften über die Anzeige des Ein- und Austrittes von Dienstboten, sowie über die Vorlage und Aufbewahrung der Dienstbücher zuwiderhandeln.

Einer Geldstrafe bis zu fünf Gulden unterliegen Dienstboten, welche von ihrer Dienstherrschaft den Auftrag erhalten haben, anstatt derselben ihren Dienst-Ein- oder Austritt bei der Ortspolizeibehörde zur Anzeige zu bringen, und diese Anzeige verabsäumen.

216. An Geld bis zu zehn Gulden wird gestraft, wer wissentlich einen bereits verdungenen Dienstboten für die nämliche Zeit für sich dingt oder einem Dienstboten bei Auflösung des Dienstverhältnisses polizeilicher Aufforderung ungeachtet die Ausstellung des Zeugnisses im Dienstbuche verweigert.

217. Mit Arrest bis zu acht Tagen oder an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden werden Dienstherrschaften und Dienstboten gestraft, welche bei Eingehung eines Dienstvertrages unsittliche Bedingungen festsetzen.

Gleicher Strafe unterliegen diejenigen, welche in einen Scheindienst treten oder einen solchen gestatten.

Uebertretungen der Gesindeverdinger.

218. Wer ohne die nach ortspolizeilicher Vorschrift erforderliche Bewilligung sich mit der Verdingung von Dienstboten gewerbsmäßig befaßt, wird an Geld bis zu fünf und zwanzig Gulden gestraft.

Gleicher Strafe unterliegt, wer sich mit der Verdingung von Dienstboten gewerbsmäßig befaßt und wissentlich einen bereits verdungenen Dienstboten einer andern Herrschaft zur Dingung empfiehlt.

Gemeinschaftliche Bestimmung.

219. Die nach Maßgabe der Artikel 214. bis 218. erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

Sechzehntes Hauptstück.

Uebertretungen in Bezug auf Land- und Forstwirthschaft, Jagd und Fischerei.

Unberechtigte Ausübung des Privatbeschälgeschäftes.

220. Wer das Privatbeschälgeschäft, ohne einen durch Verordnung vorgeschriebenen Erlaubnißschein erlangt zu haben, gegen Bezahlung oder sonstige Vergütung ausübt oder den ihm angewiesenen Bezirk überschreitet, unterliegt einer Geldstrafe bis zu fünfzig Gulden, welche zur Belohnung für das zur Beaufsichtigung des Beschälwesens aufgestellte Unterpersonal verwendet wird.

Unbefugte Verwendung von Zuchtstieren.

221. An Geld bis zu fünfzehn Gulden wird gestraft, wer, ohne den durch Verordnung vorgeschriebenen Erlaubnißschein erlangt zu haben, Zuchtstiere, welche zur Benützung für die gesammte Rindviehzucht einer Gemeinde bestimmt sind, zur Zucht verwendet, verwenden läßt oder auf Gemeindeweiden treibt.

Verbotenes Umherlaufenlassen von Vieh.

222. Wer gegen ortspolizeiliches Verbot sein Vieh außerhalb geschlossener Höfe oder anderer umfriedeter Räume ohne gehörige Aufsicht umherlaufen läßt, wird an Geld bis zu fünf Gulden gestraft.

Uebertretungen in Bezug auf Viehweide.

223. An Geld bis zu zehn Gulden wird gestraft:

1) wer die Viehweide zur Nachtzeit ausübt oder ausüben läßt;
2) wer das während der Nachtzeit im Freien in Hürden oder anderen geschlossenen

Räumen bleibende Vieh vor Sonnenaufgang auf die Weide bringt oder später als eine Stunde nach Sonnenuntergang wieder eintreibt;

3) wer Weidevieh, welches nicht während der Nachtzeit im Freien in Hürden oder anderen geschlossenen Räumen verbleibt, später als eine Stunde nach Sonnenuntergang zu Stalle bringt oder früher als eine Stunde vor Sonnenaufgang zur Hut wieder austreibt.

Eine Ausnahme von dem Verbote der Nachtweide tritt bei der Alpenweide und bei der Weide auf jenen Grundstücken ein, welche von allen Seiten so umschlossen sind, daß dadurch das Austreten des Viehes verhindert wird.

Weitere Ausnahmen von dem Verbote der Nachtweide sind von der Kreisverwaltungsstelle für solche Gegenden zu machen, in welchen die Nachtweide auf nicht umschlossenen Grundstücken bisher üblich gewesen ist oder nach den eigenthümlichen wirthschaftlichen Verhältnissen nicht entbehrt werden kann. Hierbei hat die Kreisverwaltungsstelle zugleich die Befugniß, die zum Schutze gegen Beschädigungen und Mißbräuche erforderlichen Vorschriften zu erlassen, deren Uebertretung die in dem gegenwärtigen Artikel bestimmte Strafe nach sich zieht.

224. An Geld bis zu zehn Gulden wird gestraft, wer Vieh, welches weder durch genügende Umfriedung des Weideplatzes noch durch Anbinden an dem Austreten in fremde Grundstücke gehindert ist, ohne Hirten weiden läßt.

Gleicher Strafe unterliegt, wer zur Hut schulpflichtige Kinder mit Versäumung ihrer Schulpflicht verwendet.

225. Einer Geldstrafe bis zu zehn Gulden unterliegt, wer den ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, welche zur Vermeidung von Mißbräuchen bei der Ausübung der Einzelhut auf ungeschlossenen, eigenen oder fremden, Grundstücken erlassen werden.

Uebertretung feldpolizeilicher Vorschriften.

226. Einer Geldstrafe bis zu zehn Gulden unterliegt:

1) wer den ortspolizeilichen Vorschriften über die Schließung der Weinberge und den Anfang der Weinlese in solchen Weinbergen, die weder gänzlich eingeschlossen sind, noch vereinzelt liegen, zuwiderhandelt;

2) wer Obstbäume, Gesträuche oder Hecken innerhalb des von der Ortspolizeibehörde bestimmten Umkreises und öffentlich bekannt gemachten Termines von Raupen und Raupennestern nicht gehörig reinigt;

3) wer Hausgeflügel während der durch ortspolizeiliche Vorschrift verbotenen Zeit auf die Felder auslaufen

läßt oder Feldtauben zur Saat- oder Erntezeit innerhalb des durch die Ortspolizeibehörde bestimmten und öffentlich bekannt gemachten Termines nicht eingeschlossen hält;

4) wer den distrikts- oder ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, durch welche den Grundbesitzern gemeinschaftliche Leistungen zum Schutze der Fluren gegen schädliche Thiere auferlegt werden.

227. Zuwiderhandlungen gegen ortspolizeiliche Vorschriften über die Nachlese in Feldern und Weinbergen oder gegen sonstige von der Ortspolizeibehörde zum Schutze des landwirthschaftlichen Eigenthumes, der Feldwege und der auf der Flurmarkung sich befindlichen Abzugsgräben erlassene feldpolizeiliche Vorschriften werden an Geld bis zu fünf Gulden gestraft.

228. Die auf Grund der Artikel 221 bis 227 erkannten Geldstrafen fließen zu zwei Drittheilen in die Armenkasse des Ortes der Uebertretung.

Uebertretungen in Bezug auf Jagd- und Forstpolizei.

229. Die Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen über Ausübung der Jagd und der nach Maßgabe des Gesetzes im Verordnungswege erlassenen jagdpolizeilichen Vorschriften wird nach den hierüber bestehenden Gesetzen gestraft[100]).

[100]) **Zu Art. 229.**

a. Schießen einer Rehgeis ist als Uebertretung jagdpolizeilicher Vorschriften strafbar. (O.-A.-E. v. 29. Mai 1863. Z. f. E. X S. 497.)

b. Bei demjenigen, welcher auf fremdem Jagdgebiete ohne Einwilligung des Berechtigten eine Rehgeis schießt, ist die Strafe der Jagdpolizeiübertretung mit der des Jagdfrevels zu verbinden. (O.-A.-E. v. 20. Juli 1867. S. w. E. I S. 327.) Gesetz v. 25. Juli 1850, die Bestrafung der Jagdfrevel betr., Art. 8. — Gesetz v. 30. März 1850, die Ausübung der Jagd betr., Art. 25 Nr. 5. — VO. v. 5. Oktober 1863, die Ausübung und Behandlung der Jagden betr., § 4.

c. Gegen denjenigen, welcher im Jagdfrevel begriffen eine Rehgeis schießt, sind die Strafen des Jagdfrevels und der Jagdpolizeiübertretung zu verbinden. (O.-A.-E. v. 9. Dez. 1867. S. w. E. I S. 474.) Vgl. die sub b angeführten Gesetze u. VO.

d. Das Verkaufen von Rehgeisen und Rehkitzen kann bei dem Mangel einer desfalls bestehenden Strafbestimmung nicht als

Auf Personen, welche bei Ausübung des Jagdrechtes eine gemäß Art. 70 des gegenwärtigen Gesetzbuches verbotene Waffe führen, sind die Bestimmungen jenes Artikels anwendbar.

Unbeschadet der nach Maßgabe des Abs. 1 verwirkten Strafe unterliegt Wild, welches mit Uebertretung der die Hege oder Hegezeit betreffenden Bestimmungen erlegt wird, desgleichen Wild, welches während der für die betreffende Wildgattung festgesetzten Hegezeit, und nachdem seit deren Eintritt vierzehn Tage verstrichen sind, ohne von der Distrikts-Polizeibehörde bewilligte Terminsverlängerung zum Verkaufe gebracht wird, der Konfiskation. Der Erlös daraus fließt in die Armenkasse des Ortes der Betretung.

230. Die Bestrafung der Uebertretung forstpolizeilicher Bestimmungen richtet sich nach den hierüber bestehenden besonderen Gesetzen.

Uebertretungen in Bezug auf Fisch- und Krebsfang.

231. Einer Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden oder einer Arreststrafe bis zu acht Tagen unterliegt:

1) wer den bestehenden Fischereiordnungen oder den oberpolizeilichen Vorschriften über die Zeit und Art des Fisch- und Krebsfanges zuwiderhandelt;

2) wer außer der durch Herkommen oder ortspolizeiliche Vorschrift festgesetzten Frist und außer Nothfällen Fischwasser ohne vorgängige rechtzeitige Benachrichtigung des Fischerei-Berechtigten gänzlich abzapft oder ablaufen läßt;

3) wer unbefugt oder gegen ein ihm besonders eröffnetes distriktspolizeiliches Verbot Fischwasser schlämmt oder aus demselben Binsen, Schilfgewächse oder andere Wasserpflanzen räumt oder Wassergräser an den Rinnsaalen abmäht.

Ein solches Verbot kann für die zur Nutzung des Wassers oder der Wasser- und Uferpflanzen berechtigten Personen nicht auf die Monate August und September erstreckt werden.

Bei den unter Ziff. 1 bezeichneten Uebertretungen kann im Rückfalle Geld- und Arreststrafe mit einander verbunden werden.

Uebertretung in Bezug auf Jagdpolizei bestraft werden. (O.-A.-E. v. 9. Juni 1868. S. w. E. II S. 261.) V.O. v. 5. Oktober 1863, polizeil. Vorschriften über Ausübung und Behandlung der Jagden betr., § 11. — Gesetz v. 30. März 1850, die Ausübung der Jagd betr., Art. 23. Ziff. 5.

Die bei der verbotenen Art der Ausübung des Fisch- und Krebsfanges gebrauchten Geräthe werden konfiscirt.

Fische, deren Fang während der Laichzeit verboten ist, oder welche das vorgeschriebene Normalmaß oder Normalgewicht nicht haben, unterliegen der Konfiskation, wenn sie zu Markte gebracht oder sonstwie feilgeboten werden.

Die dermalen bestehenden Fischereiordnungen können durch oberpolizeiliche Vorschrift revidirt und abgeändert werden.

Zur gef. Notiz:

Beifolgendes **Sachregister** wurde aus Druckversehen mit Bogen 6 statt 7 und pag. 67 statt 93 bezeichnet, was im Uebrigen bedeutungslos bleibt.

Die Verlagshandlung.

Sachregister

über das

Polizeistrafgesetzbuch

für das

Königreich Bayern.

(Die Zahlen bedeuten die Artikel des Polizeistrafgesetzbuchs.)

14. Bdchn. **Das Notariatswesen in Bayern 2.** Heft: Vollzugs-Instruction zum Not.-Ges. nebst Verordnung bezügl. des Tax- u. Stempelwesens und Taxordnung vom 28. Mai 1852. (Das 1. Heft hiezu bildet das 6. Bändchen der Samml.) — **24 kr.**

15. Bdchn. Die **Steuergesetze.** Allgemeine Grundsteuer; allgemeine Häusersteuer; Steuernachlässe; Einkommensteuer; Kapitalrentensteuer; Gewerbsteuer. — **42 kr.**

16. Bdchn. Die **Verfassungsgesetze I. Abth.** (Verfassungsurkunde und Beilagen). — **36 kr. II. Abth.:** Eheschließung nebst Vollzugsvorschriften; bürgerl. Rechte israelit. Glaubensgenossen; bayer.-preuß. Friedensvertrag; Distrikts- u. Landräthe; Einführ. bayer. Gesetze in neuerworbenen Gebietstheilen. — **12 kr.**

17. Bdchn. **Zoll- u. Handelsvereinsvertrag. I. Abth.** — **9 kr.**

18. Bdchn. **Zoll- und Handelsvereins-Vertrag. II. Abth.:** Schlußprotokoll, Uebersicht der Steuersätze u. s. w., sowie Wahlgesetz zum deutschen Zollparlamente nebst Instruktion. — **9 kr.**

19. Bdchn. **Zoll- und Handelsverträge** u. s. w. **III. Abth.:** Salzabgabe-Erhebungs-Gesetz u. s. w. (Forts. im 27. Bd.) — **9 kr.**

20. Bdchn. **Postwesen** (6 Abtheilungen). **I. Abth.:** Postgesetz nebst Reglement, Instruktion u. Correspondenzporto nach den Verein. Staaten von Nordamerika. — **18 kr. II. Abth.:** Portotarif. — **9 kr. III. Abth.:** Entfernungstabelle. — **6 kr. IV. Abth.:** Zollamtliche Behandlung von Postgegenständen; Postvertrag mit der Schweiz. — **12 kr. V. Abth.:** Posttransportordnung; Verwaltung und Betrieb der Verkehrs-Anstalten; Adspiranten- und Gehilfen-Aufnahme; neuer Niederländ. Postvertrag v. 1868. — **30 kr. VI. Abth.:** Telegraphenordnung, Besoldungs-Status der Beamten, Hilfsarbeiter bei Expeditionen. — **9 kr.**

21. Bdchn. **Wehrverfassung** (in 9 Abth.) **I. Abth.:** Wehrgesetz. — **9 kr. II. Abth.:** Instruktion, — **18 kr. III. Abth.:** Prüfung der Freiwilligen, — **6 kr. IV. Abth.:** Aerztliche Untersuchung der Wehrpflichtigen. — **6 kr. V. Abtheil.:** Formation der Krankenwärter- und Verpflegsabtheilungen, Bestimmungen für Offiziers-Adspiranten, Landwehr-Uniformirung und Disciplinarstrafordnung. — **6 kr. VI. Abtheil.:** Eintritt der Edelknaben in die k. Armee. Behandlung der abgeurtheilten Widerspenstigkeitsfälle. Absolutorium des Realgymnasiums. Bücher- und Listenführung. Administration und Rechnungswesen. — **21 kr. VII. Abth.** Formation der aktiven Armee. Dislokation u. Ersatzbezirke des 9. u. 10. Jäger-Bataillons. Eintheilung u. Dislokation der Artillerie. Uniformirung u. Bewaffnung der Artillerie. Eintheilung u. Dislokation des Genie-Regiments. Die Pensionszulagen für die durch Verwundung vor dem Feinde dienstuntauglich gewordenen oder im Dienste verunglückten Offiziere etc. Pensionsverhältnisse der Leibgarde-Hartschiere etc. Die Versorgung invalider Unteroffiziere, Soldaten etc. Die Vornahme des Ersatzgeschäftes. — **18 kr. VIII. Abth.:** Die Verwundungs-Zulagen für Offiziere, Militärbeamte und Junkerschargen, ferner die Versorgung invalider Unteroffiziere und Soldaten, sodann die Unterstützungen der Wittwen und Waisen von Militärpersonen. Instruction für die Militär-Sanitäts-Commissionen. Die Organisation der Gendarmerie in

den Landestheilen diesseits des Rheins mit Ausnahme der Haupt- u. Residenzstadt München. — 12 kr. IX. Abth.: Die Organisation der Gendarmerie in der Haupt- und Residenzstadt München. Vollzug der Artikel 89 u. 90 des Wehrverfassungsgesetzes, Einstandskapitalien und Vermögensbeschlagnahmen betr.; Haupttitel und Inhaltsverzeichniß zu sämmtlichen 9 Abtheilungen dieser Volksausgabe. — 9 kr. (Preis sämmtlicher 9 Abtheilungen zusammen brosch. fl. 1. 45 kr. Preis der Separat-Ausgabe elegant gebunden fl. 2.)

22. Bdchn. I. Abth.: **Heimath-, Verehelichungs- u. Aufenthalts-Gesetz.** — 9 kr. II. Abth.: Vollzugsvorschriften dazu; Verordnung über Verehelichungsbewilligung für Beamte u. s. w. — 6 kr.

23. Bdchn. **Die internationale Schifffahrts- und Hafen-Ordnung für den Bodensee.** — 9 kr.

24. Bdchn. **Malzaufschlagsgesetz** mit Sachregister. Preis 15 kr.

25. Bdchn. **Baderordnung** nebst Instruktion über Errichtung des Unterrichtscurses für Badergehülfen. — 6 kr.

26. Bdchn.: **Abänderungen** zum **Straf-** und **Polizeistrafgesetzbuch; Ungehorsamsverfahren** in Straffällen; **Auslieferung** von **Verbrechern; Zinsabänderungen.** — 6 kr.

27. Bdchn. **Zoll- und Handelsverträge. IV. Abth.**: Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich; Handels- u. Schifffahrtsvertrag mit Spanien und dem Kirchenstaate; Zollvereins-Anschluß von Mecklenburg, Lübeck und hamburgischer Gebietstheile.

Jedes Bändchen kann **einzeln** bezogen werden, ebenso **elegant in Leinen gebundene Exemplare** mit Federschnitt. Preis jeder geb. Abtheil. **fl. 1. 48 kr.** Bis jetzt sind gebunden zu haben: **I. Abth.** 1—5. (1.—5. Bndchn. der Lieferungs-Ausgabe), **II. Abth.** 6—9. (6. 8. 10¹. u. 14. Bndchn)., **III. Abth.** 10—12. (7. 9. u. 11¹—³. Bndchn.), **IV. Abth.** 13. (12¹—³. Bndchn.), **V. Abth.** 14. (13¹—². Bndchn.), **VI. Abth.** 15. 16. (15. u. 16. Bndchn.), **VII.—VIII. Abth.** 17.—21. (17.—19., 21¹—⁹., 23. Bndchn.), **IX. Abth.** 22. (20. Bndchn. der Lieferungsausgabe).

NB. Die mit ( ) eingeschlossenen Zahlen der Bändchen bedeuten diejenigen der Lieferungsausgabe.

Zur gefälligen Notiz. Die Besitzer von älteren gebundenen Exemplaren der III. Abtheilung wollen, da das darin befindliche Gewerbsgesetz inzwischen ungültig geworden, das neu erschienene Gewerbsgesetz (4 Lieferungen) durch den Buchbinder am Schlusse der III. Abtheilung an einem Bande einhängen lassen. Das Gleiche gilt von der I. Abtheilung, welcher das 26. Bändchen (Abänderungen zum Straf- und Polizeistrafgesetzbuch) angehängt werden kann.

1868

1868

Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Bayern

Würzburg 1869